

Arbeitspapier Nr. 7

Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe,
Karen Schönwälder

**Migration, Arbeitsmarkt, Regulation -
unter besonderer Berücksichtigung des
Arbeitsmarktes in Hessen**

FEG Studien

Nr. 1: Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, 146 S.
(September 1992) UKB 20 DM

FEG Arbeitspapiere

Nr. 1: Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen,
(Februar 1990) UKB 10 DM (vergriffen)

Nr. 2: Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration,
(Mai 1990) UKB 6 DM (vergriffen)

Nr. 3: Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten,
(Januar 1991) UKB 7 DM (vergriffen)

Nr. 4: Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92,
(März 1991) UKB 10 DM

Nr. 5: Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik,
(August 1991) UKB 7 DM

Nr. 6: Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik,
(März 1992) UKB 12 DM

Nr. 7: Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen,
(Januar 1993) UKB 15 DM

Nr. 8: Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI,
(Januar 1993) UKB 13 DM

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapier
der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)
Nr. 7

Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe,
Karen Schönwälder

**Migration, Arbeitsmarkt, Regulation -
unter besonderer Berücksichtigung des
Arbeitsmarktes in Hessen**

Marburg 1993

ISBN 3-8185-0132-7

FEG am Institut für Politikwissenschaft

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der

Philipps-Universität Marburg

Wilhelm-Röpke-Str. 6

3550 Marburg

Inhalt	
Einleitung	7
1. Zur politischen Aktualität der "Ausländerfrage"	7
Alte und neue Migration	11
1. Zuwanderung in verschiedenen Perioden	11
2. Prognosen über erwartete Zuwanderungsbewegungen	15
3. Ursachen der Migration	17
Integration und Regulation der Zuwanderung durch den Arbeitsmarkt	23
1. Deckung des Arbeitskräftebedarfes	23
2. Die Position ausländischer ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt	23
3. Ausländerpolitik als Teil der Arbeitsmarktpolitik	24
4. Strukturwandel der Wirtschaft	25
5. Die Zukunft der Dienstleistungsgesellschaft	27
6. Polarisierungen auf dem Arbeitsmarkt	28
7. Auswirkungen auf die Beschäftigung von AusländerInnen	29
Die ausländische Wohnbevölkerung in Hessen	33
1. Jeder zehnte Einwohner Hessens besitzt eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit	33
2. Drei Phasen der Zuwanderung	33
3. Der neue Einwanderungsschub: Aus- und ÜbersiedlerInnen	34
4. Mehr Flüchtlinge suchen Asyl	35
5. Ausländische InländerInnen: Die Mehrheit lebt seit über 10 Jahren in Deutschland	36
6. Geschlechterverhältnis und Altersstruktur nähern sich (bei bleibenden Unterschieden) denen der deutschen Bevölkerung an	36
7. Die größte Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer kommt aus der Türkei	37
8. Deutsche Städte mit dem höchsten AusländerInnenanteil liegen in Hessen	38
Die Entwicklung auf dem hessischen Arbeitsmarkt in den 80er Jahren	41
1. Allgemeine Entwicklungen in den 80er Jahren	41
2. Allgemeine Entwicklungen in ausgewählten Wirtschaftszweigen	42
3. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen im Verarbeitenden Gewerbe	43
4. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen im Dienstleistungsbereich	44
5. Arbeitslose Deutsche und AusländerInnen in Hessen	47
6. Aus- und ÜbersiedlerInnen auf dem hessischen Arbeitsmarkt	47

Probleme politischer Regulation	51
1. Ausländerpolitik als "Ausgrenzungspolitik"	51
2. Die horizontale Problemverschiebung auf der gesellschaftlichen Ebene	53
3. Die vertikale Problemverschiebung auf der politischen Ebene	54
Literatur	59
Quellennachweis für die Diagramme (Seite 33 bis 48)	63
Anhang: Tabellen	65
Tabelle 1: Die deutsche und ausländische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und in Hessen / Zeitreihe	
Tabelle 2: Die deutsche und ausländische Wohnbevölkerung und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland und in Hessen / Zeitreihe	
Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Bundesrepublik Deutschland und Hessen nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe	
Tabelle 4: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte deutsche Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Bundesrepublik Deutschland und Hessen nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe	
Tabelle 5: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Bundesrepublik Deutschland und Hessen nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe	
Tabelle 6: Deutsche und ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bundesgebiet West nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe	
Tabelle 7: Deutsche und ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe	
Tabelle 8: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer nach Nationalitäten in der Bundesrepublik und Hessen / Zeitreihe	
Tabelle 9: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Deutsche und AusländerInnen im Bundesgebiet West nach Männer- und Frauenanteil / Zeitreihe	
Tabelle 10: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Deutsche und AusländerInnen im Bundesgebiet und Hessen nach Männer- und Frauenanteil / Zeitreihe	
Tabelle 11: Deutsche und ausländische Beschäftigte in beruflicher Ausbildung im Bundesgebiet West nach Wirtschaftszweigen und Männer- bzw. Frauenanteil / Juni 1991	
Tabelle 12: Deutsche und ausländische Beschäftigte in beruflicher Ausbildung in Hessen nach Wirtschaftszweigen und Männer- bzw. Frauenanteil / Juni 1991	
Tabelle 13: Deutsche und ausländische Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland und in Hessen (auch Männer- und Frauenanteil) / Zeitreihe	

Einleitung

1. Zur politischen Aktualität der "Ausländerfrage"

Hoyerswerda, Rostock und andere Pogrome signalisieren, daß in der Bundesrepublik Rassismus und Nationalismus "Konjunktur" haben. Die lange eingehagte rassistische Brutalität explodiert zu Beginn der neunziger Jahre. Die "Asylfrage" wird zum zentralen Thema der Innenpolitik. In Anbetracht der eskalierenden Gewalt gegenüber den AsylbewerberInnen bekundeten die "politischen Eliten" anfangs noch Erschrecken, Erstaunen und Scham. Im nächsten Atemzug wurde aber bereits von vielen die Ausweitung polizeilicher Kompetenzen und die Festigung des "Sicherheitsstaats" verlangt. Der Brückenschlag zur Grundgesetzänderung - es geht um den Artikel 16 Abs. 2 Satz 2, "politisch Verfolgte genießen Asyl" - fiel anschließend leicht, da er der Ideologie gefestigter Staatsinteressen vollkommen entspricht. Während den Gewalttätern Toleranz, Verständnis, allenfalls sozialhelferische und therapeutische Gesten zukommen¹, wird gegenüber den Asylsuchenden Härte demonstriert. Der Staat, rechtsextreme Gewalttäter und große Teile der Bevölkerung pochen auf ihre als "deutsch" definierten Interessen. Der aufkommende und sich neu formierende Rassismus und Nationalismus ist also kein gesellschaftliches Randphänomen. Auch wenn er von unterschiedlichen Interessen vorangetrieben wird und in sich sehr disparat ist, erfaßt er doch zentrale Gesellschaftsbereiche. So sind seine ideologischen Kernelemente strukturell, institutionell sowie in den sozialen Beziehungen und den Alltagserfahrungen der Bevölkerung verankert².

Im Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen steht die insbesondere von konservativen und rechtspopulistischen politischen Kräften erhobene Forderung nach einer rigiden gesetzlichen und administrativen Kontrolle der Migration. Bisweilen wird sogar die Ausweisung jener ausländischen Bevölkerungsgruppen verlangt, die sich in den modernen Gesellschaften Westeuropas als kulturell, politisch und sozial als nicht "assimilationsfähig" erweisen. Dabei wird geltend gemacht, daß die Kosten für die Polizei, die Gefängnisse, die soziale Sicherung sowie für das Erziehungs- und Wohnungswesen nicht länger vom Staat und der Gesellschaft aufgebracht werden können und sollen. Die rechtspopulistische Propaganda verknüpft so die "AusländerInnenfrage" mit Themen wie Kriminalität³, Drogenhandel und Bedrohung der "Volksgesundheit", z.B. durch AIDS⁴. Gesellschaftliche Probleme sowie offene und verdeckte Ängste bei großen Teilen der Bevölkerung werden auf diese Weise zunehmend rassistisch interpretiert. Vor allem bei denjenigen, die sich - aufgrund prekärer Beschäftigungsverhältnisse, der Krise des Wohnungsmarktes, aber auch angesichts der anhaltenden Debatten über die Defizite der sozialstaatlichen Einrichtungen (Systeme der Alters- und Gesundheitssicherung) - in ihrem sozialen Status bedroht sehen, scheint der Diskurs über die "Ausländer-" und "Asylfrage" für die Durchsetzung der eigenen "deutschen" Interessen funktional zu sein. Auf diese Weise wird er zum Instrument der ethnischen, rassistischen oder auch nationalistischen Mobilisierung. Der Widerspruch zwischen den bestehenden sozialen Problemen und dem wohlfahrtsstaatlichen Lösungspotential wird, indem die MigrantInnen für den anfallenden Problemstau verantwortlich gemacht werden, rassistisch entspannt.

Welche politische Bedeutung diesem Diskurs mittlerweile zukommt, läßt sich an seiner internationalen Reichweite ermessen⁵. Nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland stehen Wahlen inzwischen im Zeichen der "Asyldebatte". In Frankreich geht die Krise der Sozialistischen Partei mit einem enormen Aufschwung der politischen Rechten - repräsentiert durch die Front National des Jean-Marie Le Pen einher. Im Norden und in der Mitte Italiens haben inzwischen regionale "Ligen", die u.a. die Anwesenheit sowohl

von SüdtalienerInnen als auch von - überwiegend illegalen - nordafrikanischen MigrantInnen thematisieren, in der jüngeren Vergangenheit beträchtliche Stimmenanteile bei Wahlen erzielt; ebenso die rechtspopulistische flämische "Volksbewegung" in Belgien. In den USA und in Großbritannien haben die regierenden neokonservativen bzw. neoliberalen Kräfte schon seit den frühen achtziger Jahren einen neuen "Rassismuskurs" eröffnet, der - unter Rekurs auf Theoreme wie die der "kulturellen Differenz" - die strukturelle Nicht-Assimilierbarkeit von nicht-weißen Bevölkerungsgruppen (Schwarze in den USA und in Großbritannien) postuliert, um auf diese Weise die Wirksamkeit sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, die auf Integration und Assimilation zielen, prinzipiell in Frage zu stellen⁶.

Großen Einfluß auf diese Diskursverlagerung besitzen die Politik und die Medien. Fernsehen, Hörfunk und Presse sowie die politischen Institutionen (Gewerkschaften, Parteien, Verfassungsschutz) erheben die Asyl- und Migrationsfrage zum zentralen Auseinandersetzungsfeld. Indem sich viele Themen in diesen Fragen zu bündeln scheinen und fast alle Beteiligten den Eindruck erwecken, auf diesem Feld die Lösungen für viele gesellschaftliche Probleme zu finden, wird ein allgemeiner Handlungsdruck erzeugt⁷. Dieser kann dazu beitragen, daß sich die rassistische und nationalistische Argumentationslogik, wenn sie sich erst einmal im Alltagsbewußtsein gefestigt hat, leicht zum "Selbstläufer" wird. Gegenwärtig bleibt die Diskussion im wesentlichen noch auf die "Asylfrage" beschränkt. Perspektivisch könnten sich die aggressiv rassistischen Verhaltensweisen jedoch auf weitere nicht-deutsche Bevölkerungsgruppen - insbesondere auf ArbeitsmigrantInnen mitsamt der hier aufgewachsenen zweiten und dritten Generation - ausweiten⁸. Denn selbst wenn die Asylsuchenden abgewiesen würden, kann mit keiner Besserung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt gerechnet werden. Weil die Ursachen staatlicher Regulierungsprobleme tiefer liegen - sie sind in der Veränderung der ökonomischen, politischen und sozialen Gesellschaftsstrukturen begründet - wird auch der Sozialstaat durch eine veränderte Migrationspolitik nicht handlungsfähiger. Die Eskalation rassistisch-nationalistischer Verhaltensweisen scheint also vorprogrammiert.

In welchem Ausmaß sie letztlich wirksam werden, ist dennoch offen. Nicht nur politische und mediale Debatten spielen dabei eine Rolle. Wichtig ist vor allem auch die Entwicklung von gesellschaftlichen Basistrends:

- der Verlauf der ökonomischen Entwicklung und mit ihr die Veränderungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt;
- die politische Gestaltung und ideologische Verarbeitung von gesellschaftlichen Desintegrations- und Marginalisierungsprozessen (Konsequenzen der neokonservativen Deregulierungs- und Flexibilisierungspolitik);
- die Bewältigung der ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten in der Folge der deutschen Vereinigung;
- die Zukunft des west- und gesamteuropäischen Integrationsprozesses.

Sicherlich ließen sich noch weitere Bedingungen hinzufügen. Aber bereits die aufgeführten Sachverhalte machen deutlich, daß Rassismus und Nationalismus nicht nur "von oben" inszeniert und instrumentalisiert werden, sondern ebenso eine gesellschaftsstrukturelle Grundlage besitzen. Ausgrenzende Ideologien entwickeln sich demgemäß auch "von unten" und verankern sich im Alltagsbewußtsein großer Bevölkerungsgruppen. Ihr soziales Geheimnis lüftet sich, wenn das komplizierte Verstrickungsverhältnis von rassistischem Protest, ausgrenzenden Markt- und Konkurrenzverhältnissen, gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen und ideologischen Diskursen entwirrt wird⁹. "Nicht der Rassist ist das erste Problem des Rassismus, sondern die Art und Weise, wie gesellschaftliche Organisationen und Institutionen die Probleme von sozialer Ungleichheit und Marginalisierung, von Anomie und Armut bearbeiten"¹⁰.

Reale Probleme und Konflikte bilden somit den Ausgangspunkt, auf dessen Basis sich die rassistischen Ideologien entfalten können. Indem sie einerseits die bestehenden Ängste und Bedrohungen aufnehmen und andererseits in den MigrantInnen, die in der gesellschaftlichen Hierarchie untergeordnet sind, die Wurzel des Übels erblicken, knüpfen sie an bereits vorhandene Diskriminierungen an und radikalisieren sie¹¹. Die marginalisierte soziale Position der EinwandererInnen macht es Teilen der deutschen Bevölkerung also leicht - sei es aufgrund einer ideologisch verankerten Dominanzhaltung oder harten Konkurrenzbeziehungen -, bestehende gesellschaftliche Probleme auf die EinwandererInnen abzuladen.

Auch wenn in Deutschland die rassistischen und nationalistischen Diskurse in der jüngeren Vergangenheit an Terrain gewonnen haben, lassen sich aber auch bedeutende und umfangreiche Gegenbewegungen feststellen. Vertreter der Arbeitgeberverbände¹², der Gewerkschaften und der großen Parteien¹³ weisen den Rassismus, die AusländerInnenfeindlichkeit und den Nationalismus zurück. Bei Berücksichtigung aller Unterschiede heben sie doch allesamt die positive Bedeutung der Migration für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft seit den sechziger Jahren hervor. Bis heute erweisen sich die Expansion und Flexibilität der Arbeitsmärkte, das Tarifvertragssystem sowie das Instrumentarium der Sozialpolitik als die zentralen Steuerungsmedien, um soziale Problemfelder und Spannungen zu "entschärfen". Allerdings zeigt sich, daß diese Integrationsinstrumentarien zunehmend unzureichend sind. Die politischen Kräfte, die sich für eine verbesserte Integration der MigrantInnen einsetzen, bringen einwanderungspolitische Regelungsvorschläge nicht nur in die politische Debatte um die Grundgesetzänderung ein. Sie befürworten häufig auch eine Veränderung des Staatsbürgerschaftsrecht der Bundesrepublik, das immer noch auf dem Volkszugehörigkeits- oder Abstammungsprinzip beruht. Dabei steht die Überlegung im Mittelpunkt, daß die Bundesrepublik schon seit langem ein "Einwanderungsland" mit einer "multikulturellen Gesellschaft"¹⁴ ist. Diese gilt demnach als ein positiver Bezugspunkt für die weitere Entwicklung und Gestaltung der politischen Kultur.

Migrations- und einwanderungspolitischen Fragestellungen sind nur schwer eingrenzbar. Wir wenden uns im folgenden der Arbeitsmarktentwicklung zu, die einen zentralen Bereich der Integration von MigrantInnen bildet. Hieraus sowie aus der Zunahme des Migrationsdrucks ergeben sich u.E. wichtige Konsequenzen für die Perspektiven, d.h. Probleme, Konflikte und Chancen hinsichtlich gesellschaftlicher Integrationsbemühungen. Bevor diese aber erörtert werden, versuchen die nächsten fünf Kapitel zunächst einmal den Handlungsrahmen abzustecken. Kapitel II befaßt sich mit den Hintergründen, Dimensionen und Perspektiven der Migration in die Bundesrepublik. In Kapitel III sollen die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, der in den vergangenen Jahrzehnten die zentrale Integrationsinstanz für die MigrantInnen bildete, skizziert werden. Die Kapitel IV und V besitzen empirischen Charakter und beziehen sich auf Hessen. Sie untersuchen zunächst die Veränderungen in der ausländischen Wohnbevölkerung. Anschließend wird die Zusammensetzung der deutschen und ausländischen Erwerbstätigen mit Bezug auf den Strukturwandel der Arbeitsmärkte untersucht. Im abschließenden Kapitel VI werden dann einige Probleme der politischen Regulation erörtert.

Die Konzentration auf die Entwicklung in Hessen erfolgt u.a. deshalb, weil diese Region - vor allem auch im europäischen Vergleich - als ein hoch entwickelter und moderner Wirtschaftsraum gelten kann, in dem sich die Prozesse der Migration sowie der Strukturveränderungen der Arbeitsmärkte gleichsam exemplarisch ausprägen. Vergleichende Untersuchungen im EG-Raum könnten daher auf diese Vorarbeit zurückgreifen. Außerdem wurden im Rahmen der Vorarbeiten zu einem Projekt "Migration, Arbeitsmärkte, Gewerkschaften in Hessen" von Brita Bock die Makrodaten

zum hessischen Arbeitsmarkt erhoben und ausgewertet (vgl. V., S. 41ff). Diese Arbeit wurde z.T. von der Hans-Böckler- Stiftung des DGB (Düsseldorf) gefördert.

Anmerkungen

- 1 Vgl. H. M. Enzensberger, Über einige Besonderheiten bei der Menschenjagd, in: B. Nirumand (Hrsg.), Angst vor den Deutschen. Terror gegen Ausländer und der Zerfall des Rechtsstaates, Reinbeck bei Hamburg 1992, S.16 ff.
- 2 Vgl. Th. von Freyberg, Anmerkungen zur aktuellen Welle von Fremdenhaß, in: Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Aspekte der Fremdenfeindlichkeit. Beiträge zur aktuellen Diskussion, Frankfurt/Main, New York 1992, S.71
- 3 Vgl. N. Kostede, Der Ausländer als Verbrecher, in: Die Zeit, Nr. 26, 19. Juni 1992, S.8
- 4 Vgl. dazu das Interview mit dem "Chefideologen" der französischen Front National, Bruno Megret, in der spanischen Zeitung EL Pais vom 13. März 1992, S.4
- 5 Vgl. hierzu den Überblick von R. Köhnl, Der Aufstieg der Rechten in Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/1992, S.730 ff.
- 6 In der letzten Zeit ist eine Fülle an Literatur zum neuen Rassismus erschienen. Besonders interessant und aufschlußreich sind u.a. die ideologietheoretischen Ausführungen von E. Balibar/I. Wallerstein, Rasse, Klasse, Nation, Hamburg/Berlin 1990; U. Bielefeld (Hrsg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?, Hamburg 1991; St. Hall, Ausgewählte Schriften, Hamburg/Berlin 1989
- 7 Vgl. H.-G. Jaschke, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und das Fernsehen. Eine medienkritische Betrachtung, in: Institut für Sozialforschung (Hrsg.), a.a.O., S.57
- 8 Schon seit Jahrzehnten sehen sich die ArbeitsmigrantInnen rassistischen Diskriminierungen ausgesetzt. Zumeist besaßen und besitzen sie aber einen institutionalisierten, impliziten oder latenten Charakter. In Form manifester Gewalt trat der Rassismus vergleichsweise selten hervor.
- 9 An dieser Stelle kann die Bedeutung gesellschaftlicher Machtverhältnisse und Herrschaftsstrukturen, die zentrale Rolle des Staates, nur angedeutet werden. Ausführlichere Erörterungen finden sich z.B. bei Ph. Cohen, Gefährliche Erbschaften: Studien zur Entstehung einer multirassistischen Kultur in Großbritannien, in: A. Kalpalka/N. Rätzhel (Hrsg.), Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein, 2., völlig überarbeitete Aufl., Leer 1990, S.81 ff. sowie Th. von Freyberg, Anmerkungen zur aktuellen Welle von Fremdenhaß, a.a.O.
- 10 Vgl. ebd., S.76
- 11 Die marginalisierte soziale Position wird nicht zuletzt durch die Verweigerung bürgerlicher, politischer und sozialer Rechte gestützt und reproduziert. Weder hinsichtlich der freiheitlichen Abwehrrechte gegenüber der Staatsgewalt, noch der politischen Teilhaberechte (z.B. das aktive und passive Wahlrecht) und auch nicht bei den staatlichen Sozialleistungen sind die AusländerInnen der deutschen Bevölkerung gleichgestellt. Vgl. J. Fijalkowski, Neue ethnische Minderheiten und Nationalstaatstraditionen in Deutschland, in: U. Bernbach/B. Blanke/C. Böhret (Hrsg.), Spaltungen der Gesellschaft und die Zukunft des Sozialstaats, Opladen 1990, S.208 ff.
- 12 Vgl. R. Tichy, Ausländer rein! Warum es kein "Ausländerproblem" gibt, München 1990
- 13 Vgl. H. Geißler, Zugluft. Politik in stürmischer Zeit, München 1990
- 14 Vgl. K. Schönwälder, Multikulturelle Gesellschaft. Dimensionen, Positionen, Probleme, in: Europa im Umbruch - neue Dimensionen der Politik, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier Nr. 6, Marburg 1992, S.58 ff. sowie A. Schulte, Multikulturelle Gesellschaft: Chance, Ideologie oder Bedrohung?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23-24, 1. Juni 1990, S.3 ff.

Alte und neue Migration

1. Zuwanderung in verschiedenen Perioden

Bis in die siebziger Jahre hinein waren für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung der Bundesrepublik zwei Einwanderungsprozesse von großer Bedeutung. Die *erste Periode*, die vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Bau der Berliner Mauer am 13.8.1961 andauerte, wurde durch die unmittelbare Nachkriegsmigration von vornehmlich deutschen EinwandererInnen geprägt¹. In der Zeit bis Ende 1950 kamen ca. 8,1 Mio. Vertriebene und Flüchtlinge und bis zum Jahr 1961 weitere ca. 3,7 Mio. Menschen aus der DDR in das westliche Deutschland². Hinzuzuzählen sind noch einige hunderttausend Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa, vornehmlich aus Polen, die bereits in den fünfziger Jahren in die Bundesrepublik einwanderten. Anfangs bestanden recht große Integrationsprobleme dieser Einwanderungsgruppen. Politisch waren sie zwar gleichberechtigt, doch wegen der ökonomischen Stagnation, dem überlasteten Arbeitsmarkt und der unzulänglichen Wohnsituation verblieb ihre soziale Integration auf niedrigem Niveau. Sie traf somit die Überforderung der sozialen Infrastruktur besonders hart. Abhilfe schaffte erst der Anfang der fünfziger Jahre anlaufende Wirtschaftsaufschwung. Er entfaltete eine enorme Dynamik, für deren Fortdauer sich der vorhandene Arbeitskräfteüberschuß als höchst funktional erwies. Da es sich bei der unmittelbaren Nachkriegsmigration aus den osteuropäischen Ländern nicht nur um nichterwerbsfähige Alte, Frauen und Kinder handelte, sondern die demographische Struktur der Einwanderer der einheimischen Bevölkerung entsprach - die Vertriebenen und Flüchtlinge besaßen gewöhnlich eine hohe berufliche Qualifikation -, ergab sich eine positive Wechselwirkung von "Wirtschaftswunder" und Nachkriegsmigration³.

Gegen Ende der fünfziger Jahre wurde deutlich, daß sich der Arbeitskräfteüberschuß in einen Arbeitskräftemangel verkehrte. Nachdem 1960 Vollbeschäftigung erreicht wurde und im darauffolgenden Jahr aufgrund des Mauerbaues die Migration aus der DDR entfiel, drohte die Arbeitskräfteknappheit zur Schranke der Akkumulation zu werden⁴. Es kam nicht nur zur Stärkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht, so daß höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten Druck auf die Profitraten ausübten; durch das erschöpfte Arbeitskräftereservoir schien sich auch eine Blockierung in der weiteren Umstrukturierung des Produktionsprozesses anzubahnen. Diese war angesichts der exportorientierten deutschen Wirtschaftsstruktur und des vom Weltmarkt ausgehenden Rationalisierungsdrucks aber dringend notwendig. Erforderlich wurde also ein Arbeitskräftepotential, das der technologischen Modernisierung der gesamten Volkswirtschaft Rechnung trug. Vor dem Hintergrund dieser Bedingungen wurde der Migrationsprozeß von EinwandererInnen, die sich auf eine deutsche Abstammung und die Flucht vor staatssozialistischen Regimen berufen konnten, in einer *zweiten Periode* mittels der staatlich koordinierten Arbeitsmigration fortgesetzt⁵. Die Politik der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte begann schon 1955, wurde aber erst Anfang der sechziger Jahre intensiviert. Über die Bundesanstalt für Arbeit wurden entsprechende Anwerbeverträge mit Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, der Türkei Jugoslawien sowie Marokko und Tunesien abgeschlossen⁶. Neben diesen Verträgen und dem Arbeitserlaubnisrecht bildete zunächst die noch dem Nationalsozialismus entstammende Ausländer und Polizeiverordnung (APVO) von 1938, die dann später durch das "Ausländergesetz" von 1965 abgelöst wurde, die rechtliche Grundlage für die Rekrutierung der ausländischen Arbeitskräfte⁷. Diese Regulierungsinstrumentarien bildeten zusammen das politisch- juristische Gerüst des "Gastarbeitersystems". Gemäß der darin enthaltenen Rotationslogik, die eine "modernisierte Variante des alten Konzeptes der Saisonarbeit"⁸ darstellte, sollte sich die Beschäftigung der ArbeitsmigrantInnen an den

Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren. Wirtschaftliche Funktionalisierung und gesellschaftliche Ausgrenzung der MigrantInnen standen demnach in einem Ergänzungsverhältnis.

Unter mehreren Aspekten wirkte die Arbeitsmigration als ein maßgeblich problemlösender Faktor⁹: durch sie wurde der zusätzliche Arbeitskräftebedarf gedeckt, der zumeist in Bereichen mit harter, schmutziger und niedrig entlohnter Arbeit anfiel; mindestens teilweise wurde die Arbeitskräftemobilität erhöht; es wurden volkswirtschaftliche Reproduktionskosten (Erziehung, Ausbildung etc.) gespart, d.h. in die Herkunftsländer per "brain drain" externalisiert. Insofern die Lohnstückkosten gesenkt wurden, konnten einzelne Kapitale nicht nur Extraprofiten erzielen, sondern auch technologische Lücken zeitlich überbrücken; außerdem bildete die AusländerInnenbeschäftigung eine der wesentlichen Grundlagen für die Bildungsexpansion sowie den beruflichen Aufstieg eines Teils der deutschen Bevölkerung. Denn ohne den ökonomischen Nutzen der ArbeitsmigrantInnen wären die Investitionen in das Qualifikationssystem mit großen volkswirtschaftlichen Friktionen verbunden gewesen¹⁰. Gerade der zuletzt genannte Effekt bezeichnet für die Umwälzung der bundesdeutschen Qualifikationsstruktur eine dominante Tendenz: die "Unterschichtung" der einheimischen ArbeiterInnenklasse und die Polarisierung der Beschäftigungsstruktur. Neben den neuen Facharbeiter- und Angestelltenjobs konnten hierdurch auch die wenig qualifizierten und schlecht bezahlten Arbeitsplätze weiterhin besetzt werden¹¹. Diese Entwicklung der Beschäftigten war für die bundesdeutsche Wirtschaftsstruktur ungemein wichtig, da sie der industriegestützten Exportorientierung des "Modells Deutschland"¹² entsprach. Auf diese Weise wurden die eingewanderten Arbeitskräfte für den wirtschaftlichen Wandel instrumentalisiert.

Mit anderen Worten: Die Arbeitskräftezufuhr aus süd- und südosteuropäischen sowie nordafrikanischen Staaten - letztere (Marokko und Tunesien) waren relativ unbedeutend - war für die Fortsetzung der dynamischen Wirtschaftsentwicklung von entscheidender Bedeutung. Der größte - bis in die Gegenwart prägende - Schub der Arbeitsmigration in die BRD vollzog sich ab 1960 bis zum Anwerbestopp des Jahres 1973. Die Zahl der in der BRD lebenden AusländerInnen hat sich seit Anfang der siebziger Jahre (ca. 4 Mio.) kaum verändert; erst Anfang der achtziger Jahre steigt sie auf ca. 4,5 Mio., um nach einem leichten Rückgang Mitte der achtziger Jahre seit 1988 wieder anzusteigen¹³. Im Übergang zu den neunziger Jahren wurde die 5 Millionen-Grenze überschritten. Die Zusammensetzung der MigrantInnen nach Herkunftsgebieten bzw. -staaten ergibt grob das folgende Bild: Von den ca. 4,7 Mio. AusländerInnen in der BRD (1989) kamen ca. 1,3 Mio. aus EG-Staaten (27 Prozent) - davon ca. 500.000 aus Italien, ca. 300.000 aus Griechenland und ca. 200.000 aus Spanien/Portugal. Zusammen machten diese Nationalitätengruppen mehr als 75 Prozent aller EG-AusländerInnen in der BRD aus. Ca. 1,6 Mio. AusländerInnen stammen aus der Türkei (ca. 33 Prozent) - sie bilden die bei weitem größte Gruppe von AusländerInnen in Deutschland; gefolgt von JugoslawInnen (ca. 600.000) und ItalienerInnen (ca. 500.000). Der Anteil der AusländerInnen aus EG-Staaten, aus der Türkei und aus Jugoslawien an der Gesamtzahl der in Deutschland lebenden AusländerInnen beträgt mithin ca. 75 Prozent¹⁴. Wir bezeichnen diese Mehrheit als die "alte Migrationspopulation". Sie unterscheidet sich von der deutschen Migrationsbevölkerung, d.h. den Vertriebenen und Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg, die staatsbürgerliche Rechte besitzt, keinen staatlichen Repressionen¹⁵ ausgesetzt ist und allgemeine soziale Anerkennung genießt, durch ihre gesellschaftliche Randposition. Auch nach mehreren Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik sind die ArbeitsmigrantInnen noch keinesfalls sozial integriert.

In den aufgeführten Daten reflektiert sich zunächst der prägende Einfluß der Migrationsprozesse in der Zeit bis 1973, die wesentlich durch die Nachfrage auf dem

Arbeitsmarkt bestimmt war. In der Weltwirtschaftskrise Mitte der siebziger Jahre verkehrte sich jedoch der Arbeitskräftemangel in einen -überhang. Der Anwerbestopp war - wie zu dieser Zeit in anderen europäischen Staaten auch - eine politische Maßnahme, um angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit den weiteren Zuzug von ausländischen Arbeitskräften zu stoppen. Dieses Ziel wurde jedoch nur zum Teil erreicht, weil die in der Krise einsetzende Rückwanderung durch eine Gegenbewegung unterlaufen wurde: da viele der MigrantInnen ihre Sparziele noch nicht erreicht hatten, die Arbeits- und Lebensperspektiven im Herkunftsland äußerst schlecht waren und die Möglichkeit einer erneuten Einreise in die Bundesrepublik verbaut war, entschieden sich zahlreiche "GastarbeiterInnen" dafür, ihre Familien nachzuholen¹⁶. Die Logik der Rotation, die für eine solche Situation die Rückwanderung vorsah - mit ihr sollte die Externalisierung der Arbeitslosigkeit und der sonstigen sozialen Folgekosten vonstatten gehen -, erfüllte sich daher nicht. Selbst mittels der Rückkehrprämien zu Beginn der achtziger Jahre konnte keine umfangreiche Remigration eingeleitet werden. Vielmehr wurde mit dem Anwerbestopp von 1973 der Übergang zu weiteren Phasen des Migrationsprozesses eingeleitet. Die Migration folgt damit einem Verlaufsschema, das - nach Stephen Castles (1987) - drei Phasen umfaßt: 1. massenhafte Arbeitsmigration (bis Anfang der siebziger Jahre), 2. Familienzusammenführung (bis Mitte der achtziger Jahre), 3. Niederlassung und Herausbildung neuer ethnischer Minderheiten (seit den achtziger Jahren). Insbesondere die dritte Phase ist im Hinblick auf die aktuellen sozialökonomischen und gesellschaftspolitischen Probleme, die im Zusammenhang mit der Integration von Minderheiten diskutiert werden, von großer Bedeutung. Dies gilt natürlich auch - teilweise sogar in besonderem Maße - für Hessen (z.B. in Frankfurt, das im Jahr 1989 mit 22,9%¹⁷ den bundesweit höchsten AusländerInnenanteil aufweist).

Für die wissenschaftliche und politische Diskussion über diese Probleme¹⁸ sind vor allem zwei Richtungen bestimmend: eine eher optimistische und eine eher kritische, pessimistische Richtung. Die erste geht davon aus, daß mit dem Selbstwerden allmählich ein Prozeß der Integration stattfindet, der zu einer fortschreitenden Annäherung der Sozial- und Berufsstruktur der ausländischen Population an die einheimische Bevölkerung führt. Solche Deutungen greifen einerseits auf theoretische Modelle von Eingliederungsprozessen zurück, wie sie schon vor langer Zeit in der amerikanischen Soziologie entwickelt wurden¹⁹. Zugleich stützen sie sich auf neuere Forschungen in Deutschland - insbesondere über die "zweite und dritte Generation" der türkischen Bevölkerung²⁰. Dabei wird - trotz des Bestehens zahlreicher Integrationsprobleme - von der Einebnung sozialer und kultureller Differenzen als dem Haupttrend des Integrationsprozesses ausgegangen.

Auch wichtige Vertreter der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung in Deutschland stützen solche Positionen, wenn sie im Ergebnis eigener Forschungen darauf hinweisen, daß sich die Differenzen zwischen den "Kulturen" bei genügend angebotenen "Opportunitätsstrukturen" schnell abbauen. "Die Eingliederung der Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik Deutschland ist vor allem eine Frage der individuellen Opportunitäten, die die ausländischen Kinder und Jugendlichen vorfinden oder über die Familien mitbringen. Gibt es diese Opportunitäten, dann verschwinden die 'sichtbaren' Differenzen zwischen den 'Kulturen'. Sichtbare Unterschiede zwischen den Nationalitäten sind die späten Folgen von Unterschieden in den Bedingungen, unter denen die Migration der Familien stattfand. Sie sind nicht die Folge aktuell wirkender sozialer Barrieren oder gar Diskriminierungen auf kollektiver Ebene"²¹.

Die zweite Richtung betont, daß es mit der Familienzusammenführung und der Niederlassung zu neuen sozialen Problemen und Spannungen kommt, die insbesondere mit Tendenzen zur Ghettoisierung (Ausländerviertel mit eigener ethnischer Infrastruktur) verbunden sind. Im Anschluß an Castles faßt Auernheimer diese Entwicklung wie folgt

zusammen: "Die Erwerbsquote der ausländischen Wohnbevölkerung sinkt, was die mit der AusländerInnenbeschäftigung verbundenen volkswirtschaftlichen Vorteile mindert. Der Bedarf an infrastrukturellen Einrichtungen, an Schulen, Kindergärten usw. erhöht sich, auch der Investitionsbedarf für den Wohnungsbau. Da dieser Bedarf vielfach ungedeckt blieb, kam es in manchen Ländern zu ersten sozialen Spannungen"²².

Aus der unabgeschlossenen Integration der ArbeitsmigrantInnen ergeben sich eine Reihe sozialer (gesellschaftliche Identitäten und Statuszuweisungen), ökonomischer (Ausbildung und Arbeitsplatzsituation) und politischer (staatsbürgerliche Rechte) Problemfelder. Diese bestehen zwar schon seit längerer Zeit, unter veränderten gesellschaftlichen Konstellationen artikulieren sie sich jedoch in neuer Form. So haben andauernde Krisen- und Umbruchprozesse zu tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeits- und Lebenswelt geführt. Hiervon wurde auch der Integrationsprozeß der MigrantInnen beeinflusst, allerdings nicht unbedingt positiv: unter den Bedingungen der Tertiarisierung der Beschäftigungsstruktur, der Flexibilisierung der Produktion, der Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, Massenarbeitslosigkeit, individualisierter Lebensformen, dem Abbau sozialer Sicherheiten, der voranschreitenden Auflösung solidarischer Gemeinschaften usw. haben sich die zumeist subalternen Positionen der ImmigrantInnen bislang reproduziert. Dies wiegt umso schwerer, da sich die Marginalisierung der "alten" Einwanderer mit einem zweiten umfangreichen Einwanderungsprozeß kreuzt. Es entstehen nicht selten Konkurrenzverhältnisse zwischen den "alten" und "neuen" MigrantInnengruppen²³. Da die bestehenden gesellschaftlichen Integrationskapazitäten, die wesentlich vom Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie dem sozialen System erbracht werden, sich als viel zu gering erweisen, werden sich in nächster Zukunft die Konflikte zwischen den sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen wahrscheinlich weiter zuspitzen. Hierin dürften dann neben den sozial Deklassierten und Teilen der ArbeiterInnenklasse vor allem auch die MigrantInnen ohne (ArbeitsmigrantInnen und AsylbewerberInnen) und mit Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft (Aus- und ÜbersiedlerInnen) involviert sein.

Als neue Migration wird jener Migrationsprozeß ("neue Völkerwanderung") verstanden, der a) durch den Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme im Osten Europas sowie b) durch Fluchtbewegungen aus Regionen der Dritten Welt, in denen Kriege, Diktaturen, Massenarmut und ökologische Katastrophen zur Flucht zwingen, verursacht wird²⁴. Für die Zukunft wird insbesondere in Europa - vor allem in den EG-Staaten - aus zwei Richtungen eine Zunahme des Immigrationsdrucks erwartet: Erstens aus Osteuropa, dessen Gesellschaften sich nach dem Ende des Staatssozialismus großen Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Neuordnung ausgesetzt sehen. Ein starkes wirtschaftliches Gefälle und unkalkulierbare soziale und ethnische Konflikte fördern verschiedenartige Migrationsformen²⁵. Die Armuts- und Arbeitsmigration bilden ebenso wie die politische Verfolgung und die Flucht aus Kriegsgebieten besonders augenscheinliche Formen von Wanderungsbewegungen. Sie entwickeln häufig einen grenzüberschreitenden Charakter und drängen in die westeuropäischen Gesellschaften. Es liegt auf der Hand, daß die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft, ihres Lebensstandards, ihrer geographischen Lage, aber vor allem auch wegen der kulturellen Bezüge - die AussiedlerInnen können häufig auf Verwandtschaftsbeziehungen zurückgreifen - das bevorzugte Einwanderungsland der osteuropäischen MigrantInnen ist. Gegenüber der Migration nach Westeuropa sind die Binnenwanderungen, für deren Formierung die ökologischen Gefahrenlagen eine wachsende Bedeutung erhalten, weniger auffällig. Sie sollten als eine Vorstufe der internationalen Migration aber nicht unterschätzt werden, denn das osteuropäische Migrationsklima wird durch die Binnenmigration vorbereitet und gefördert²⁶.

2. Prognosen über erwartete Zuwanderungsbewegungen

Die Schätzungen über die migrationsbereiten Menschen aus dem osteuropäischen Raum weisen große Unterschiede auf. Aus der ehemaligen Sowjetunion sollen es zwischen 2 und 25 Millionen sein, zuzüglich 2 Millionen "Deutschstämmiger", so z.B. der "Wolgadeutschen", die als AussiedlerInnen nach Deutschland drängen könnten²⁷. Aber auch aus den anderen Ländern - Polen, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, CSFR, Ungarn - wollen viele Menschen nach Westeuropa emigrieren, darunter zahlreiche deutsche Aussiedler mit einem rechtlichen Einreiseanspruch²⁸. Aus Sicht der migrationsbereiten OsteuropäerInnen ist es dabei zunächst einmal sekundär, ob sich die Migrationsmöglichkeit durch das Asylrecht, neue Einwanderungsbestimmungen, das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht oder aber durch neue Formen der politisch regulierten Arbeitsmigration ergibt - z.B. durch neue Anwerbeverträge mit Polen, Ungarn und der CSFR, die allerdings zeitlich, quantitativ und auf wenige Branchen begrenzt sind²⁹. Sie wollen die erhöhte Durchlässigkeit der Grenzen dazu nutzen, die lange vom westlichen Kapitalismus versprochene Lebensweise für sich zu realisieren. Dies führt zu einem wachsenden Migrationsdruck, der eine veränderte Haltung des Westens hervorruft. Waren im Zeichen der Systemkonkurrenz die Forderungen nach politischer Liberalisierung und Reisefreiheit funktional, wird nunmehr die Durchlässigkeit der Grenzen für die westeuropäischen Staaten zum Problemfeld. Da mit dem Binnenmarkt zudem die Grenzkontrollen innerhalb der EG wegfallen werden, nehmen die Anstrengungen zu, die äußeren Grenzen - vor allem die nach Osteuropa - stärker zu kontrollieren und zu festigen³⁰.

Eine zweite Region, aus der sich der Migrationsdruck nach Westeuropa erhöht, bilden die nordafrikanischen Staaten. Das Mittelmeergebiet ist in der jüngsten Zeit immer mehr zu einer Nord-Süd-Grenze geworden, die mit dem Rio Grande (der Grenzfluß zwischen Mexiko und den USA; die Grenze zwischen Nord- und Südamerika) verglichen worden ist. Gerade dieses Beispiel verdeutlicht, daß es auch für die westeuropäischen Staaten wohl kaum möglich sein wird, die Grenzen gegenüber den MigrantInnen aus dem Maghreb hermetisch zu schließen³¹. In den letzten Jahren wanderten immer mehr Menschen aus dem Maghreb - hauptsächlich aus Marokko, Algerien und Tunesien - zumeist in die Mittelmeerländer der EG ein. Klassische Auswanderungsländer wie Italien, Griechenland, Spanien und Portugal sind schon heute zu Einwanderungsländern geworden, in denen sich eine hohe Zahl sogenannter illegaler MigrantInnen aufhält. In Italien waren es im Jahr 1989 ca. eine halbe Million MaghrebenerInnen, deren Aufenthalt nachträglich legalisiert wurde. Ca. 1,5 Mio. dieser Bevölkerungsgruppe besaßen 1987 einen legalen Status in Frankreich. Auch in Belgien (152.000) und den Niederlanden (130.000) lebt eine relativ große Gruppe von MarokkanerInnen³².

Während für die Bundesrepublik die Migration aus dem Maghreb noch relativ belanglos ist (insgesamt liegt die Zahl der sich in Deutschland aufhaltenden Menschen aus dieser Region bei unter 100.000 Menschen), besitzt sie in den südeuropäischen Gesellschaften und den ehemaligen Kolonialmächten eine erhebliche Bedeutung. In Frankreich sind viele der MigrantInnen aus dem Maghreb "zum 'neuen Proletariat' geworden, das vorwiegend in regelrechten Ghettos lebt. Hohe Arbeitslosigkeit, schlecht bezahlte Jobs, politische Verwurzelung im Heimatland, kulturelle Abschottung und Festhalten am militanten Islam erschweren vielfach die gesellschaftliche Integration"³³. Für Italien und Spanien deuten sich ähnliche Entwicklungen an. Aber auch selbst für die Bundesrepublik dürfte die Migration aus dem nordafrikanischen Raum zunehmend wichtiger werden. Indem dort der Migrationsdruck weiter ansteigt und die geographischen Entfernungen überwindbarer werden, kommt auch die Bundesrepublik zunehmend als Zielland in Frage. Die Freizügigkeit des Binnenmarktes eröffnet zusätzliche (zum Teil auch illegale)

Einwanderungsmöglichkeiten³⁴.

Die bedeutsamere politische und gesellschaftliche Entwicklung für die Bundesrepublik Deutschland bildet vorerst aber die Ost-West-Migration. Zwischen 1989 und 1991 sind insgesamt rund 2,5 Millionen Menschen in das frühere Bundesgebiet eingewandert. Bis Mitte 1991 waren darunter ca. 882.000 AussiedlerInnen ("Deutschstämmige" aus Ost- und Südosteuropa) sowie 741.000 ÜbersiedlerInnen aus der ehemaligen DDR³⁵. Seit dem 3. Oktober 1990 gibt es keine ÜbersiedlerInnen mit dem damit verbundenen Rechtsstatus mehr, dennoch hat sich die Wanderungsbewegung von Menschen aus den "neuen Bundesländern" Ostdeutschlands in Richtung Westen fortgesetzt. Auch nach der deutschen Vereinigung reduzierte sich in den fünf neuen Bundesländern das Arbeitskräfteangebot durch Abwanderungen und einen gewaltigen Strom von Ost-West-PendlerInnen. Im Jahr 1991 war es ein Überschuß von 173.000 (Abwanderung) bzw. 289.000 (PendlerInnenüberschuß) Erwerbstätigen, die vom ost- auf den westdeutschen Arbeitsmarkt drängten. Für 1992 wird im Westen mit weiteren 86.000 bzw. 128.000 zusätzlichen Arbeitskräften aus dem neuen Bundesgebiet gerechnet³⁶. Diese Zahlen deuten auf eine Abschwächung des innerdeutschen Wanderungsgefälles hin. Allerdings wird erst für 1994 - so die Prognosen von Modellrechnungen, die unter der Voraussetzung eines entsprechenden ostdeutschen Wirtschaftsaufschwungs operieren - mit einem Stillstand der Binnenmigration kalkuliert³⁷.

Während die AussiedlerInnen und ÜbersiedlerInnen/PendlerInnen also die überwiegende Mehrheit (ca. zwei Drittel) der nach Deutschland seit 1989 Eingewanderten bilden, setzt sich der Rest aus Flüchtlingen und AsylbewerberInnen zusammen. Eine genauere Unterscheidung gliedert letztere nach ihrem Rechtsstatus auf: a) Asylbewerber, b) Asylberechtigte, c) de-facto-Flüchtlinge und d) Kontingentflüchtlinge³⁸. Von diesen Migrationsgruppen wiederum stammt der überwiegende Teil aus der Türkei, aus Jugoslawien, aus Polen und Rumänien. Aber auch aus dem asiatischen Raum - 1990 waren es über 60.000 hauptsächlich aus dem Libanon, Afghanistan, dem Iran und Indien - nimmt die Zahl der AsylbewerberInnen zu. Insgesamt ist die Summe der Menschen, die einen Antrag auf Asyl stellten, von 121.000 (1989) auf 193.000 (1990) angestiegen³⁹. Nachdem sich 1991 ca. 256.000 Menschen in Deutschland um Asyl bemühten, gehen viele Schätzungen für 1992 von über 400.000 Asylsuchenden aus. Dennoch kann angesichts der Zahlenrelationen und Herkunftsgebiete zunächst einmal geschlußfolgert werden, daß die Bundesrepublik Deutschland mit der Weltflüchtlingsproblematik bzw. der "neuen Völkerwanderung" in bislang relativ geringem Umfang konfrontiert ist. "Noch immer kommen ... zwei Drittel derjenigen, die in Deutschland Asyl beantragen, aus Ost- und Südosteuropa. Die in den Massenmedien mit suggestiven Bildern und Vereinfachungen dramatisierte 'Invasion der Armen' ... ist also bisher noch eher ein Ost-West- denn ein Nord-Süd-Problem"⁴⁰.

Innerhalb der Ost-West-Migration sticht noch ein zweites Merkmal ins Auge: Aufgrund ihres Staatsbürgerschaftsrechts, das mit der Konstruktion der "deutschen Volkszugehörigkeit" - definiert nach dem Bundesvertriebenengesetz von 1953 (§6 BVFG) - eine einzigartige Ergänzung findet⁴¹, unterteilt die Bundesrepublik die MigrantInnen in "deutschstämmige" AusländerInnen aus Osteuropa und sonstige AusländerInnen. Die Vorstellung eines ethnisch homogenen Volkes, an der sich die staatliche Einwanderungspolitik orientiert, führt zur relativen Privilegierung einer besonderen Gruppe von MigrantInnen. Dadurch wird - obwohl die politischen und wirtschaftlichen Gründe, die die Migration auslösen, qualitativ gleichartig sind - die Abstammung und nicht die Notlage zum Eintrittsrecht in die bundesdeutsche Gesellschaft. Der Privilegierung entspricht auf der anderen Seite die Herabsetzung der nichtdeutschen Einwanderer und Einwanderinnen. Sie werden damit zugleich zu "potentiellen Kriminellen" gestempelt, die den deutsch definierten Interessen zuwider handeln⁴².

Gegenüber der Migration aus Osteuropa und den Maghrebstaaten sind die Wanderungen, die sich im jüngeren Zeitraum innerhalb der EG-Staaten ergeben haben, von relativ geringer Relevanz⁴³. Auch durch die Realisierung des Binnenmarktes Ende 1992 sind, sofern sich die regionalen ökonomischen Ungleichgewichte nicht erheblich verstärken, kaum gravierende Veränderungen zu erwarten. Denn die Freizügigkeit in der EG vollzieht sich nach wie vor nicht unabhängig von der Arbeitsstelle. Erst mit Nachweis eines Arbeitsvertrags wird eine Aufenthaltserlaubnis von einem bzw. fünf Jahren ausgestellt.⁴⁴ Gleichfalls ist auch der Zugang zu den jeweiligen nationalen Sozialsystemen von der Beschäftigungsdauer abhängig⁴⁵. Seit dem Anwerbestopp von 1973 sind bezüglich der EG-internen Migration nur zwei leichte Veränderungen im Wanderungsverlauf erkennbar, die sich wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren fortsetzen werden: Erstens ist ein Teil der MigrantInnen aus den ehemaligen südeuropäischen Anwerbeländern in ihr Herkunftsland zurückgekehrt. Entgegen diesem Trend hat zweitens die Migration von höher qualifizierten Arbeitskräften leicht zugenommen. Sie konzentriert sich vornehmlich auf den Arbeitskräfteaustausch zwischen den stärker industrialisierten Staaten⁴⁶.

In Rahmen dieser Ausführungen können die Ursachen für die neuen Migrationsbewegungen nicht im einzelnen - theoretisch und empirisch - bestimmt werden. Je nach Herkunftsregion ergeben sich jeweils unterschiedliche gesellschaftliche Konstellationen, die für die Formierung internationaler Migrationsprozesse verantwortlich sind. Zumeist verzahnen sich mehrere Faktoren. Neben allgemein geltenden strukturellen Grundlagen wirken jeweils besondere historische und nationale Migrationsursachen⁴⁷. In der folgenden theoretischen Skizze soll das Hauptaugenmerk dabei auf den strukturellen Migrationsgründen liegen. Besondere Wirkungszusammenhänge können hier nur Erwähnung finden insofern sie sich auf die Gebiete beziehen, die für die Bundesrepublik migrationsrelevant sind: Osteuropa und zukünftig eventuell Nordafrika: Diese haben für die westeuropäischen Staaten bislang nur einen "Eindruck" denkbarer Migrationsprozesse aus der "Dritten Welt" vermittelt.

3. Ursachen der Migration

Generell lassen sich bei der Systematisierung verschiedener Migrationsfaktoren drei Ursachenkomplexe voneinander unterscheiden: Den 1. bilden primär politisch verursachte Fluchtgründe, die sich aus dem Kampf um die staatliche Ordnung und nachfolgende Repressionen ergeben⁴⁸. Kriege, Revolutionen, Militärdiktaturen etc. sind die besonders auffälligen Ausdrucksformen dieser Entwicklungen. Ihr Entstehungskontext ist in der Regel nicht lokal begrenzt. Verknüpfungen erschließen sich zumeist aus ihrer Einordnung in das System der internationalen Beziehungen. Im Kontext von Weltordnung und Weltpolitik wird aber auch klar, daß die wichtigen Strukturen und Entscheidungen von den militärpolitischen Zentren (USA, vormals der UDSSR, in begrenzter Form auch Westeuropa mit Großbritannien und Frankreich), die auch die ausschlaggebenden Machtpotentiale besitzen, vorgegeben werden. Anders formuliert: Konflikte in der "Dritten Welt" besitzen fast stets eine machtpolitische Komponente, die jenseits ihres engeren Umfeldes liegt. Während der Systemkonkurrenz waren die "Stellvertreterkriege" ein entsprechender Ausdruck dieses Sachverhalts. Mit der internationalen Umbruchphase hat sich dieses Muster jedoch verabschiedet. Es zerfiel gegen Ende der achtziger Jahre nicht nur die Sowjetunion als ein Pol des Systemgegensatzes. Auch die westliche Hegemonialmacht USA erleidet schon seit längerem einen Schwund ihres internationalen Regulierungsvermögens⁴⁹. Von den Konsequenzen der grundlegenden Umstrukturierung der internationalen Hegemonialordnung blieben auch die Staats- und Gesellschaftsordnungen in weiten Teilen der "Dritten Welt" nicht verschont. Indem sie ihre Staats- und Gesellschaftssysteme einer erneuten weltpolitischen "Einpassung"

unterziehen - viele erleiden seit den achtziger Jahren eine rechtsgerichtete Neuordnung - kommt es zu Konflikten, als deren Folge sich internationale Migrationsprozesse formieren. Nach dem Ende der Bipolarität hat sich aus Sicht der Zentren allerdings die Bedeutung großer Teile der "Dritten Welt" verringert. Ansatzweise reduzierte sich damit auch die Militarisierung einzelner Konfliktregionen. Den Hintergrund hierfür bildet der gegenwärtige Übergang zur Triadenkonstellation als der zentralen Achse der internationalen Beziehungen. Für viele der wenig industrialisierten Gesellschaften zeigt dies die Gefahr der wirtschaftlichen Abkopplung an.

Die 2. Migrationskategorie konstituiert sich vorwiegend aus sozioökonomisch bedingten Gründen wie Armut und Hunger, die im Vergleich zur politischen Verfolgung nicht minder lebensbedrohend sein können⁵⁰. Die wirtschaftliche Abhängigkeit, Unterentwicklung, das Bevölkerungswachstum und die anhaltende Perspektivlosigkeit lassen einer wachsenden Zahl von Menschen in der "Dritten Welt" fast nurmehr den Ausweg von Flucht und Auswanderung. Wie die politisch verursachte Flucht besitzt auch die sozioökonomisch erzeugte Migration aufgrund ihrer durch den Weltmarkt induzierten Ursachen internationale Dimensionen. Auch hier werden ebenso wie im Bereich der internationalen Machtpolitik die Handlungsparameter von Seiten der Zentren (USA, Japan und der EG) gesetzt. Ausschlaggebend sind dabei die ökonomischen Produktivitätsverhältnisse, die sich in der Position der internationalen Arbeitsteilung ausdrücken und vermachten. Hinter dem Anstieg der derzeitigen wirtschaftlich bedingten Migration verbergen sich grundlegende Veränderungen in der ökonomischen Reproduktionsweise. Hatten sich in den Dekaden zuvor bereits der Warenaustausch, die Investitionen und die Finanzbeziehungen internationalisiert, so erhalten sie auf der Basis der mikroelektronischen Revolutionierung einen weiteren Vernetzungsschub. Ergänzt wird dieser Prozeß durch die wachsende Bedeutung multinationaler Konzerne⁵¹. Große Regionen der "Dritten Welt" werden dabei zugleich - das ist die Kehrseite dieser Entwicklung - aus dem Weltmarkt herausgedrängt und erleiden das Schicksal der anhaltenden Marginalisierung und Verarmung.

Einen 3. neueren Ursachenkomplex bildet die Flucht vor ökologisch verursachten Gefahrenlagen⁵². Dieser Bereich erfaßt immer mehr Menschen. Sie werden zwar häufig noch nicht als Flüchtlinge aufgeführt, da sie sich weiterhin innerhalb der jeweiligen nationalstaatlichen Grenzen bewegen. Nach Schätzungen des internationalen Komitees des Roten Kreuzes beläuft sich ihre Zahl mittlerweile aber auf ca. 500.000 Personen⁵³. Doch selbst der ökologische Migrationskomplex - Gewässer- und Luftverschmutzung, Zerstörung der Ozonschicht, Erderwärmung, Erhöhung des Meeresspiegels etc. - hat seine Wurzeln nicht allein in den regionalen oder nationalen Bedingungen. So ist die ökologisch verursachte Migration Resultat und Bestandteil des international dominanten Zivilisationsmodells. D.h. die internationalen Auswirkungen der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise bilden die Triebkraft der ökologisch verschuldeten Migration. Sie erhält gegenwärtig besonders klare Konturen, da zum Ende der fordistischen Periode (die wesentlich auf einer extensiven industriellen Entwicklung der kapitalistischen Zentren basierte - Massenproduktion und Massenkonsum wurden durch die Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen ergänzt -) deren Ressourcenverschwendung und ökologische Degradation immer umfassendere Formen annimmt. Vormals zeitlich (zukünftige Generationen) und räumlich (periphere Regionen) externalisierte Folgen schlagen nun auf die Hauptverursacher - die kapitalistischen Zentren - in Form der internationalen Migration zurück⁵⁴.

Die aufgeführten Migrationskomplexe finden ihren kleinsten gemeinsamen Nenner in der im internationalen Maßstab voranschreitenden Durchkapitalisierung. Diese darf dabei nicht mit ökonomischer Entwicklung gleichgesetzt werden. Sie bezeichnet vielmehr den Prozeß, in dem vormals nichtkapitalistische Sphären den Kriterien des Weltmarktes

unterworfen werden. Dieses geschieht sowohl im internationalen als auch im innergesellschaftlichen Maßstab, wenn z.B. der Freizeit-, Kultur- und Konsumbereich von den kapitalistischen Verwertungsimperativen erfaßt werden. Dabei stehen die ökonomischen Dimensionen kapitalistischer Vergesellschaftung nie für sich allein. Immer schon ist der Prozeß der Durchkapitalisierung durch politische (Gestalt und Beziehung der staatlichen Ordnungen), soziale (Klassenbeziehungen) und kulturelle (Werte und Lebensweisen) Verhältnisse überformt. So verknüpfen sich auch in der Formierung internationaler Migrationsprozesse historische Kontinuitäten - Abhängigkeitsbeziehungen, die sich seit Beginn des Kolonialismus reproduziert haben - mit aktuellen internationalen und gesellschaftlichen Umbrüchen. Die migrationsrelevanten Umbruchdimensionen - Weltpolitik, Weltmarkt und Ökologie bzw. Weltzivilisation - stellen dabei heraus, daß die Ursprünge der internationalen Migration in den Zentren selbst zu suchen sind. In diesem Sinne ist das Bild von einer äußeren Bedrohung, das sich in rechtspopulistischen Diskursen und in den Medien zunehmender Verbreitung erfreut, vollkommen irreführend. Entscheidend ist nämlich das Verhältnis der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften zu den Gesellschaften der Peripherie; und dieses wird über den Verlauf der Durchkapitalisierung wesentlich von ersteren definiert. Dabei haben sich ökonomische, politische, militärische und kulturelle Verbindungen ergeben, durch die die modernen und armen Regionen einander näher rückten. Für die Bevölkerung in der "Dritten Welt" hatte dies eine zwiespältige Situation zur Folge: Sie ist durch die Medien - insbesondere das Fernsehen -, durch intensivere internationale Informations- und Kommunikationsformen, durch den Anblick der westlichen Zivilisation etc. zum Bestandteil einer global vernetzten Welt geworden. Menschen werden dadurch aus den traditionellen Lebensformen entwurzelt, können zugleich aber nicht am Wohlstand und den Genüssen partizipieren, die ihnen von den Metropolen "versprochen" worden sind. Die ihnen zugestandenen Annehmlichkeiten bleiben auf den symbolischen Gehalt beschränkt⁵⁵. Schlechter noch, die "Dritte Welt"-Bevölkerung hat zudem noch die negativen Folgen der international dominanten Produktions- und Lebensweisen - international gepuschte Kriege, ökologische Zerstörungen usw. - zu ertragen. Darüber hinaus ist in der "Dritten Welt" das Wachstum von Bevölkerung und Städten anhaltend hoch. Angesichts des steigenden Migrationsdrucks in der "Dritten Welt" ist die rapide Zunahme der internationalen Mobilität nicht besonders verwunderlich.

Dieser Zusammenhang macht aber auch klar, daß die Migrationsgründe durch die Zentren zweifach (mit)verursacht werden. Sie zeigen sich nicht nur für die Entstehung der "push"-Faktoren, sondern ebenso für die "pull"-Faktoren verantwortlich. Ihr Einfluß auf die gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse in den Auswanderungsländern wird durch die Anziehungs- und Integrationskräfte in den Aufnahmeländern ergänzt. Bis in die siebziger Jahre war die gesamte Geschichte der neueren Migration durch eine tendenzielle Proportionalität zwischen "push"- und "pull"-Faktoren geprägt. Dies galt besonders für die Arbeitsmigration. Kapitalinteressen und Arbeitsmarkterfordernisse wurden durch das System der staatlichen Regulation mit den Einwanderungswünschen in Übereinstimmung gebracht und von den Aufnahmestaaten kontrolliert. Im Vergleich zu vorangegangenen Migrationsphasen besteht diese tendenzielle Proportionalität heute nicht mehr. Hierin liegt auch eine wichtige Begründung für die neue Qualität der derzeitigen Migrations- und Integrationsentwicklung. Sie bezieht sich wesentlich auf den Verlust der Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten, den die kapitalistischen Zentren erfahren haben. Der Entstehung der Migration, dem Einwanderungsprozeß und der gesellschaftlichen Integration von MigrantInnen stehen sie oftmals "hilflos" gegenüber. Zusätzlich zu den verringerten Integrations- und Aufnahmekapazitäten (Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie das Sozialsystem) verstärken noch zwei weitere Faktoren die Verringerung der Kontrollkompetenz: 1. der rasant zunehmende Wanderungsdruck und 2. die engere

internationale Vernetzung der nationalen Gesellschaften (siehe auch Kapitel VI "Probleme politischer Regulation", S.51 ff.).

Anmerkungen

- 1 Vgl. L. Hoffmann, Die unvollendete Republik. Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat, Köln 1990, S.20 ff.
- 2 Vgl. K. J. Bade, Fremde Deutsche: "Republikflüchtlinge" - Übersiedler - Aussiedler, in: K. J. Bade (Hrsg.), Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland, München 1992, S.402
- 3 Vgl. W. Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945-1980), Frankfurt a.M. 1983, S.95f
- 4 Vgl. E. Altvater/ J. Hoffmann/ W. Semmler, Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik, Berlin 1980, S.98 ff.
- 5 Eine hier nicht näher ausgeführte Voraussetzung dieser Entwicklung bestand in der gesellschaftlichen Situation der Anwerbeländer. Dort verursachten die hohe Arbeitslosigkeit und die sozialen Spannungen einen hohen Auswanderungsdruck, der nicht nur für die Aufnahmeländer von Nutzen schien. Auch die Herkunftsländer versprachen sich Vorteile: 1. sollten die Arbeitslosigkeit und die gesellschaftlichen Konflikte durch die Migration reduziert werden; 2. olte die wirtschaftliche Entwicklung durch Devisen und das höhere Qualifikationspotential der Rückkehrer angetrieben werden. Letztlich offenbarte sich diese Strategie als illusionär.
- 6 Vgl. S. Castles, Migration und Rassismus in Westeuropa, Berlin 1987, S.71
- 7 Ebd., S.74
- 8 Vgl. A. Treibel, Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung und Gastarbeit, München 1990, S.44
- 9 Vgl. L. Hoffmann, Die unaufhaltbare Einwanderung. Drei Grundirrtümer der Asyldebatte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 36, Heft 12/1991, S.1474
- 10 Vgl. G. Auernheimer, Einführung in die Interkulturelle Erziehung, Darmstadt 1990, S.40f
- 11 Vgl. S. Castles, Migration und Rassismus in Westeuropa, a.a.O., S.29 f. Ebenso ders., Weltweite Arbeitsmigration, Neorassismus und der Niedergang des Nationalstaats, in: U. Bielefeld (Hrsg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?, Hamburg 1991, S.132
- 12 Vgl. J. Esser, Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt a.M. 1982, S.68 ff.
- 13 Vgl. U. Mammey, 35 Jahre Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland - die demographische Entwicklung, in: Ch. Höhn/D.B. Rein (Hrsg.), Ausländer in der Bundesrepublik, Boppard 1990, S.55 ff.
- 14 Die Daten sind dem Statistischen Jahrbuch von 1991 entnommen; Vgl. Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart, Mainz 1991, S.64
- 15 Unter den Ausweisungsgründen, die als permanente Drohung über den Häuptern der ArbeitsmigrantInnen schweben, spielen die Straffälligkeit und der Empfang von Sozialhilfe eine große Rolle. Vgl. D.B. Rein, Rechtliche Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland für die grenzüberschreitende Migration, in: Höhn, Ch./Rein, D.B. (Hrsg.), Ausländer in der Bundesrepublik, Boppard 1990, S.90 und K. Dohse, Ausländische Arbeiter 1974 bis 1985 - Beschäftigungsentwicklung und staatliche Regelungszusammenhänge, in: WSI Mitteilungen 9/1986, S.626 ff.
- 16 Vgl. S. Castles, Migration und Rassismus in Westeuropa, Berlin 1987, S.39
- 17 Vgl. Hessische Gemeindestatistik 1990
- 18 An dieser Stelle wird von den rechtsradikalen und rassistischen Diskursen abgesehen. Interessante Analysen liefern hierzu das Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Aspekte der Fremdenfeindlichkeit, Frankfurt a.M. 1992; A. Kalpalka/N. Rähzel (Hrsg.), Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein, 2. Aufl., Leer 1990; S. Hall, Rassismus als ideologischer Diskurs, in: Das Argument, Jg. 31, Nr.178/1989, S.913 ff.
- 19 Vgl. G. Auernheimer, Einführung in die Interkulturelle Erziehung, a.a.O., S.81 ff.
- 20 Vgl. F. Sen, Der Wunsch in die Heimat zurückzukehren schwindet immer mehr, in: FR vom 18. und 19./20.11.1991
- 21 Vgl. H. Esser, Prozesse der Eingliederung von Arbeitsmigranten, in: Höhn, Ch./Rein, D.B. (Hrsg.), Ausländer in der Bundesrepublik, Boppard 1990, S.49
- 22 Vgl. G. Auernheimer, Einführung in die interkulturelle Erziehung, a.a.O., S.44
- 23 Vgl. A. Treibel, Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung und Gastarbeit, München 1990, S.165
- 24 Vgl. F. Nuscheler, Nirgendwo zu Hause. Menschen auf der Flucht, München 1988; ders., ArbeitsmigrantInnen

- und Flüchtlinge: "Neue Heloten" und "Treibgut der Weltpolitik", in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/1992, S.81 ff. und P. J. Opitz (Hrsg.), Das Weltflüchtlingsproblem, München 1988
- 25 Vgl. E. Stöltzing, Festung Europa. Grenzziehungen in der Ost-West-Migration, in: Prokla 83, Jg.21, Heft Juni 1991, S.249 ff.
- 26 Vgl. G. Hentges, Migrationsbewegungen als Folge europäischer Wandlungsprozesse, in: Europa im Umbruch - neue Dimensionen der Politik, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier Nr.6, Marburg 1992, S.47 ff.
- 27 Vgl. F. Nuscheler, ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge: "Neue Heloten" und "Treibgut der Weltpolitik", in: a.a.O. S.82
- 28 Vgl. A. Statz, Dossier Migration. Ausmaß, Ursachen und Chancen der Ost-West- Wanderungsbewegungen in Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 36, Heft 9/91, S.1075 ff.
- 29 Vgl. G. Hentges, Migrationsbewegungen als Folge europäischer Wandlungsprozesse, a.a.O., S.52; W. Luck, "hole ich mir einen Polen vom Parkplatz, ist das immer noch billiger", in: Die Mitbestimmung, 8/92, S.12 und A. Sakson, Die neueren Wanderungsbewegungen polnischer Arbeitskräfte. Eine Dokumentation, in: Prokla 83, Jg. 21, Heft Juni 1991, S.249 ff.
- 30 Vgl. E. Stöltzing, Festung Europa. Grenzziehungen in der Ost-West-Migration, in: Prokla 83, Jg.21, Heft Juni 1991, S.258
- 31 Vgl. P. J. Opitz, Die weltweiten Flüchtlings- und Migrationsbewegungen. Ursachen und Dimensionen, in: Politische Studien, Jg. 43, Sonderheft 1/1992, S.26
- 32 Vgl. R. Biermann, Migration aus Osteuropa und dem Maghreb, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 9/1992, S.33
- 33 Ebd., S.33f
- 34 Ebd., S.34
- 35 Vgl. H.-P. Klös, Zuwanderungsbedingter Potentialzuwachs: Substitution Arbeitsloser oder Mehrbeschäftigung, in: IW-trends 3/91, S.A-27f
- 36 Vgl. D. Blaschke u.a., Der Arbeitsmarkt in den neuen Ländern - Zwischenbilanz und Herausforderungen, in: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 25, Heft 2/92, S.122
- 37 Ebd., S.124
- 38 Vgl. G. Auemheimer, Einführung in die Interkulturelle Erziehung, a.a.O., S.49 ff. und D. B. Rein, Rechtliche Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland für die grenzüberschreitende Migration, a.a.O., S.94 ff.
- 39 Vgl. Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S.65
- 40 Vgl. F. Nuscheler, ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge: "Neue Heloten" und "Treibgut der Weltpolitik", in: a.a.O. S.83
- 41 Vgl. D.B. Rein, Rechtliche Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland für die grenzüberschreitende Migration, a.a.O., S.86 ff.
- 42 Vgl. L. Hoffmann, Die unaufhaltbare Einwanderung. Drei Grundirrtümer der Asyldebatte, a.a.O., S.1475
- 43 Vgl. G. Hentges, Migrationsbewegungen als Folge europäischer Wandlungsprozesse, a.a.O., S.41ff.
- 44 Gemäß der Vereinbarungen von Maastricht, die im "Vertrag über die europäische Union" (EU) festgehalten wurden, soll der Aufenthalt für die EG-BürgerInnen zukünftig unabhängig von den Arbeitsverträgen frei wählbar sein (Art. 8a).
- 45 Vgl. R. Penninx/Ph. J. Muus, No Limits for Migration after 1992? The lessons of the past and a Reconnaissance of the Future, in: International Migration, Jg. 27, Nr.3 September 1989, S.377
- 46 Ebd., S.381 f.
- 47 Vgl. F. Nuscheler, Nirgendwo zu Hause. Menschen auf der Flucht, a.a.O., S.221 ff.
- 48 Vgl. A. Zolberg, Die Zukunft der internationalen Migrationsbewegungen, in: Prokla 83, Jg. 21, Heft 2/91, S.207 ff.
- 49 Vgl. F. Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung, Marburg 1991, S.54 ff.
- 50 Vgl. H. Arnold, Süd-Nord-Migration und Nord-Süd-Konflikt, in: Vierteljahresberichte. Problems of international Cooperation, Nr. 127, März 1992, S.19 ff.
- 51 Vgl. J. Esser, Transnationale Unternehmen und politische Regulierung. Die kapitalistische Durchdringung der Welt, in: Perspektiven Nr. 13, Juli 1992 (Frankfurt), S.30 ff.
- 52 Vgl. P. J. Opitz, Die weltweiten Flüchtlings- und Migrationsbewegungen. Ursachen und Dimensionen, a.a.O., S.32
- 53 Ebd., S.32

-
- 54 Vgl. E. Altvater, Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des "real existierenden" Sozialismus, Münster 1991, S.63 ff. und S.288 ff.
- 55 Vgl. S. Hall, Globalisation. Europe's other self, in: Marxism Today, August/1991, S.19 und L. Hoffmann, Die unaufhaltbare Einwanderung. Drei Grundirrtümer der Asyldebatte, a.a.O., S.1470

Integration und Regulation der Zuwanderung durch den Arbeitsmarkt

1. Deckung des Arbeitskräftebedarfes

In Zeiten hoher Wachstumsraten ("Wirtschaftswunder") und Engpässen auf dem Arbeitsmarkt ("Vollbeschäftigung") dienten Anwerbung und Aufnahme von ArbeitsmigrantInnen bis zum Anwerbestop von 1973 in erster Linie dazu, einen Zusatzbedarf an Arbeitskräften zur Entlastung des Arbeitsmarktes zu decken. Diese fungierten als "Konjunkturpuffer"¹ bzw. als "industrielle Reservearmee"². Die ausländischen Arbeitskräfte wurden mithin in der Anwerbephase als "Ersatzarbeitskräfte" angesehen, die einerseits die Nachfrage nach "Massenarbeitern" (Un- und Angelernte) in der Bauwirtschaft, im Bergbau sowie in den expandierenden Sektoren der fordistischen Massenproduktion (vor allem in der Automobilindustrie und ihren Zulieferern) decken sollte. Andererseits wurde zunächst davon ausgegangen, daß diese Arbeitsmarktreserve flexibel und disponibel sei. Das heißt: im Falle eines Rückgangs der Konjunktur und ansteigender Arbeitslosigkeit könnten die ausländischen Arbeitskräfte problemlos "zurückgeführt" werden, um den Arbeitsmarkt sowie die nationale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu "entlasten" (siehe Kapitel II "Alte und neue Migration", S.11 ff.).

Während also die deutschen ArbeitnehmerInnen ihre berufliche Position (durch Aufstieg in der Berufs- und Qualifikationshierarchie sowie durch Mobilität in Angestellten- und Dienstleistungsberufe) im Sinne eines "Fahrstuhleffektes" (Ulrich Beck) verbesserten, vollzog sich mit der AusländerInnenbeschäftigung eine "Unterschichtung" der einheimischen Arbeitnehmerschaft. Schon in der Phase der Hochkonjunktur wurde dabei die Grundlage für eine "latente Dualisierung der Beschäftigten" gelegt: "eine Aufspaltung der Arbeitsplätze in solche mit hoher Betriebsbindung, Aufstiegs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sowie einem komplementären Segment relativ unqualifizierter und leicht zu substituierender Arbeit"³.

2. Die Position ausländischer ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt

Die strukturell defizitäre Position von AusländerInnen auf dem Arbeitsmarkt und im betrieblichen Arbeitsprozeß läßt sich nach den Ergebnissen der sozialwissenschaftlichen und industriesoziologischen Forschung bis zum Beginn der 80er Jahre in erster Linie anhand der folgenden Indikatoren verifizieren⁴:

- Ausländische ArbeitnehmerInnen werden überwiegend als un- und angelernte Arbeitskräfte im sekundären Sektor beschäftigt. Ihre berufliche Qualifikation ist vergleichsweise niedrig.
- Die mit zunehmendem Aufenthalt zweifellos eintretende Verbesserung des Qualifikationsniveaus hält sich in engen Grenzen. Sie beschränkt sich in der Mehrzahl auf das Niveau angelernter Tätigkeiten⁵.
- Auch innerhalb der jeweiligen Leistungsgruppen liegen die durchschnittlichen Stundenverdienste der AusländerInnen unter denen der Deutschen.
- Der innerbetriebliche Aufstieg wird zudem durch diskriminierende Auswahlverfahren erschwert.
- AusländerInnen sind überdurchschnittlich von Schichtarbeit, Akkord- und Prämienlohnarbeit betroffen.
- Höhere Unfall- und Krankheitsraten in Betrieben mit hoher Ausländerquote verweisen auf die Konzentration der AusländerInnen an Arbeitsplätzen mit gesundheitsgefährdenden Bedingungen⁶.

Die zu Beginn und Mitte der 80er Jahre durchgeführten Repräsentativbefragungen von Mehrländer u.a. haben nachweisen können, daß sich zwischen 1972 und 1980 die

berufliche Stellung der ausländischen *männlichen* Arbeiter leicht verbessert hat. Der Anteil der Ungelernten hat ab- und der der Facharbeiter hat zugenommen. Neuere betriebssoziologische Forschungen⁷ haben zugleich die These korrigiert, daß sich aufgrund von betrieblichen Rationalisierungsprozessen die Beschäftigungschancen ausländischer ArbeitnehmerInnen signifikant verschlechtern. Sie bestätigen aber auch die Erfahrung, daß vor allem ausländische Frauen von Entlassungen - infolge von Rationalisierung bzw. von konjunkturellen Einbrüchen - betroffen sind⁸ und daß sie weiterhin für Arbeitsplätze mit unattraktiven Arbeitsbedingungen und geringer Entlohnung nachgefragt werden.

Mit dem Selbsthaftwerden der MigrantInnen und der Bildung ethnischer Gemeinschaften in zahlreichen Städten haben sich Strukturen einer "Ausländer-Ökonomie" (mit Geschäften, Handwerksbetrieben, Gaststätten etc.) herausgebildet. Eine Untersuchung in fünf Großstädten in NRW (1988), die sich mit den Berufsbiographien von "Vätern" (erste Generation) und "Kindern" (zweite Generation) befaßte, ermittelte 6% der "Väter", die eine Existenz als Selbständige aufgebaut haben. "Die Söhne konnten im Vergleich zu ihren Vätern häufiger auf einem höheren Niveau ins Erwerbsleben einsteigen. Zwar gehören auch sie relativ häufig zu den manuellen Klassen (84 Prozent); einer größeren Zahl ist es jedoch gelungen, die Positionen von Fach- und Vorarbeitern zu besetzen (20 Prozent). Darüber hinaus konnten einige (14 Prozent) die Barriere zu den nichtmanuellen Berufsfeldern überwinden. Hierbei handelt es sich in erster Linie um personen- und sachbezogene Dienstleistungen"⁹. Während die Unterschichtungsthese für die erste Generation zutrifft, muß bei der zweiten Generation differenziert werden: "Es ist eine Polarisierung feststellbar. Einem Teil gelang es, qualifizierte manuelle Arbeitsplätze zu besetzen und die Barriere zu den nichtmanuellen Klassen zu überspringen. Der andere Teil ist wie ihre Väter auf un- oder angelernte Arbeitsplätze verwiesen". Da aber die Jugendlichen der zweiten Generation aufgrund ihrer Sozialisation in Deutschland, vor allem auch aufgrund des Schulbesuches¹⁰ ein höheres soziales und berufliches Erwartungsniveau als ihre Väter ausgebildet haben, sind sie sehr viel unzufriedener mit dem Arbeitsplatzangebot¹¹.

3. Ausländerpolitik als Teil der Arbeitsmarktpolitik

Nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für andere westeuropäische Länder gilt bis in die 70er Jahre, daß Ausländerpolitik immer Ausländerbeschäftigungspolitik als Teil der Arbeitsmarktpolitik gewesen ist¹². Der Arbeitsmarkt fungiert als Regulator der Nachfrage ebenso wie als primäre Institution der Integration. Die Arbeitsbeziehungen - vor allem in den Großbetrieben der industriellen Massenproduktion - sind in hohem Maße institutionalisiert und reguliert: durch Tarifverträge, Betriebsverfassungsgesetz, Sozialgesetze und einen starken Einfluß der Gewerkschaften im Betrieb wie in der Branche. Tarifverträge gewähren auch dann, wenn die AusländerInnen überwiegend gering qualifizierte und entlohnte Tätigkeiten ausüben, einen kollektiven Schutz gegen Diskriminierung. Das gilt auch für die Institutionen der betrieblichen Interessenvertretung (Betriebsräte) und die überbetriebliche Interessenvertretung durch die Gewerkschaften, die seit Anfang der 70er Jahre "ihre klassischen Politikfelder der Arbeits-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf die spezifischen Belange nicht-deutscher Staatsangehöriger ausweiteten und gleichzeitig Hunderttausende aus dem Kreis der Zugewanderten als Mitglieder für die Gewerkschaftsorganisationen gewinnen konnten. Indem sie dies taten, entsprachen sie gleichzeitig den wohlverstandenen Interessen einer inländischen Mitgliedermehrheit, die auf keinen Fall Arbeitskraftanbieter unter Tarif im Lande haben wollte"¹³.

Dennoch werden die Arbeits- und Lebensbedingungen der MigrantInnen zugleich in hohem Maße durch die Ausländerpolitik des Staates bestimmt. Seit dem Anwerbepstop von

1973 wurden immer wieder Maßnahmen ergriffen, die nicht allein die weitere Zuwanderung begrenzen sollten, sondern auch die Arbeitsmarktchancen der im Lande lebenden AusländerInnen verschlechterten (z.B. regionale Zuzugssperren, Verweigerung der Arbeitserlaubnis für nachreisende Familienangehörige, Nichtverlängerung der Arbeitserlaubnis selbst im Fall eines bestehenden Arbeitsverhältnisses, wenn der Arbeitsplatz von einem Deutschen eingenommen werden kann). "Die direkte Ausländerpolitik - als das ensemble der arbeitserlaubnis- und aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen - weist daher ein Selektionsmuster auf, das geradezu als die Umkehr des Sozialstaatsprinzips gekennzeichnet werden kann. Während das Sozialstaatsprinzip ausgleichend für Lebensunterhaltsrisiken eintritt, die das Marktprinzip nicht abdeckt, ist die Ausländerpolitik genau umgekehrt aufgebaut: in die notfalls repressive staatliche Verfügungsgewalt geraten AusländerInnen in dem Maße, wie sie aus dem Markt herausfallen. Der Staat kompensiert hier nicht Marktrisiken, sondern nimmt diese gerade zum Anlaß weiteren staatlichen Drucks"¹⁴. Von diesem Druck sind besonders AusländerInnen betroffen, die aus dem Arbeitsmarkt - z.B. als Arbeitslose - herausfallen bzw. die aufgrund ihres Rechtsstatus keine Chance des Zugangs zum Arbeitsmarkt haben. Ökonomisch wirkt er als Verstärkung jener Tendenz, die sich in der Ausweitung der "Schattenökonomie" bzw. der illegalen Beschäftigung geltend macht.

Die Lebensbedingungen der MigrantInnen und ihrer Familien sowie die Bedingungen der Integration werden schließlich in hohem Maße durch deren Wohnsituation bestimmt. Mit dem Selbsthaftwerden einer großen Zahl von AusländerInnen in Deutschland hat sich in zahlreichen Städten eine Getto-Bildung vollzogen. Solche Stadtteile haben einerseits stabilisierende Funktionen für die Ausländer: das Getto kann Schutz gegen Marginalisierung und Diskriminierung bieten und deren Selbstorganisation erleichtern¹⁵. Auf der anderen Seite werden vor allem von Kommunalpolitikern die Gefahren einer solchen Getto-Bildung betont: "sie werden charakterisiert als Orte der Verhinderung von Integration, als Verursacher von Spannungen zwischen Deutschen und Ausländern, als Quelle bzw. Ausgangspunkt von Kriminalität und politischer bzw. religiöser Radikalisierung, als Stätten sozialer Verelendung, in denen sich Krisensymptome wie hoher Anteil von arbeitslosen, soziale Unterprivilegierung und gestörte Familienverhältnisse konzentrieren"¹⁶.

4. Strukturwandel der Wirtschaft

Knuth Dohse hat schon 1986 darauf aufmerksam gemacht, daß der überdurchschnittlich hohe Abbau der Beschäftigung von AusländerInnen in der Bundesrepublik nicht allein durch die konjunkturelle Entwicklung, sondern auch durch den tiefgreifenden Strukturwandel der Wirtschaft und des Beschäftigungssystems determiniert wird. "Dieser Strukturwandel ist - grob gesagt - so verlaufen, daß die in überdurchschnittlichem Maße von Ausländern besetzten Arbeitsplätze ab- und die überproportional von deutschen Frauen besetzten Arbeitsplätze zunehmen"¹⁷. Darin spiegelt sich der Ausbau des Dienstleistungssektor wider: zwischen 1974 und 1985 gingen im produzierenden Gewerbe rund 1,6 Millionen Beschäftigungsverhältnisse verloren, während der Dienstleistungssektor um rund 1,26 Millionen Arbeitsplätze mit relativ hohem Teilzeitanteil expandierte. Die "Verlierer" dieses Wandels waren die AusländerInnen: "Sie sind überproportional vom Arbeitsplatzabbau im produzierenden Gewerbe betroffen, jedoch fast gar nicht am Wachstum im Dienstleistungssektor beteiligt"¹⁸.

Seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre wird die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung vor allem durch zwei Entwicklungstrends bestimmt. Zum einen nimmt seit 1987 die Zahl der MigrantInnen wieder zu. Daß der deutsche Arbeitsmarkt - im Zeichen der günstigen Konjunktur in der Folge der deutschen Einigung - zwischen 1989 und 1991 fast 1,5 Millionen zusätzliche Arbeitskräfte (davon die Mehrzahl Aus- und ÜbersiedlerInnen)

integriert hat, wird von Vertretern der deutschen Wirtschaft als positives Zeichen nicht allein für die Problembewältigungskapazität des Arbeitsmarktes, sondern auch als Beweis für den auf Jahre hinaus bestehenden Arbeitskräftebedarf der deutschen Wirtschaft angesehen, der aufgrund der demographischen Entwicklung (Schrumpfen der deutschen Bevölkerung) nur durch Ausländer befriedigt werden kann¹⁹. Ob solche optimistischen Prognosen von Seiten der deutschen Wirtschaft auch angesichts des konjunkturellen Abschwungs seit Mitte 1991, d.h. auch in Zeiten wirtschaftlicher Rezession und des neuerlichen Anstiegs der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Belastungen der staatlichen Sozialsysteme Bestand haben werden, mag allerdings bezweifelt werden.

Der hohe Anteil an Aus- und ÜbersiedlerInnen an den Migrationsströmen seit 1987 hat die Hypothese bestärkt, daß zwischen AusländerInnen (und ihren Familien), die bis 1973 in die Bundesrepublik eingewandert sind, und den Deutschen bzw. den "Deutschstämmigen" aus Osteuropa ein Verdrängungswettbewerb eingesetzt hat, der zu Lasten der "alten" Migrantengruppen gehen muß. Dafür würde schon sprechen, daß sowohl in der industriellen Produktion als auch in weiten Teilen des Dienstleistungssektors neue Qualifikationen gefragt sind. Es geht um die "Fähigkeit, in der Arbeit souverän mit Informationen und Symbolen umzugehen. Dabei stellt ... eine entwickelte Kompetenz in deutscher Sprache in Wort und Schrift zu kommunizieren, eine Grundqualifikation der Arbeitnehmer dar. Ausländer der ersten Generation und vor allem auch ausländische Frauen, die besonders nur geringen sprachlichen Kontakt zur deutschen Gesellschaft entwickeln können, dürften dann schon deswegen durch das Selektionsraster der Betriebe fallen"²⁰.

Auf diesem Felde sind auch vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Nürnberg) weitere Untersuchungen angekündigt. Derzeit läßt sich die folgende Vermutung formulieren: "Stellt man sich die Gesamtzahl der Arbeitskräfte in einer Arbeitskräfteschlange geordnet vor, so läßt sich der Effekt des Zuzugs von Aus- und insbesondere von Übersiedlern auf die Position der Ausländer in dieser Arbeitskräfteschlange vorstellen. In der Wirtschaft sind in der Vergangenheit mit dem Zuzug von Aus- und Übersiedlern hohe Erwartungen bezüglich der Deckung des Fachkräftebedarfs verbunden worden. Wengleich zunächst hinsichtlich der Aussiedler und später der Übersiedler eine Ernüchterung solcher Erwartungen eingetreten ist, so gilt doch, daß jüngere gut qualifizierte Aus- und Übersiedler ausländische Arbeitnehmer in der Arbeitskräfteschlange zurückdrängen können. Dies wird empirisch zu überprüfen sein"²¹.

Auf der anderen Seite setzt sich der Trend zur "Dienstleistungsgesellschaft" im Übergang zu den 90er Jahren fort²². Dies hat auch unsere Studie über den hessischen Arbeitsmarkt bestätigt²³.

Für das Gebiet der alten Bundesrepublik Deutschland wurde der sektorale Arbeitskräftebedarf bis zum Jahre 2010 von der "IAB/Prognos Projektion" folgendermaßen zusammengefaßt:

- "Der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft hält an. Im Jahre 2010 dürften etwa zwei Drittel der Beschäftigten in Dienstleistungsbranchen tätig sein, im Vergleich zu 57% im Jahre 1987.
- Im primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) und im Bergbau geht die Zahl der Arbeitsplätze prozentual am stärksten zurück.
- Auch im sekundären Sektor, also im Warenproduzierenden Gewerbe, muß langfristig mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung gerechnet werden.

Im allgemeinen wird erwartet, daß sich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR durch das Zusammenwachsen mit der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft ähnliche Strukturen einstellen"²⁴.

Allerdings differenziert die Prognose die Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs im Dienst-

leistungssektor:

"Die primären Dienstleistungstätigkeiten, abgegrenzt als Tätigkeitsschwerpunkt in Handel, Büro, allgemeine Dienste, verloren bereits im Zeitraum 1982 bis 1985 gut 500.000 Erwerbstätige. Auch für diese Tätigkeiten erwartet die IAB-Prognos-Studie mittelfristig eine Abnahme: bis 1995 um 280.000 und zwischen 1995 und 2010 um gut 400.000 auf 9,9 Millionen.

Die sekundären Dienstleistungen, abgegrenzt als Tätigkeitsgruppen 'Forschung und Entwicklung', 'Organisation und Management', 'Betreuen, Beraten, Lehren u.ä.', welche schon in der Vergangenheit gewachsen sind, werden dagegen weiter kräftig expandieren. 1985 verzeichnete dieser Bereich 5,7 Millionen Beschäftigte, 1995 könnten es 7,7 Millionen sein und 2010 rd. 9,2 Millionen".

Dabei rechnet die Prognose mit der kontinuierlichen Anhebung des Qualifikationsniveaus der Beschäftigten. "Die Tertiärisierung der Sektoren und Tätigkeiten geht einher mit einer fortgesetzten Anhebung der Qualifikationsstruktur des gesamtwirtschaftlichen Arbeitskräftebedarfs und ist verbunden mit einem weiteren Rückgang des Bedarfs an ungelerten Arbeitskräften, die in den schrumpfenden Sektoren und Tätigkeiten überdurchschnittlich vertreten sind"²⁵. Bezieht man diese Prognose auf die Arbeitsmarktchancen der AusländerInnen, so ergibt sich eine eindeutige Verschlechterung, sofern nicht deren Niveau der allgemeinen Ausbildung und beruflichen Qualifikation erhöht wird.

5. Die Zukunft der Dienstleistungsgesellschaft

Ob diese eher optimistische Prognose über die Entwicklung des Dienstleistungssektors - und dabei insbesondere der Zunahme von Tätigkeiten mit einem hohen Qualifikationsniveau - Bestand haben wird, mag bezweifelt werden. Im internationalen Vergleich sind in Deutschland die Dienstleistungen nach wie vor schwächer entwickelt als in vergleichbaren Industrieländern, vor allem aber in den USA. Darin spiegelt sich zum einen die starke Exportorientierung der deutschen Wirtschaft; zum anderen sind hier erhebliche Beschäftigungspotentiale auszumachen - und zwar in erster Linie in den Bereichen der produktionsorientierten Dienstleistungen sowie bei Dienstleistungen im Humanbereich, zum Beispiel auf dem Gebiet Gesundheit, Sozialpflege, Bildung und Weiterbildung²⁶. Empirische Befunde stützen zudem die Hypothese, daß in der Bundesrepublik Deutschland - vor allem aufgrund des Bildungs- und Ausbildungssystems - zumindest für die 80er Jahre noch *nicht* von der Herausbildung eines "neuen Dienstleistungsproletariats" gesprochen werden kann²⁷.

Die weitere Entwicklung des Beschäftigungssystems wird wesentlich von der konjunkturellen Entwicklung sowie - im Hinblick auf die Dienstleistungstätigkeiten - von der staatlichen Bildungs- und Ausbildungspolitik sowie insgesamt von der Sozial- und Infrastrukturpolitik abhängen. Je mehr diese Prozesse freilich der Logik der Marktgesetze unterliegen und durch eine neoliberal-konservative Deregulierungspolitik des Staates flankiert werden, um so größer wird die Gefahr, daß die unteren Segmente des Dienstleistungssektors mit den "bad jobs" ("ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse", Schattenökonomie, informeller Sektor) zur Auffangreserve des Beschäftigungspotentials werden, das sowohl durch die Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit als auch durch Migration ansteigt.

Das Beispiel der Entwicklung des Beschäftigungssystems in den USA vermag einen solchen Entwicklungspfad zu illustrieren. Das "Beschäftigungswunder" (zwischen 1960 und 1985 entstanden in den USA 40 Millionen neuer Arbeitsplätze) fand zu 90 Prozent im Dienstleistungssektor statt. Dabei schritt einerseits die Auslagerung von Tätigkeiten aus dem produzierenden Sektor an selbständige Dienstleistungsunternehmen schnell voran.

Andererseits absorbierte der private Dienstleistungssektor mit niedrigen Löhnen und einer extrem niedrigen Produktivität den weitaus größten Anteil der neuen Arbeitsplätze. "Das 'Beschäftigungswunder' der USA beruht darauf, daß im Dienstleistungssektor Bereiche mit geringer Arbeitsproduktivität expandieren und das gesamtwirtschaftliche Wachstum mehr durch den Beschäftigungsaufbau als durch höhere Arbeitsproduktivität erzielt wird"²⁸. Der amerikanische Ökonom Lester Thurow führt den Verfall der Produktivität der US-Wirtschaft und damit die Erosion der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vor allem auf die geringe bzw. verfallende Produktivität im Dienstleistungssektor und die damit verbundene soziale Ungleichheit zwischen hochqualifizierten Beschäftigungsgruppen mit steigenden Einkommen und unqualifizierten Arbeiten mit sinkenden Einkommen zurück. Es sind - so seine These - gerade die sinkenden Löhne, die den Verfall der Produktivität herbeiführen und als eine Blockade der Modernisierung wirken²⁹.

6. Polarisierungen auf dem Arbeitsmarkt

Die Entwicklung und Spaltung des tertiären Sektors ist in hohem Maße mit der Herausbildung von "metropolitanen Dienstleistungszentren" bzw. "global cities" verbunden, in denen sich die Zentralen bzw. Niederlassungen der transnational operierenden Konzerne und finanzkapitalistischen Institutionen konzentrieren³⁰. In diesen Städten hat sich der Dienstleistungssektor immer mehr zu Lasten des industriellen Sektors (sofern solche Städte eigene Industrietraditionen hatten) ausgeweitet. Auf dem Arbeitsmarkt setzt sich eine neue Polarisierung durch. Auf der einen Seite steigt die Bedeutung der hochqualifizierten und z.T. privilegierten Arbeitsplätze mit hohem Einkommen bei Banken, Versicherungen, den Verwaltungen der internationalen Konzerne, den Wirtschaftsdiensten usw., die überwiegend von der einheimischen Bevölkerung (bzw. von privilegierten Ausländergruppen) eingenommen werden. Zugleich spielt in solchen Zentren der öffentliche Dienst eine bedeutende Rolle. Auf den mittleren und oberen Ebenen der Berufshierarchie ist er den AusländerInnen (selbst den EG-AusländerInnen) weitgehend verschlossen, während er sich auf den unteren Ebenen, z.B. bei der Müllabfuhr, für Ausländer geöffnet hat.

Auf der anderen Seite steigt die Nachfrage nach minder qualifizierten Tätigkeiten in Dienstleistungssektoren wie der Gastronomie, im Einzelhandel, aber auch bei der Produktion leichtindustrieller Güter. Dabei entstehen Sektoren der Ökonomie, die außerhalb der traditionellen Regelungssysteme (Tarifverträge, Institutionen der betrieblichen Interessenvertretung, Gewerkschaften, sozialstaatliche Versicherungs- und Vorsorgesysteme) stehen. Diese Segmente des Arbeitsmarktes tendieren - oftmals flankiert durch eine Politik der "Deregulierung" (z.B. durch Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Beschäftigungsverhältnisse) - zu einer Vielfalt von Tätigkeitsformen und Beschäftigungsverhältnissen: von formellen Tätigkeiten mit einem hohem Flexibilisierungsgrad (Teilzeitarbeit, befristete Tätigkeiten) bis zu informellen und ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen sowie bis zur illegalen Beschäftigung in der "Schattenökonomie".

Margit Mayer hat diese Polarisierungstendenz des Beschäftigungssystems und der Arbeitsmärkte in den "Global Cities" wie folgt zusammengefaßt: "1. Die produktionsorientierten Dienstleistungen und Kontrollfunktionen, die sich in den großen Städten konzentrieren, benötigen neben der hochqualifizierten technischen und professionellen Arbeit eine extensive Infrastruktur anderer Arbeiten, die vom Bau und der Reinigung der Büros bis hin zur Bedienung der gut verdienenden Angestellten reicht (Hausarbeit, Kinder versorgen, Hunde ausführen, Reparaturen machen usw.). 2. Die konsumbezogenen Dienstleistungen sind (unter dem Stichwort 'hamburger economy') weithin bekannt für ihre Nachfrage nach Niedriglohnarbeit. 3. In den abgewerteten Fertigungsbereichen ist, genauso wie bei den produktionsorientierten Dienstleistungen,

Informalisierung (über subcontracting, freie Mitarbeitertätigkeit, Sweatshops und Heimarbeit) zu einer direkten Profitmaximierungsstrategie geworden ... Die massenhafte Immigration aus 3. Welt Ländern stellt ein Reservoir billiger und manövrierbarer Arbeitskräfte für die Metropolen der USA und auch Europas bereit. Insgesamt bestehen etwa 15 % der amerikanischen Beschäftigten aus solchen 'Illegalen'³¹.

Es sind also gerade diese Sektoren, die die neue Migration (siehe "neue Migration", S.14) anziehen. Sie öffnen sich für "Migranten, Flüchtlinge, Mitglieder ethnischer Minderheiten und Frauen, die nun minder qualifizierte und gewerkschaftlich nicht kontrollierte Tätigkeiten ausüben müssen, bei denen ihnen wenig Verhandlungsspielraum bleibt und die Sicherheit des Arbeitsplatzes nicht gewährleistet ist ... Diese Entwicklungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Situation der Arbeitsmigranten gehabt"³².

7. Auswirkungen auf die Beschäftigung von AusländerInnen

Stephen Castles faßt die Auswirkungen dieser Veränderungen im Produktions- und Beschäftigungssystem auf die AusländerInnen in vier Punkten zusammen:

- Die massenhafte Einwanderung von minder qualifizierten ArbeiterInnen ist - aufgrund von restriktiven Einwanderungsbestimmungen seit Mitte der 70er Jahre - beträchtlich zurückgegangen; dennoch bilden illegale Einwanderer, Einwanderinnen und Flüchtlinge auch weiterhin eine Quelle für unqualifizierte Arbeit.
- Die meisten der vor 1974 eingewanderten ArbeiterInnen haben es nicht geschafft, berufliche Mobilität zu erlangen. Sie üben weiterhin unqualifizierte Tätigkeiten in der Produktion, im Baugewerbe und in Dienstleistungsbetrieben aus. Oft überträgt sich dies auf ihre Kinder, weil die Bildungssysteme nicht in der Lage waren, ihnen eine angemessene Schul- und vor allem Berufsausbildung zu vermitteln.
- Die traditionellen Wege, auf denen MigrantInnen Zugang zu den Arbeitsmärkten fanden, sind mittlerweile versperrt - vor allem auch deshalb, weil in den klassischen Aufnahmesegmenten der fordistischen Massenproduktion in der Folge von Rationalisierung bzw. von Produktionseinschränkungen die Beschäftigung abgebaut wurde und sich eine "Schließung" dieser Arbeitsmärkte vollzogen hat. Daraus folgt für zahlreiche Angehörige der "zweiten Generation", sowie für neue MigrantInnen, daß sie häufig einer längeren Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind oder unsichere und oftmals illegale Tätigkeiten im Dienstleistungssektor verrichten müssen.
- Es hat sich ein neuer informeller Sektor entwickelt, in dem Mitglieder ethnischer Minderheiten sowohl als KleinunternehmerInnen als auch als ArbeiterInnen tätig sind³³.

Angesichts dieser neuen Entwicklungstendenzen muß also die Theorie von der Segmentierung der Arbeitsmärkte (Dual-Labour-Market-Theory) modifiziert und erweitert werden. Für die "alte Migration" konnte von einer Spaltung bzw. Abschottung zwischen einem primären und einem sekundären Arbeitsmarkt auf der Ebene der Betriebe ausgegangen werden. Die Ausländerbeschäftigung konzentrierte sich im sekundären Segment. Dabei spielten die Großbetriebe der industriellen Massenproduktion eine entscheidende Rolle. Inzwischen haben sich im Dienstleistungssektor neue formelle und informelle Arbeitsmarktsegmente herausgebildet, die das wichtigste Reservoir für prekäre Beschäftigungsverhältnisse und damit für die teilweise Absorption der "neuen Migration" bilden. Daraus folgt wiederum, daß die politische Regulation der Migration, die sich wesentlich auf die rechtliche Definition des "Ausländerstatus", auf die spontanen Integrationsmechanismen des Arbeitsmarktes sowie der Arbeitsverfassung (Tarifvertragssystem, Arbeitsrecht, Sozialpolitik) stützt, grundsätzlich in Frage gestellt werden muß.

Anmerkungen

- 1 Vgl. z.B. A. Zolberg, Die Zukunft der internationalen Migrationsbewegung, in: Prokla 83 (1991), S.194; H. Gillmeister u.a., Ausländerbeschäftigung in der Krise?, Berlin 1989
- 2 So A. Treibel, Migration in modernen Gesellschaften, Weinheim/München 1990, S.87
- 3 G. Schiller, Arbeitsmarkt, in: G. Auemheimer (Hrsg.), Handbuch Ausländerarbeit, Weinheim/Basel 1984, S.28 ff., hier S.29
- 4 Vgl. G. Schiller, a.a.O., S.30/31
- 5 Vgl. U. Mehrländer u.a., Soziale Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der BRD, Repräsentativuntersuchung '80, Bonn 1981
- 6 Vgl. E. Gaugler u.a., Ausländer in deutschen Industriebetrieben, Königstein 1978
- 7 Vgl. dazu H. Gillmeister u.a., Ausländerbeschäftigung in der Krise; Berlin 1989; H. Gillmeister, Die Verdrängung ausländischer Arbeitnehmer folgt keinem Naturgesetz, in: Die Mitbestimmung, 8-9/1992, S.14 ff.; M. Biller, Arbeitsmarktsegmentation und Ausländerbeschäftigung. Ein Beitrag zur Soziologie des Arbeitsmarktes mit einer Fallstudie aus der Automobilindustrie, Frankfurt/New York 1989
- 8 Vgl. H. Gillmeister u.a., Ausländerbeschäftigung in der Krise, a.a.O., S.85
- 9 G. Schultze, Väter und Söhne, in: Die Mitbestimmung, 8-9/1992, S.18 ff., hier S.19
- 10 "Die Kinder und Jugendlichen, die heute eine Schule besuchen, sind immer häufiger hier geboren und haben die gesamte oder den weitaus größten Teil ihrer Schulzeit an deutschen Schulen verbracht; sie sind in der Bundesrepublik Deutschland aufgewachsen - allerdings nicht selten in einem nationalen Getto oder in einer durch Migrantenkultur bestimmten Umwelt. Sie haben ordentliche, immer häufiger gute oder ausgezeichnete deutsche Sprachkenntnisse im kommunikativen Bereich. In vielen Punkten hat sich darüber hinaus - oberflächlich betrachtet - ihre Bildungs- und Schulsituation normalisiert oder sogar verbessert". Auch bei der Beteiligung an höheren Bildungsgängen (z.B. Gymnasium) schwächen sich die Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Schülern ab. Dieser relativen (formalen) Chancengleichheit im Bildungssystem steht allerdings die "Chancenungleichheit der jungen Ausländer auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt" entgegen. Vgl. U. Boos-Nünning, Einwanderung ohne Einwanderungsentscheidung: Ausländische Familien in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 23-24/1990, 1. 6. 1990, S.16 ff., hier S.21 f.
- 11 Vgl. G. Schultze, a.a.O., S.19 f.
- 12 Vgl. G. Auemheimer, Einführung, a.a.O., S.42
- 13 P. Kühne, Gewerkschaftliche Asyl- und Einwanderungspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 2/1992, S.108 ff., hier S.108/9; zu den Defiziten gewerkschaftlicher Ausländerpolitik sowie zur Unterrepräsentanz von Ausländern in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien vgl. ders., Gewerkschaftliche Ausländerpolitik - diesseits der Beschlußlage, in: Die Mitbestimmung, 8-9/1992, S.49 ff.
- 14 K. Dohse, Ausländische Arbeiter 1974 bis 1985, in: WSI-Mitteilungen, 9/1986, S.626 ff., hier S.631; Vgl. dazu auch K.J. Bade, Öffnung und Abwehr: Ausländerpolitik in der BRD, in: Die Mitbestimmung, 8-9/1992, S.37 ff.
- 15 Vgl. dazu F. Heckmann, Die Bundesrepublik: ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwanderungsminorität, Stuttgart 1981; vgl. auch G. Auemheimer, Einführung, a.a.O., S.94 ff.
- 16 U. Boos-Nünning, Einwanderung, a.a.O., S.17
- 17 K. Dohse, Ausländische Arbeiter, a.a.O., S.629
- 18 Ebd., S.630
- 19 Vgl. dazu H. P. Klös, Zuwanderungsbedingter Potentialzuwachs, a.a.O.; So auch R. Tichy, Ausländer rein - Warum es kein "Ausländerproblem" gibt, München 1990. Beim Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln wurde ein Computermodell entwickelt, "das die Vorhersage der Bevölkerungsentwicklung und des Angebots an Arbeitskräften erlaubt. Danach werden in Gesamtdeutschland im Jahr 2010 fünf Millionen weniger Menschen leben als heute. Deutschland im Jahre 2020 werde, wenn sich die Geburtenrate nicht kurzfristig verändere und keine Zuwanderung erfolge, etwa 10 Millionen weniger Einwohner haben als heute ... Um dem zu begegnen, sei 'ab sofort' bis zum Jahre 2010 eine Zuwanderung vom 300 000 pro Jahr nötig, 'anschließend noch mehr'", J.C. Nüse, "Natürlich werden von den Zuwanderern ganz andere Qualifikationen erwartet als von den Arbeitsimmigranten der 60er Jahre", in: Die Mitbestimmung, 8-9/1992, S.28 ff., hier S.32. Das unternehmernahe Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hebt ebenfalls die positiven ökonomischen und finanziellen Aspekte der Zuwanderung (seit 1989 3,6 Millionen Menschen; davon 1,3 Millionen, die einen Arbeitsplatz fanden) hervor. "So hätte die Wachstumsrate zwischen 1988 und 1991 von durchschnittlich 3,8 Pro-

- zent ohne diese massive Zuwanderung nur bei 2,5 Prozent gelegen. Allein im vergangenen Jahr zahlten die frisch zugewanderten Arbeitnehmer und Selbständigen knapp 30 Milliarden DM an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Rechnet man die gesamten Aufwendungen des Staates für die Neu-Bundesbürger etwa in Gestalt von Sozialhilfe, Arbeitslosen-, Kinder- und Wohngeld von schätzungsweise 16 Milliarden DM dagegen, bleibt für die öffentliche Hand 1991 ein 'Gewinn' in Höhe von rund 14 Milliarden". Frankfurter Rundschau vom 8. September 1992
- 20 K. Dohse, *Ausländische Arbeiter*, a.a.O., S.634. Neuere Untersuchungen bestätigen diese These. "Die Gefahr der Ausländerverdrängung besteht ... besonders in Betrieben mit hohen und sich mit dem technologischen Wandel erhöhenden Anforderungen an die Qualifikation ... Typisch ist eine ... Polarisierung: das Risiko, nicht eingestellt oder bei Rationalisierungsbedingtem Arbeitsplatzabbau freigesetzt zu werden, trifft vor allem ältere Ausländer, insbesondere Ausländerinnen der ersten Generation mit unzureichenden Deutschkenntnissen, die nicht fähig oder bereit sind, sich auf neue Tätigkeitsanforderungen einzustellen, da sie in einem langen Arbeitsleben nie vor dieser Herausforderung standen und deswegen 'lementwöhnt' sind", H. Gillmeister, *Die Verdrängung ausländischer Arbeitnehmer*, a.a.O., S.16
- 21 F. Buttler und F. Dietz, *Die Ausländer auf dem Arbeitsmarkt*, in: Ch. Höhn und D.B. Rein (Hrsg.), *Ausländer in der Bundesrepublik*, Boppard 1990, S.99 ff., hier S.117
- 22 Vgl. u.a., J. Bischoff und R. Detje, *Massengesellschaft und Individualität*, Hamburg 1989, bes. S.79 ff.; H. Albach, *Dienstleistungen in der modernen Inustriegesellschaft*, München 1989; H. Franke und F. Buttler, *Arbeitswelt 2000. Strukturwandel in Wirtschaft und Beruf*, Frankfurt/Main 1991
- 23 Vgl. weiter unten: "Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen im Dienstleistungsbereich", S.44 ff.
- 24 H. Franke und F. Buttler, *Arbeitswelt 2000*, a.a.O., S.113
- 25 Ebd., S.117 und S.119
- 26 Vgl. dazu H.-J. Krupp, *Der Strukturwandel zu den Dienstleistungen und Perspektiven der Beschäftigungsstruktur*, in: *Mitt AB*, 1/1986, S.145 ff.
- 27 Vgl. dazu H.-P. Blossfeld und K.U. Meyer, *Berufsstruktureller Wandel und soziale Ungleichheit. Entsteht in der Bundesrepublik Deutschland ein neues Dienstleistungsproletariat?* in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 43, Heft 4, 1991, S.671 ff. Allerdings beschränkt sich dies Studie auf Deutsche und erwähnt, daß 1. der Anteil der AusländerInnen in "einfachen Diensten" bei 14 % (Deutsche 10 %) liegt und zudem - zwischen 1978 und 1982 - eine stärker steigende Tendenz aufweist (plus 1,2 %, bei Deutschen: minus 0,7 %); ebd., S.678/9
- 28 J. Bischoff und M. Menard, *Weltmacht Deutschland?* Hamburg 1992, S.85
- 29 L. Thurow, *Head to Head. The Coming Economic Battle Among Japan, Europe and America*, New York 1992, S.163 ff.
- 30 Vgl. u.a. S. Sassen-Koob, *Global Cities*, Princeton 1988; J.R. Feagin und M.P. Smith, "Global Cities" und neue internationale Arbeitsteilung, in: R. Borst u.a. (Hrsg.), *Das neue Gesicht der Städte*, Basel 1990, S.62 ff.
- 31 M. Meyer, *Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt*, in: R. Borst u.a. (Hrsg.), *Das neue Gesicht*, a.a.O., S.190 ff., hier S.194
- 32 S. Castles, *Weltweite Arbeitsmigration, Neorassismus und der Niedergang des Nationalstaats*, in: U. Bielefeld (Hrsg.), *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?* Hamburg 1991, S.129 ff., hier S.136/37
- 33 Ebd., S.137/138



Die ausländische Wohnbevölkerung in Hessen

1. Jeder zehnte Einwohner Hessens besitzt eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit

In Hessen lebten 1990 612.134 Ausländer und Ausländerinnen¹, das sind 10,6% der etwas über 5,1 Millionen EinwohnerInnen Hessens². Der Ausländeranteil liegt damit in Hessen etwas höher als in Deutschland insgesamt³, dort lag er 1989 bei 7,7% (4,84 Mill.)⁴.

Im Vergleich der Bundesländer lebten in absoluten Zahlen mehr AusländerInnen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern; bezogen auf einen prozentualen Anteil an der Bevölkerung lag dieser unter den Flächenstaaten nur in Baden-Württemberg etwas höher als in Hessen⁵.

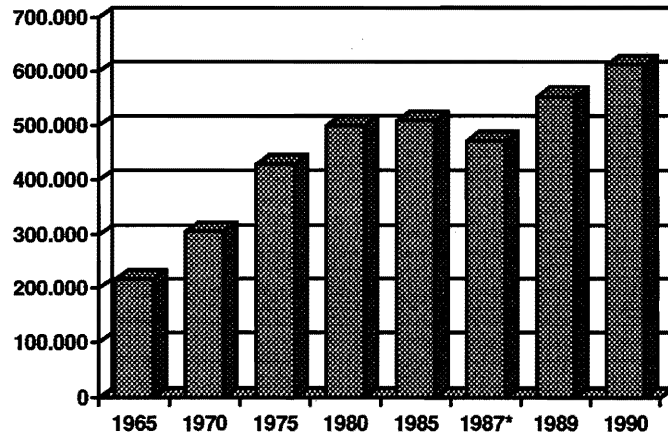
Ursache für eine verhältnismäßig zahlreiche ausländische Bevölkerung dürfte die durch das Rhein-Main-Gebiet relativ große städtische Bevölkerung Hessens sein; Ausländerinnen und Ausländer leben aufgrund der dort verfügbaren Arbeitsplätze eher in den Städten.

Wie in der Bundesrepublik insgesamt ist auch in Hessen die Ansiedlung dieser vor allem aus Südeuropa und der Türkei stammenden Bevölkerungsgruppen Ergebnis der Arbeitskräfteanwerbung der fünfziger und sechziger Jahre. Bereits 1965 lebten über 200.000 AusländerInnen in Hessen; die Zahlen sanken dann in den Krisenjahren (1967, 1974-76, 1982-84) immer wieder leicht ab; in der Gesamttendenz aber stiegen sie an. Auch der Anwerbestop von 1973 konnte dies nicht verhindern, da die hier lebenden Arbeitskräfte ihren Anspruch auf ein Zusammenleben mit ihren Familien geltend machten. 1972 lebten etwa 400.000 AusländerInnen in Hessen, 1981 waren es dann über 500.000, 1990 über 600.000⁶.

2. Drei Phasen der Zuwanderung

Die heute in Hessen lebenden Ausländerinnen und Ausländer kamen in einer ersten Phase vorwiegend als angeworbene Arbeitskräfte. Staat, Wirtschaft und sie selber gingen zunächst von einem nur vorübergehenden Aufenthalt aus (siehe auch Kapitel II "Alte und neue Migration", S.11 ff.). Mit abflauerender Konjunktur Anfang der siebziger Jahre wurde ihre Anwesenheit in Frage gestellt. Der staatlich und gesellschaftlich gestützte Rückkehrdruck setzte sich aus zwei Gründen nicht direkt in die Praxis um: Erstens bildete inzwischen für viele MigrantInnen die Bundesrepublik den Lebensmittelpunkt und zweitens gehörten sie zu den festen Bestandteilen des Beschäftigungssystems, so daß ihre Arbeitskraft nur selten einfach substituiert werden konnte. Zwar verließ eine große Gruppe der AusländerInnen, weil sie arbeitslos wurden oder auch gerne wieder in die Heimat zurückkehrten, in den siebziger Jahren Deutschland, die Mehrzahl aber blieb. Da sie häufig

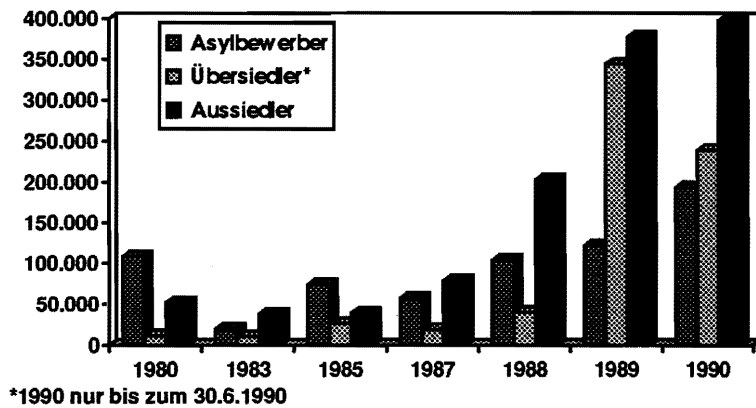
Diagramm 1: Ausländerinnen und Ausländer in Hessen
- Zeitreihe



* Daten der Volkszählung Mai 1987

ihre Familien nachholten - was übrigens ein verbrieftes Menschenrecht ist - stieg in einer zweiten Phase, jetzt durch den Familiennachzug (daneben durch den Geburtenüberschuß und eine wachsende Zahl von Flüchtlingen), ab 1973 die Zahl der ausländischen Bevölkerung weiter an. Von einer dritten Phase der Zuwanderung muß man wohl für die Zeit seit 1988, insbesondere 1989, sprechen.

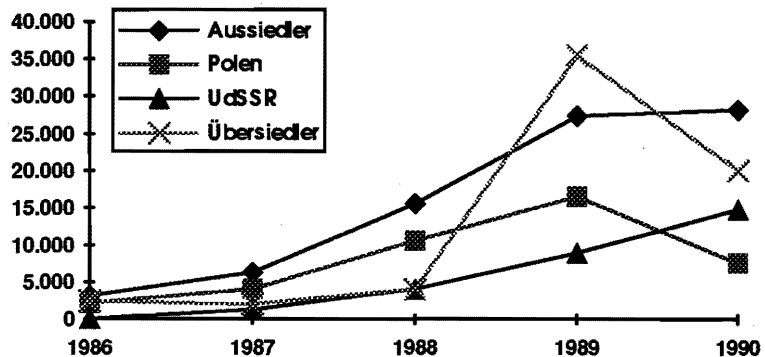
Diagramm 2: Entwicklung der Asylbewerber-, Aus- und Übersiedlerzahlen in der Bundesrepublik Deutschland 1980-1990



3. Der neue Einwanderungsschub: Aus- und ÜbersiedlerInnen

Seit 1950 war der Wanderungsgewinn, d.h. die Zahl der Zuzüge abzüglich der Fortzüge, in Hessen nicht mehr so hoch gewesen wie 1989: er betrug ca. 96.000 Personen und verdoppelte sich damit gegenüber dem Vorjahr⁷. Nach negativen Wanderungsbilanzen in den frühen achtziger Jahren hatte Hessen 1985 einen leichten Überschuß der Zuzüge zu verzeichnen, der 1988 auf ein Plus von 49.000 Menschen (darunter 26.000 AusländerInnen) anwuchs. Über die Landesgrenze zugezogen sind 1989 209.000 Personen. Hierunter aufgeführt sind auch Deutsche, die z.B. von Hamburg nach Hessen umzogen. Ein gutes Drittel der Zugezogenen waren Nichtdeutsche; auch ihre Zahl stieg

Diagramm 3: Aussiedler (darunter aus Polen und der UdSSR) und Übersiedler in Hessen - Zeitreihe



deutlich um knapp 9%. Mit gut 15.000 Zuzügen stellten die Polen und Polinnen eine sehr große Gruppe; nur halb so viele Menschen stammten aus der Türkei (ca. 8000). Gut 8.000 AsiatInnen und 3.000 AfrikanerInnen zogen neu nach Hessen. Knapp 40.000 kamen aus der damaligen DDR. In der ersten Jahreshälfte 1990 (am 1.7. 1990 wurde die statistische Erfassung eingestellt) kamen über 20.000 DDR-ÜbersiedlerInnen nach Hessen. Von 1980 bis 1988 hatte ihre Zahl jeweils zwischen 1.200 und 4.100 gelegen⁸. Fast 10.000 aus den Ostblockstaaten kommende Deutsche sind für 1989 in der Statistik verzeichnet. Da es bei den beiden letztgenannten Gruppen kaum Fortzüge gab, beträgt die sogenannte Nettozuwanderung 49.000. Die Aus- und ÜbersiedlerInnen sind also wesentlich für die Rekordzuwanderung verantwortlich. Unter den Nichtdeutschen dagegen sind keineswegs alle dauerhafte Einwanderer. Da über 42.000 AusländerInnen Hessen verließen (davon 33.500 ins Ausland), beläuft sich hier die Wanderungsbilanz auf 33.428. Dabei war die

Zunahme der nichtdeutschen Bevölkerung in den Regierungsbezirken Kassel (13,3%) und Gießen (10,7%) prozentual bei allerdings deutlich geringeren absoluten Zahlen größer als im Regierungsbezirk Darmstadt (7,0%). Unter den Zugezogenen, die aus Gebieten außerhalb der Bundesrepublik kamen, war der Anteil der Nichtdeutschen im Regierungsbezirk Darmstadt gleichzeitig wesentlich höher als in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel; daraus könnte geschlossen werden, daß Aus- und ÜbersiedlerInnen weniger stark in das Rhein-Main-Gebiet drängten.

Die Hauptzuwanderer der späten achtziger Jahre waren eher Aus- und ÜbersiedlerInnen als Flüchtlinge. *Bundesweit* stieg ihre Zahl von knapp 100.000 (1987) auf 243.000 im Jahr 1988 und 1989 dann auf 721.000. Dem standen 1989 etwa 120.000 AsylbewerberInnen gegenüber. 1990 kamen erneut 397.000 AussiedlerInnen, 193.000 AsylbewerberInnen und in der ersten Jahreshälfte 1990 noch 238.000 Menschen aus der DDR. Die 1991 verzeichneten Rückgänge der AussiedlerInnenzahlen sind vor allem auf ein geändertes Verfahren zurückzuführen. Innerhalb des vereinigten Deutschlands hält die Binnenmigration aus den östlichen in die westlichen Bundesländer weiterhin an. Bundesweit sind im ersten Jahr nach der Währungsunion, also bis Juli 1991 etwa 240.000 Menschen aus dem Osten in den Westen der Bundesrepublik gezogen.

Wieviele Aussiedlerinnen und Aussiedler in Hessen leben, ist nicht genau zu beziffern. Sie werden lediglich nach der Einreise registriert und dann auf die Bundesländer verteilt. Unklar ist dabei, inwieweit die AussiedlerInnen das Recht in Anspruch nehmen, ihren Wohnort selbst zu wählen. Nach der Einreise sind sie von anderen deutschen Staatsangehörigen noch für fünf Jahre in den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit, soweit sie deren Leistungen in Anspruch nehmen, unterscheidbar und werden ansonsten als Deutsche aufgeführt.

4. Mehr Flüchtlinge suchen Asyl

Die AsylbewerberInnenzahlen in der Bundesrepublik sind ein Spiegel von Hunger, Kriegen, ökologischen Katastrophen und politischer Verfolgung in der Welt. Insbesondere seit Ende der achtziger Jahre ist die Zahl der Asylanträge in der Bundesrepublik drastisch gestiegen. Lag die Zahl der AsylbewerberInnen 1975 noch unter 10.000, so erreichte sie 1980 einmal über 100.000 Anträge, um dann wieder deutlich zu sinken. Seit 1988 steigen die Zahlen auf zunächst 103.000, 1989 dann auf 121.000, 1990 auf 193.000 und 1991 auf 256.112 Anträge.

Durch die internationale Bedeutung des Frankfurter Flughafens reisen relativ viele Flüchtlinge in Hessen ein. So stellte etwa 1987 und 1988 ein Viertel der Asylbewerberinnen und -bewerber in Deutschland den Asylantrag in Hessen. Da aber zunehmende Zahlen von Flüchtlingen nicht mehr aus Asien oder Afrika, sondern beispielsweise aus Jugoslawien oder Rumänien und damit auf dem Landweg kommen, sinkt der relative Anteil in Hessen gestellter Asylanträge. Etwa 15% der in Deutschland Asylsuchenden, so die Ministerin Blaul in einer Landtagsdebatte im September 1991, kommen zur Zeit in Hessen an⁹. Da AsylbewerberInnen aber nach wenigen Wochen für die Dauer ihrer Antragsbearbeitung nach Quoten auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden, muß Hessen aktuell 7,44% von ihnen aufnehmen. Anfang 1992 wurden etwa 40.000 Flüchtlinge in den hessischen Kommunen untergebracht¹⁰. Seit das befristete Arbeitsverbot für Asylsuchende im Juni 1991 aufgehoben wurde, sind diese Flüchtlinge ein Arbeitskräftepotential für besonders unattraktive Arbeiten: sie erhalten vor ihrer Anerkennung nur dann eine Arbeiterlaubnis, wenn kein Deutscher oder ihnen gleichgestellter Bewerber die betreffende Arbeit annehmen will.

Wieviele Flüchtlinge insgesamt in Hessen leben, ist nicht bekannt. Anerkannte Asylberechtigte können ihren Wohnort frei wählen. 1991 waren dies nach einem Bescheid der

Zirndorfer Behörde 6,9% der AntragstellerInnen; durch Gerichtsentscheidungen wird erfahrungsgemäß noch einmal etwa die gleiche Zahl anerkannt. Flüchtlinge, deren Antrag auf Asyl abgelehnt wurde, verlassen zum Teil Deutschland wieder. Ein großer Teil aber kann bleiben, da z.B. Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten durch die Genfer Flüchtlingskonvention vor Abschiebung geschützt werden oder da die Bundesregierung bestimmte Flüchtlingsgruppen (z.B. aus Vietnam oder Albanien) duldet(e). 1989 waren dies ca. 57% der abgelehnten AsylbewerberInnen. Die Zahl der in der Bundesrepublik insgesamt lebenden Flüchtlinge ist überaus umstritten und nicht exakt feststellbar; Schätzungen belaufen sich auf eine halbe bis eine Million.

5. Ausländische InländerInnen: Die Mehrheit lebt seit über 10 Jahren in Deutschland

Ohne Zweifel stellen die oben beschriebenen Prozesse des Zuzugs von ArbeitsmigrantInnen und ihren Familien einen Einwanderungsprozeß dar. Deutlich über die Hälfte der Nichtdeutschen in Hessen (58,2%) leben zehn und mehr Jahre in Deutschland. Das entspricht ziemlich genau der Situation in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt.

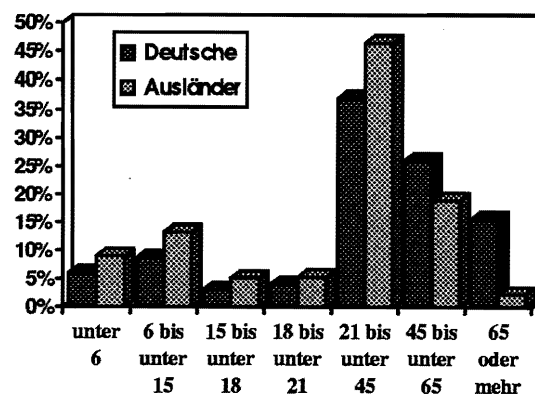
Eine Aufenthaltsberechtigung, die einen erhöhten Schutz vor Ausweisung gewährt, hatten 1987 im Bundesgebiet, trotz ihres langen Aufenthaltes hier, nur 11,7% der Nichtdeutschen (22,7% der Türken und Türkinnen), 38,4% hatten eine unbefristete und 43,1% eine lediglich befristete Aufenthaltsgenehmigung¹¹.

6. Geschlechterverhältnis und Altersstruktur nähern sich (bei bleibenden Unterschieden) denen der deutschen Bevölkerung an

Als Arbeitskräfte angeworben worden waren zunächst vor allem Männer. Dementsprechend stellten sie etwa 1965 69,7% der ausländischen Bevölkerung in Hessen. Durch den Nachzug von Frauen veränderte sich dieses Bild kontinuierlich und näherte sich dem Männer-Frauen-Verhältnis in der Gesamtbevölkerung an. 1989 waren 54,55% der nichtdeutschen Bevölkerung Hessens männlichen Geschlechts; in der Gesamtbevölkerung gibt es demgegenüber etwas mehr Frauen als Männer¹². Auch durch diese Strukturveränderung und die im Vergleich zu den Männern geringere Erwerbstätigkeit der Frauen sank bei einer steigenden Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung die Zahl der erwerbstätigen Ausländerinnen und Ausländer.

Annäherungen gibt es auch in der Altersstruktur. Allerdings gehören mit 75,6% der nichtdeutschen Bevölkerung gegenüber 69,3% der deutschen Bevölkerung weiterhin mehr AusländerInnen der Altersgruppe der 15- bis unter 65jährigen an. Fast die Hälfte ist im Alter von 21 bis unter 45 Jahren. Sie sind also im größerem Maß potentiell erwerbstätig. Im Rentenalter sind erst ganz wenige Ausländer und Ausländerinnen (2,3% gegenüber 17%). Ein großer Teil aber ist unter 15 Jahre alt und damit Kindergartenkind oder SchülerIn und bald auf der Suche nach weiterführenden Ausbildungsmöglichkeiten. Unter den SchülerInnen betrug der Ausländeranteil 1990 in

Diagramm 4: Die Altersstruktur der deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung Hessens 1989



Hessen 14%¹³.

Auch bei den AussiedlerInnen ist die Altersstruktur so, daß manche in ihnen die Renter deutscher Renten sehen. Die unter 18jährigen stellen mit 23,8% bei den Männern und 31% bei den Frauen einen wesentlich größeren Anteil als in der deutschen Bevölkerung (19,2% / 16,6%). Auch die 25- bis unter 45jährigen sind bei den AussiedlerInnen wesentlich stärker vertreten (37,5% / 36,5% gegenüber 29,3% bzw. 25,7%). Die Gruppe im Alter von 60 und mehr Jahren ist relativ gering vertreten¹⁴.

7. Die größte Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer kommt aus der Türkei

Die größte nichtdeutsche Nationalitätengruppe sind schon seit den frühen siebziger Jahren die Türkinnen und Türken. Hier unterscheidet sich Hessen nicht von der Bundesrepublik.

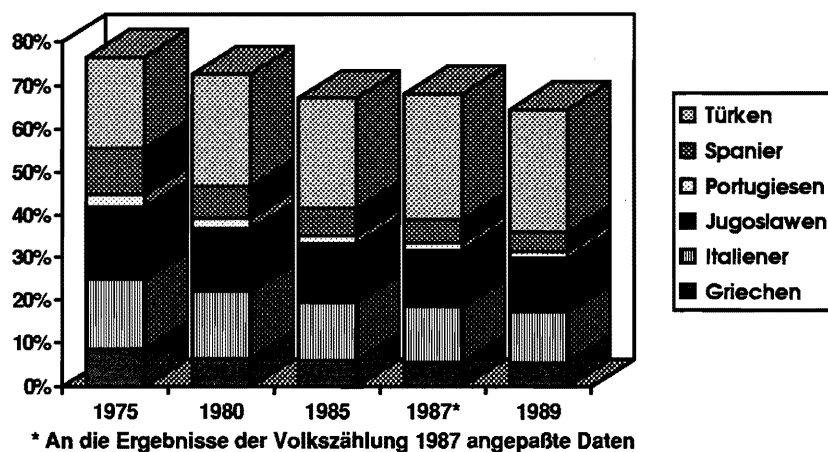
157.000, das sind 28,5% der Nichtdeutschen in Hessen hatten 1989 eine türkische Staatsbürgerschaft. Mit 33,3% war deren Anteil im Bundesgebiet allerdings deutlich höher. An zweiter und dritter Stelle folgen in Hessen mit 65-70.000 Menschen die JugoslawInnen und die ItalienerInnen, dann mit 25-30.000 die GriechInnen und die SpanierInnen. Große Zuwachsraten verzeichneten in absoluten Zahlen im Verlauf der achtziger Jahre die osteuropäischen Staatsangehörigen (insbesondere aus Polen) und die MarokkanerInnen. Höher als im Bundesgebiet ist in Hessen, sicher bedingt durch die wirtschaftliche Stellung des Rhein-Main-Gebietes, der Anteil der US-AmerikanerInnen¹⁵.

Geht man nach der Nationalität, dann müßten den o.g. Zahlen noch eingebürgerte deutsche Staatsangehörige türkischer, italienischer und anderer Nationalität hinzugezählt werden. Deren Zahl ist allerdings relativ gering.

28,3% der ausländischen Wohnbevölkerung in Hessen (27,4% im Bundesgebiet) hatten die Staatsangehörigkeit eines EG-Staates und genossen damit das Recht auf freie Einreise und Aufenthalt und brauchten keine Arbeitserlaubnis.

Trotz deutlich dominierender großer Gruppen gibt es in Hessen eine riesige Nationalitätenvielfalt. Kinder aus ca. 110 Nationen besuchen hessische Schulen; bei den Wahlen zur Kommunalen Ausländervertretung in Frankfurt waren Angehörige von 152 Nationen wahlberechtigt¹⁶. Solche Zahlen verdeutlichen die Breite der Sprachen und Kulturen in Hessen; sie verweisen auch auf Probleme, die eine Sicherung sprachlicher und kultureller Entwicklungsmöglichkeiten bedeuten würde. Allerdings gehören über zwei Drittel der Nichtdeutschen in Hessen (in den Schulen vier Fünftel) sieben Nationalitäten an.

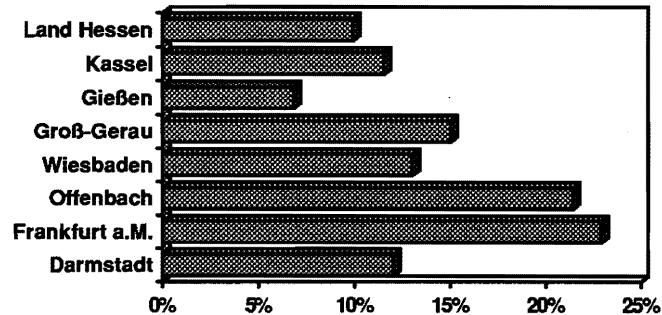
Diagramm 5: Nationalitätenstruktur der in Hessen lebenden Ausländerinnen - Zeitreihe



8. Deutsche Städte mit dem höchsten AusländerInnenanteil liegen in Hessen Zentrum Rhein-Main-Gebiet

Die ausländische Bevölkerung lebt in Hessen überaus konzentriert im Rhein-Main-Gebiet. Im Regierungsbezirk Darmstadt mit den Städten Darmstadt, Frankfurt, Offenbach und Wiesbaden leben allein knapp 80% der hessischen Nichtdeutschen. Zwar lebt hier auch ein relativ großer Teil der deutschen Bevölkerung, mit etwa 62% ist deren Anteil aber doch deutlich niedriger. Der Bevölkerungsanteil der Ausländerinnen und Ausländer im Regierungsbezirk Darmstadt beträgt 12,8%, in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel nur bei 6,0 bzw. 4,8%.

Diagramm 6: Ausländeranteil in % der entsprechenden Gesamtbevölkerung in Hessen und ausgewählten hessischen Städten am 31.12.1989



Bedingt vor allem durch die Art und den Ort der Arbeitsplätze, für die sie angeworben wurden und die ihnen heute offen stehen, und wohl auch durch die Anziehungskraft der Einwandererkolonie leben die meisten AusländerInnen in den Städten. Im deutschen Vergleich übt das Rhein-Main-Gebiet eine besondere Anziehungskraft aus. Hier liegen mit Frankfurt und Offenbach die Städte mit den in der Bundesrepublik schon seit Mitte der siebziger Jahre höchsten Ausländeranteilen. Sie lagen in Frankfurt 1990 bei 24,3% (erstes Halbjahr 1991: 24,8%), in Offenbach bei 21,4% (erstes Halbjahr 1991: 22,9%)¹⁷.

Anmerkungen

- 1 "Ausländer" sind für die Statistik alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs.1 des Grundgesetzes sind. Eingeschlossen sind Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit, nicht aber Angehörige der Stationierungstreitkräfte und der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen.
- 2 Die Ausländerzahlen werden auf unterschiedlicher Basis ermittelt. Das Statistische Taschenbuch für das Land Hessen 1990/91 nennt auf Basis des Ausländerzentralregisters (AZR) für 1989 die Zahl von 552.411 Nichtdeutschen. Nach der von den Daten der Meldeämter ausgehenden Gemeindestatistik belief sich deren Zahl auf 561.170 im gleichen Zeitraum. Daß das AZR Fehlerquellen enthält, zeigte auch die Volkszählung 1987, nach der die Ausländerzahl nach unten korrigiert werden mußte. Vgl. auch: Hessisches Statistisches Landesamt, Kurzmeldung Staat und Wirtschaft in Hessen 11/91.
- 3 Die Statistik trennt hier weiterhin zwischen den neuen und den alten Bundesländern. Im folgenden beziehen sich die Zahlen für Deutschland auf das Bundesgebiet *ohne* die neuen Bundesländer.
- 4 Vgl. für Hessen: Statistische Berichte des Hessischen Landesamtes für Statistik, Bevölkerungsvorgänge in Hessen 1990. Für das Bundesgebiet ohne die neuen Bundesländer: Statistisches Jahrbuch 1991. Die Zahlen für 1990 werden im Statistischen Jahrbuch 1992 veröffentlicht, das erst Ende Oktober 1992 erscheinen wird.
- 5 Statistisches Jahrbuch 1991, S.68. Diese Relationen gelten seit 1967.
- 6 Ausländer in Hessen 1983/84; Bevölkerungsvorgänge in Hessen 1990, S.10
- 7 Zum folgenden vergleiche Günter Grün, Bevölkerungsentwicklung 1989, in: Staat und Wirtschaft in Hessen 9 / 90, S.286 - 289; detaillierte Zahlen in: Bevölkerungsvorgänge in Hessen 1989
- 8 Statistisches Jahrbuch 1991, S.94

-
- 9 Hessischer Landtag, 13.WP, 15. Sitzung, 17.9.1991, S.721
- 10 Ministerin Blaul nach FR 8.2.1992
- 11 Wirtschaft und Statistik 5/88. In der seit dem 1.1.1991 gültigen Neufassung des Ausländerrechtes wird zwischen den einzelnen Arten der zu erteilenden Aufenthaltserlaubnis wesentlich genauer differenziert. Auch die Grundidee der Rotation (Aufenthalt zur Arbeitsaufnahme und Rückkehr ins Heimatland, wenn diese Arbeit beendet ist) wurde wieder aufgenommen und rechtlich verankert. Vgl.: D. Bischoff/W. Teubner, Zwischen Einbürgerung und Rückkehr, Berlin 1991
- 12 Statistisches Taschenbuch für das Land Hessen 1990/91, S.48
- 13 Staat und Wirtschaft in Hessen 5/91, S.160
- 14 1988, nach Wirtschaft und Statistik 9/89, S.586
- 15 Bundesministerium Arbeit und Sozialordnung, Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1991, S.13
- 16 Kurzmeldung in Staat und Wirtschaft in Hessen 5/91, S.160
- 17 Bevölkerungsvorgänge in Hessen, Statistische Berichte Juli 1992 vom Hessischen Statistischen Landesamt, S.13

Die Entwicklung auf dem hessischen Arbeitsmarkt in den 80er Jahren

1. Allgemeine Entwicklungen in den 80er Jahren

Nach einem allgemeinen Beschäftigungsrückgang in Hessen zu Beginn der 80er Jahre ist seit 1985 wieder ein kontinuierlicher Beschäftigungszuwachs zu beobachten. Diagramm 7 zeigt, daß der Beschäftigungszuwachs bei den deutschen und den ausländischen Beschäftigten unterschiedlich verlief: die Ausländerinnen und Ausländer partizipierten erst zu einem späteren Zeitpunkt an dem allgemeinen Beschäftigungszuwachs. Diese Tendenz deckt sich im wesentlichen mit den Entwicklungen auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt (ohne die neuen Bundesländer)¹. Auch dort kann ab Mitte der 80er Jahre ein Beschäftigungszuwachs beobachtet werden, an dem die AusländerInnen erst zu einem späteren Zeitpunkt partizipierten².

Weiterhin zeigt sich, daß die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern in Hessen (und in der Bundesrepublik Deutschland) insgesamt zurückgegangen

ist: Im Juni 1980 wurden in Hessen insgesamt 233.199 und im Juni 1991 216.565 ausländische Beschäftigte registriert, der AusländerInnenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in Hessen von 11,84% (1980) auf 9,82% (1991) gesunken³. Der massive Beschäftigungsrückgang zwischen 1980 und 1985 konnte trotz positiver Entwicklungen in den darauffolgenden Jahren bisher nicht wieder aufgeholt werden.

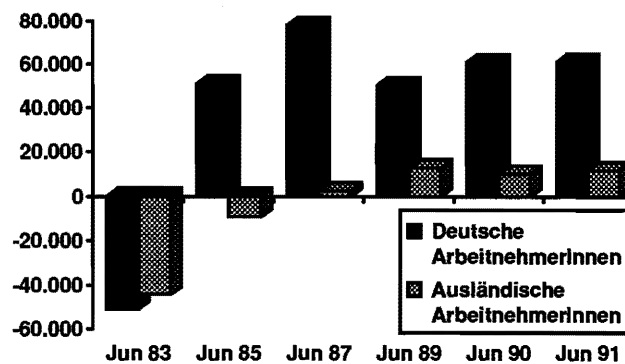
1991 konnte in der Bundesrepublik Deutschland zudem ein deutlicher Anstieg der erteilten Arbeitserlaubnisse beobachtet werden. Dies ist in erster Linie auf eine starke Zunahme der erstmalig erteilten allgemeinen Arbeitserlaubnis zurückzuführen, die auf der einen Seite ab 1. Juli 1991 mit den neuen arbeitsrechtlichen Bestimmungen für Asylbewerber und -bewerberinnen (Wegfall der Wartezeit) und auf der anderen Seite mit einer Zunahme der Werkverträge zusammenhängt. Letztere, d.h. die Arbeitsaufnahme im Rahmen von Werkverträgen, Saisonarbeiten und Grenzbeschäftigungen wurden durch die Neuregelungen in der Arbeitserlaubnisverordnung ermöglicht, die seit dem 1. Januar 1991 in Kraft getreten sind. Werkvertragsarbeitnehmer sind für die Dauer von 24 Monaten von der Sozialversicherungspflicht befreit. Auf Antrag kann diese Regelung auf 36 Monate verlängert werden⁴.

Die Verteilung nach Nationalitäten zeigt, daß diese Art der Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik Deutschland in erster Linie von PolInnen, UngarInnen, JugoslawInnen, TschechoslowakInnen und RumänInnen in Anspruch genommen wird und insgesamt die Angehörigen der ehemaligen Ostblockländer mit Abstand überwiegen⁵.

Ebenfalls stark angestiegen ist nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit die illegale Ausländerbeschäftigung, wobei die amtlich bekannten Fälle nur einen Teil der tatsächlichen illegalen Arbeit darstellen⁶.

Im übrigen hat sich die Zusammensetzung der ausländischen ArbeitnehmerInnen nach

Diagramm 7: Zu- bzw. Abnahme der Beschäftigungszahlen in Hessen



Nationalitäten in den letzten zehn Jahren verändert:

Diagramm 8 zeigt die Entwicklung in Hessen in Bezug auf die einzelnen Nationalitäten im Juni 1979 und im Juni 1991. Während die Zahl der türkischen Beschäftigten zugenommen hat, ist bei allen anderen 5 Nationen ein Rückgang zu beobachten. Die Anteile der einzelnen Nationalitäten an den

ausländischen Beschäftigten in Hessen insgesamt unterscheidet sich kaum von der Verteilung der einzelnen Nationalitäten auf Bundesebene: Auch hier stellen die Türken und Türkinnen die größte Gruppe (1979 27,95%; 1991 33,31%), gefolgt von den JugoslawInnen (1979 19%; 1991 17,13%) und den ItalienerInnen (1979 15,54%; 1991 9,05%).

Bemerkenswert ist allerdings, daß der Anteil der ausländischen Beschäftigten an allen ArbeitnehmerInnen in Hessen traditionell höher ist als im Bundesgebiet: 1991 waren in Hessen 9,82% aller Beschäftigten ausländischer Nationalität; gegenüber 8,2% in der Bundesrepublik Deutschland⁷.

In Südhessen mit den Städten Darmstadt, Frankfurt, Hanau, Offenbach und Wiesbaden leben und arbeiten über 80% der in Hessen gemeldeten AusländerInnen. Das Rhein-Main-Gebiet ist aufgrund seiner allgemein großen Bedeutung für die hessische Wirtschaft zum ökonomischen Zentrum herangewachsen und zu einem Anziehungspunkt auch für die ausländischen ArbeitnehmerInnen geworden.

Der seit 1989 überdurchschnittliche Beschäftigungszuwachs bei den ausländischen ArbeitnehmerInnen müsse -laut den Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit- vor dem Hintergrund gesehen werden, daß deutsche Arbeitskräfte für einzelne Tätigkeiten nicht ausreichend zur Verfügung stehen⁸.

Untermauert wird diese Feststellung durch die Zahlen in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen, die weiter unten genauer untersucht werden sollen. Der Beschäftigungsgewinn auf Seiten der ausländischen ArbeitnehmerInnen zwischen Juni 1990 und Juni 1991 verteilt sich zu ca. 90% auf die Wirtschaftssektoren Dienstleistungen (vor allem Hotel- und Gaststättengewerbe), Verarbeitendes Gewerbe, Handel und Baugewerbe.

Trotz des Beschäftigungszuwachses sind 1991 die Arbeitslosenzahlen bei den AusländerInnen erstmals seit 1988 wieder gestiegen. Dies gilt sowohl für die Bundesrepublik Deutschland als auch für das Bundesland Hessen. Gleichzeitig sind die Arbeitslosenzahlen bei den Deutschen weiterhin gesunken.

2. Allgemeine Entwicklungen in ausgewählten Wirtschaftszweigen

Seit den ersten Jahren der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ist das Verarbeitende Gewerbe der Hauptarbeitgeber ausländischer Beschäftigter gewesen.

Diagramm 8: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte AusländerInnen in Hessen nach Nationalitäten

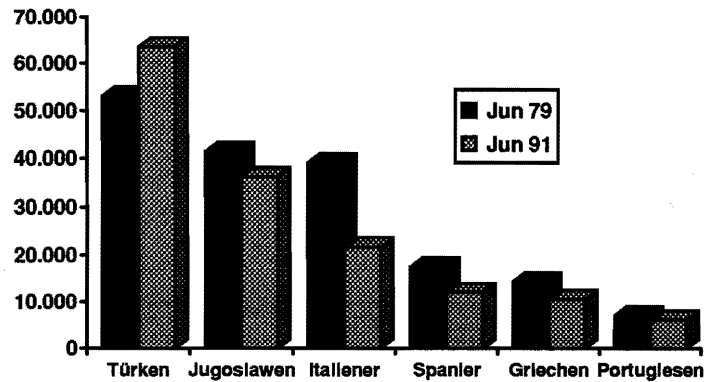
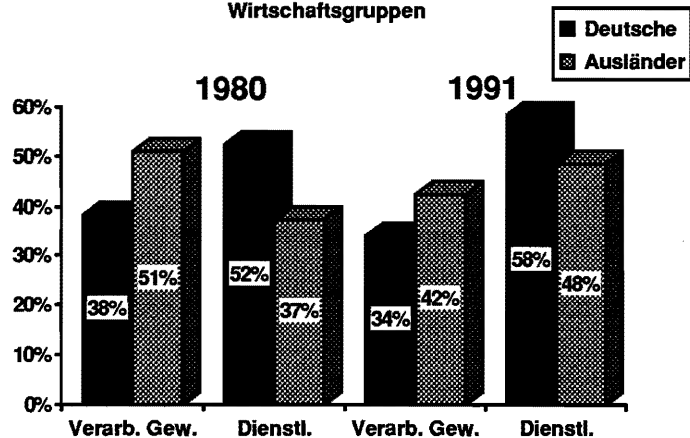


Diagramm 9 zeigt, daß sich in diesem Zusammenhang ein Wandel auf dem hessischen Arbeitsmarkt vollzogen hat:

Im Juni 1980 waren über die Hälfte der ausländischen ArbeitnehmerInnen im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt, während sich zu diesem Zeitpunkt bei den deutschen ArbeitnehmerInnen schon ein Wechsel zum tertiären Sektor deutlich abzeichnete. Knapp 51% der ausländischen Beschäftigten waren im Verarbeitenden Gewerbe tätig, gegenüber etwas über 38% der deutschen Beschäftigten. Zwar lag auch im Juni 1991 der Anteil der ausländischen

Diagramm 9: Anteil deutscher und ausländischer Beschäftigter in Hessen an ausgewählten Wirtschaftsgruppen



Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe über dem Anteil der Deutschen, er ist aber im Vergleich sehr viel stärker zurückgegangen. In der Gesamttendenz läßt sich festhalten, daß erstens sowohl bei den deutschen als auch bei den ausländischen Beschäftigten der Anteil der im Verarbeitenden Gewerbe Tätigen gesunken und der Anteil der im gesamten Dienstleistungsbereich⁹ Tätigen gestiegen ist. Zweitens ist das Verarbeitende Gewerbe als Arbeitgeber für die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin von größerer Bedeutung als für die Deutschen¹⁰.

Die Entwicklungen auf dem hessischen Arbeitsmarkt unterscheiden sich insofern von den Entwicklungen auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt, als auch im Juni 1991 der größte Anteil der ausländischen ArbeitnehmerInnen in der Bundesrepublik Deutschland (etwas über 50%) - trotz sinkender Zahlen - im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt wurde und der AusländerInnenanteil im Dienstleistungssektor zwar gestiegen ist aber mit nicht ganz 40% unter den mehr als 48% im hessischen Dienstleistungsbereich liegt¹¹. Auch bei den deutschen ArbeitnehmerInnen zeigt sich, daß der Anteil der im Dienstleistungsbereich Tätigen auf Bundesebene geringer als in Hessen ist. Diese Zahlen zeigen ohne Zweifel, daß der gesamte Dienstleistungssektor als Arbeitgeber in Hessen insgesamt eine größere Rolle spielt als im Bundesgebiet.

3. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen im Verarbeitenden Gewerbe

Wie oben bereits erwähnt, ist die absolute Zahl der ausländischen Beschäftigten in Hessen (wie auch in der Bundesrepublik) seit Juni 1980 trotz des Wiederanstiegs in der zweiten Hälfte der 80er Jahre insgesamt zurückgegangen.

Diagramm 10 zeigt, daß im wesentlichen der Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe dafür verantwortlich ist. Hier sind in den letzten zehn Jahren über 25.000 Arbeitsplätze, auf denen AusländerInnen beschäftigt waren, entweder abgebaut und/oder mit Deutschen neu besetzt worden¹². Letzteres wird auch durch die hessischen Zahlen bei den deutschen ArbeitnehmerInnen belegt¹³: die absolute Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe hat gegenüber 1980, trotz eines sinkenden relativen Anteils, noch zugenommen. Es ist zu vermuten, daß auch der Zuzug wachsender Zahlen von Aus- und ÜbersiedlerInnen seit Ende der 80er Jahre dazu beigetragen hat, die AusländerInnen von ihren Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe zu verdrängen.

Insgesamt verringerten sich die Beschäftigtenzahlen im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen von Juni 1980 bis Juni 1991 um 16.223 ArbeitnehmerInnen. Im gleichen Zeitraum haben sich die Beschäftigtenzahlen der *ausländischen* ArbeitnehmerInnen um 26.845 Beschäftigte reduziert. Demgegenüber sind die Beschäftigtenzahlen der *deutschen* ArbeitnehmerInnen bis Juni 1991 noch um 10.622 angewachsen. Diese Zahlen legen die Vermutung nahe, daß es im hessischen Verarbeitenden Gewerbe zu einer massiven Veränderung der Belegschaftszusammensetzung gekommen ist: auf Kosten der ausländischen und zugunsten der deutschen Beschäftigten.

Auf Bundesebene haben sich die Beschäftigtenzahlen im Verarbeitenden Gewerbe von Juni 1981 bis Juni 1991 - nach einem Einbruch 1983 - um *insgesamt* 281.971 ArbeitnehmerInnen erhöht.

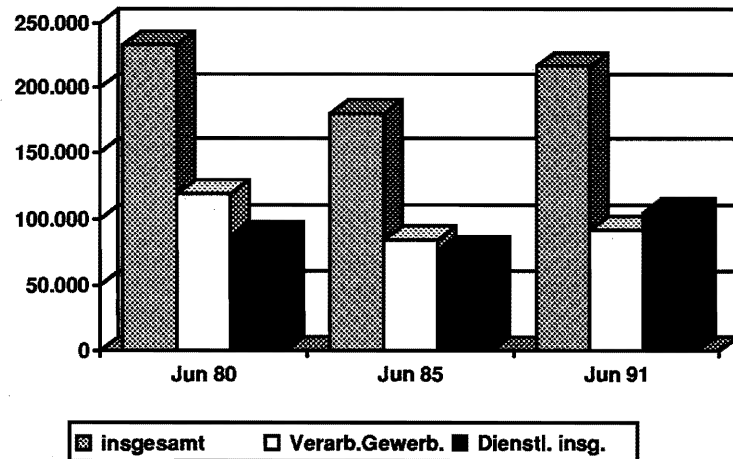
Die Beschäftigtenzahlen der *deutschen* ArbeitnehmerInnen stiegen von Juni 1981 bis Juni 1991 sogar um 431.410. Im gleichen Zeitraum sanken dagegen die Beschäftigtenzahlen der *ausländischen* ArbeitnehmerInnen um 149.439. Dies zeigt, daß die ausländischen Beschäftigten ab Mitte der 80er Jahre nicht an dem - wenn auch geringen - Beschäftigungszuwachs im Verarbeitenden Gewerbe auf Bundesebene partizipieren konnten. Auf dem hessischen und auch auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt haben sich für die AusländerInnen insgesamt negative Entwicklungen ergeben. Insbesondere die Arbeitsplätze des Verarbeitenden Gewerbes, die in den letzten Jahren angeboten wurden, sind nicht mehr oder nur in sehr geringem Maße für AusländerInnen zugänglich.

Die Anforderungen an die Qualifikation sind auch im Verarbeitenden Gewerbe im Zuge der technologischen Entwicklung stark gestiegen¹⁴. Einiges deutet darauf hin, daß die ausländischen ArbeitnehmerInnen diesen Anforderungen nicht immer genügen können aber auch, daß diese Kriterien unter Umständen als Vorwand dienen können, um den Anteil der ausländischen gegenüber den deutschen Beschäftigten gering zu halten¹⁵.

4. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen im Dienstleistungsbereich

Ein eindeutiger Beschäftigungszuwachs sowohl bei den deutschen wie auch bei den ausländischen ArbeitnehmerInnen läßt sich im gesamten hessischen Dienstleistungsbereich feststellen. Den größten Anteil an diesem Wachstum haben die Wirtschaftsbereiche, die in der Statistik unter dem Namen "Dienstleistungen soweit anderweitig nicht genannt" zusammengefaßt sind: Gaststätten/Beherbergung, Reinigung/Körperpflege, Wissenschaft/Kunst/Publizistik, Gesundheits-/Veterinärwesen, Rechts-/Wirtschaftsberatung und Sonstige Dienstleistungen. Diese Gruppe steht mit einem Beschäftigungsgewinn in den vergangenen zehn Jahren von knapp 40% an erster Stelle, gefolgt von der Wirtschaftsgruppe Handel mit einem Beschäftigungsgewinn im gleichen Zeitraum von etwas über 14%. Damit liegt der Gewinn in Hessen über dem Zuwachs im Bundesgebiet (37%, bzw. 11%)¹⁶. Wie schon weiter oben erwähnt wurde, ist für die

Diagramm 10: Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen - Zeitreihe



hessische Region die größere Bedeutung des tertiären Sektors als Arbeitgeber offensichtlich.

Diagramm 11 zeigt, daß die *deutschen* ArbeitnehmerInnen in Hessen überdurchschnittlich

von diesem Beschäftigungszuwachs im gesamten Dienstleistungsbereich profitiert haben. Das überdurchschnittliche Wachstum wird vor allem bestimmt durch den Wirtschaftsbereich "Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt": An

erster Stelle steht hier die Gruppe "Sonstige Dienstleistungen"¹⁷, direkt gefolgt von der Gruppe "Rechts- und Wirtschaftsberatung". Dies zeigt, daß vor allem der Bereich der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen überproportional gewachsen ist¹⁸.

Auf Bundesebene haben dagegen die ausländischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen überdurchschnittlich von dem Beschäftigungszuwachs im gesamten Dienstleistungsbereich profitiert. Mit 30% liegen sie eindeutig über den mehr als 22% der gesamten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und auch über dem Beschäftigungsgewinn bei den Deutschen von knapp 22%. Die Zuwachsraten bei den ausländischen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen im tertiären Sektor weichen insbesondere in dem Wirtschaftszweig Handel mehr als signifikant von den Gesamtbeschäftigten ab (Gesamt 10,99%, Deutsche 10,13% und AusländerInnen 30,21%)¹⁹.

Die Heterogenität des gesamten Dienstleistungssektors macht es notwendig, einzelne Wirtschaftsbereiche genauer zu untersuchen. Sowohl auf Bundesebene als auch in Hessen hat die Wirtschaftsgruppe "Dienstleistungen soweit anderweitig nicht genannt" den größten Anteil an diesem Wachstum. Die Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen, in dieser Gruppe zusammengefaßten Branchen ist zwischen den deutschen und den ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sehr unterschiedlich. Dies sollen die Diagramme 12 und 13 am Beispiel des Landes Hessen graphisch anschaulich machen.

Diagramm 11: Beschäftigungswachstum im Dienstleistungssektor Hessens in dem Zeitraum zwischen 1980 und 1991

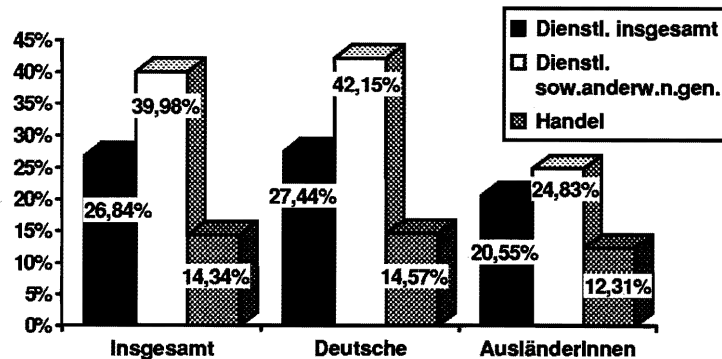


Diagramm 12: Verteilung der deutschen ArbeitnehmerInnen auf die Wirtschaftsgruppe "Dienstleistungen..." in Hessen, Juni 1991

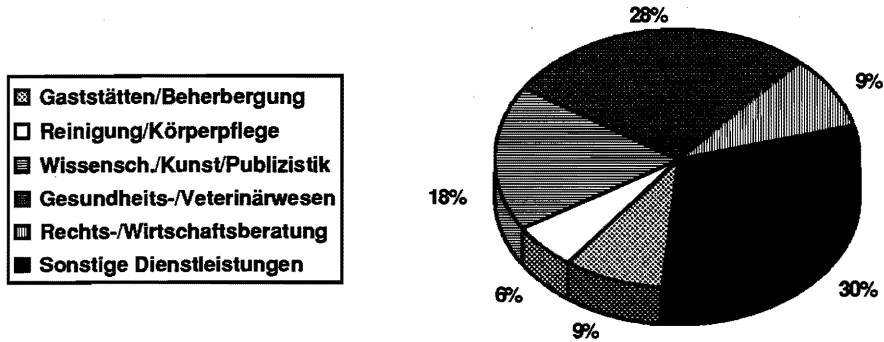
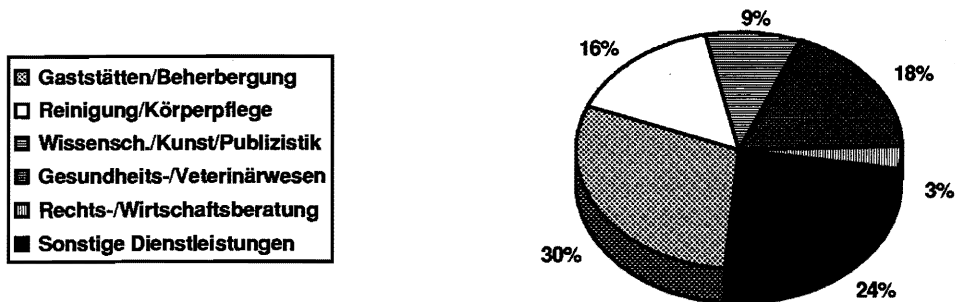


Diagramm 13: Verteilung der ausländischen ArbeitnehmerInnen auf die Wirtschaftsgruppe "Dienstleistungen..." in Hessen, Juni 1991



Bei den deutschen als auch bei den ausländischen ArbeitnehmerInnen zeigt sich, daß der Bereich "Sonstige Dienstleistungen" von relativ großer Bedeutung ist. Um so mehr stellt sich hier die Frage, welche Tätigkeiten sich hinter dieser Wirtschaftsgruppe verbergen oder besser: welche Tätigkeiten werden von Deutschen und welche Tätigkeiten von AusländerInnen ausgeübt? Dies kann anhand der öffentlichen Statistiken nicht weiter spezifiziert werden. Es ist aber mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß AusländerInnen in sehr geringem Maße in Unternehmen wie Architektur- und Ingenieurbüros, Vermögensverwaltung und ähnlichem beschäftigt werden. Zumeist dürften sie bei der Müllabfuhr, dem Abfüll- und Verpackungsgewerbe und der Arbeitnehmerüberlassung zu finden sein.

Eindeutig sind hingegen die Verteilungen in den Bereichen "Gaststätten/Beherbergung" und "Reinigung/Körperpflege": der Anteil der, in diesen Bereichen beschäftigten AusländerInnen (30%, bzw. 16%) ist deutlich höher, als der der deutschen Beschäftigten (9%, bzw. 6%)²⁰. Ebenso deutlich zeigen die Bereiche "Wissenschaft/Kunst/Publizistik" und "Rechts-/Wirtschaftsberatung" die Schwierigkeiten ausländischer Beschäftigter, zu diesen höher qualifizierten Tätigkeiten Zugang zu bekommen.

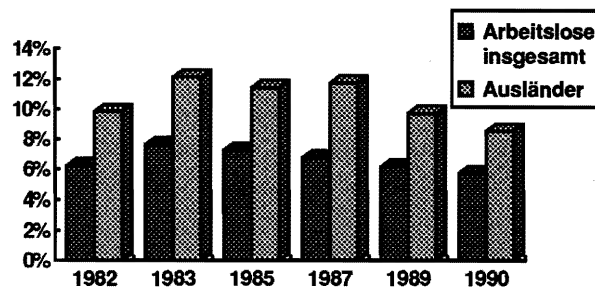
Eine detaillierte Untersuchung der Dienstleistungen für Unternehmen auf der Grundlage der Arbeitsstättenzählung im Rahmen der Volkszählung²¹ zeigt folgendes: in Hessen und insbesondere in der Stadt Frankfurt kommt den Dienstleistungen für Unternehmen gemessen an allen Arbeitsstätten und allen Beschäftigten eine überdurchschnittliche Bedeutung zu²². Darüberhinaus sind in diesem Bereich überdurchschnittlich viele Frauen und Teilzeitkräfte (darunter überproportional viele Männer) und relativ selten ausländische ArbeitnehmerInnen beschäftigt. Dies ist insofern nicht weiter erstaunlich, weil unter diesem Wirtschaftszweig "Dienstleistungen für Unternehmen" die Branchen

Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung usw.; Technische Beratung und Planung; Werbung, Datenverarbeitung, Markt- und Meinungsforschung, Organisationsberatung, Vermögensverwaltung etc. zusammengefaßt werden. Der Anteil der ausländischen ArbeitnehmerInnen in diesen Branchen bleibt mit 3,1% weit unter ihrem Anteil in der Gesamtwirtschaft von gut 6%.

5. Arbeitslose Deutsche und AusländerInnen in Hessen

Die Zahl der deutschen Arbeitslosen in Hessen hat seit einschließlich 1984 kontinuierlich abgenommen. Diese Tendenz hielt auch 1991 weiter an, während bei den AusländerInnen die Zahlen 1991 erstmals seit 1984 wieder anstiegen. Bei den deutschen Arbeitslosen gab es einen ersten sehr starken Rückgang 1986 und einen weiteren 1989/90, während es bei den ausländischen Arbeitslosen erst in den Jahren 1989/90 zu einem massiven Rückgang der Arbeitslosenzahlen kam. Von den sinkenden Arbeitslosenzahlen profitierten die ausländischen Arbeitslosen in stärkerem Maße als die Deutschen²³.

Diagramm 14: Arbeitslosenquoten der Arbeitslosen insgesamt und der ausländischen Arbeitslosen in Hessen - Zeitreihe



Die Arbeitslosenquote war und ist, trotz zurückgehender Arbeitslosenzahlen, bei den ausländischen Arbeitslosen überdurchschnittlich hoch (Diagramm 14). So betrug die allgemeine Arbeitslosenquote in Hessen 1990 5,7% und bei den AusländerInnen 8,5%. Dies ist eine bemerkenswert hohe Differenz, die sich im übrigen mit den Daten auf Bundesebene in der Grundtendenz deckt (7,2% gegenüber 10,9%). Tatsächlich lag die allgemeine sowie die ausländische Arbeitslosenquote in Hessen in den vergangenen zehn Jahren unter dem Bundesdurchschnitt.

Der Anteil der ausländischen Frauen an den Arbeitslosen war niedriger als der der deutschen Frauen. Dies liegt in erster Linie an einer allgemein geringeren Erwerbstätigkeit ausländischer Frauen²⁴.

6. Aus- und ÜbersiedlerInnen auf dem hessischen Arbeitsmarkt

Die Arbeitsstatistik erfaßt Aus- und ÜbersiedlerInnen nur dann, wenn sie arbeitslos gemeldet sind und/oder sich in Sprachkursen und anderen beruflichen Weiterbildungen befinden. So konnte auf dem Weg der Auswertung allgemeiner Statistiken nicht herausgefunden werden, in welchen Wirtschaftsbereichen Aus- und ÜbersiedlerInnen beschäftigt werden und ob es in diesem Sinn Schwerpunkte der Beschäftigung bzw. besondere Arbeitsmarktchancen für diese Personengruppe gab und gibt. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß vor allem ÜbersiedlerInnen, aber in geringerem Maße auch AussiedlerInnen auf Grund ihrer Facharbeiterqualifikationen schnell in den bundesdeutschen Arbeitsmarkt integriert werden konnten²⁵. Bei den AussiedlerInnen verzögert sich der Eintritt in die Berufstätigkeit in der Regel um 2 bis 3 Quartale, solange, bis sie die Sprachkurse erfolgreich abgeschlossen haben.

Die Arbeitslosenstatistik zeigt, daß der größte Anteil der arbeitslosen Aus- und ÜbersiedlerInnen in Hessen aus Dienstleistungsberufen kommt²⁶. Ende Dezember 1990 kamen von 11.795 arbeitslosen AussiedlerInnen 5.602 aus Dienstleistungsberufen und 4.206 aus Fertigungsberufen. Im gleichen Erhebungszeitraum kamen von 5.502 arbeitslosen

ÜbersiedlerInnen 3.088 aus Dienstleistungs- und 1.802 aus Fertigungsberufen²⁷.

Anmerkungen

- 1 Die Daten für die Bundesrepublik beziehen sich immer auf das alte Bundesgebiet ohne die neuen Bundesländer.
- 2 Vgl. Tabelle 7, S.70
- 3 In Bezug auf die bundesdeutschen Zahlen vgl. Tabelle 5, S.68
- 4 Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Das Angebot von Arbeitskräften, 40. Jg., Nr.5, 27. Mai 1992, S.736
- 5 Ebd., S.738
- 6 Ebd., S.706
- 7 Vgl. Tabelle 5, S.68
- 8 Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Das Angebot von Arbeitskräften, a.a.O., S.737
- 9 Der gesamte Dienstleistungsbereich setzt sich zusammen aus: Handel, Verkehr/Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen soweit nicht anderweitig genannt, Organisationen ohne Erwerbscharakter/private Haushalte und Gebietskörperschaften/Sozialversicherungen.
- 10 Siehe zum Vergleich auch die Tabelle 7, S.70
- 11 Siehe zum Vergleich Tabelle 4 und 5, S.67 und S.68
- 12 Vgl. Tabelle 7, S.70. Bundesdeutsche Zahlen zum Vergleich siehe Tabelle 5, S.68
- 13 Vgl. Tabelle 7, S.70. Bundesdeutsche Zahlen zum Vergleich siehe Tabelle 4, S.67
- 14 H. Gillmeister/ H. Kurthen/ J. Fijalkowski, Ausländerbeschäftigung in der Krise? Berlin 1989, S.143 ff.
- 15 ebd., S.146 f.
- 16 Diese Zahlen beruhen auf eigenen Berechnungen basierend auf den Tabellen 3 und 7, S.66 und S.70
- 17 Dahinter verbergen sich so unterschiedliche Bereiche wie Kinder-/ Ledigen-/ Alters- und ähnliche Heime, Architektur- und Ingenieurbüros/ Laboratorien und ähnliche Institute, Grundstücks- und Wohnungswesen/ Vermögensverwaltung, Wirtschaftswerbung und Ausstellungswesen, Fotografisches Gewerbe, Hygienische und ähnliche Einrichtungen (z.B. Bäder und Müllabfuhr), Leihhäuser und "sonstige Dienstleistungen".
- 18 Vgl. auch: Chr. Krüger-Hemmer/B. Veldhues, Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 über "Dienstleistungen für Unternehmen", in: Wirtschaft und Statistik Nr.8/1990, S.529 - 539
- 19 Diese Zahlen beruhen auf eigenen Berechnungen basierend auf den Tabellen 3 und 6, S.66 und S.69
- 20 Vgl. hierzu auch: ANBA, Das Angebot von Arbeitskräften, a.a.O., S.701: "Wie im Vorjahr lag der Schwerpunkt der Vermittlungen 1991 bei den Dienstleistungsberufen. ...Besonders stark war die Zunahme bei den Reinigungsberufen (+ 19%), bei den Ordnungs- und Sicherheitsberufen (+ 10%) und den Dienstleistungskaufleuten (+ 8%). Dabei dürften die Reinigungsberufe vom größeren ausländischen Arbeitskräfteangebot besonders profitiert haben".
- 21 Wirtschaft und Statistik Nr.8/1990, S.529 - 539
- 22 Der Anteil der Dienstleistungen für Unternehmen an allen Arbeitsstätten betrug in Hamburg 13,1%, Hessen 10,8%, Berlin 12,1%. und im Bundesgebiet 9,2%. a.a.O., S.531. In Bezug auf den Anteil der Beschäftigten in Dienstleistungen für Unternehmen an allen Beschäftigten lag Frankfurt mit 10,8% an erster Stelle, gefolgt von Essen mit 10,7% und München mit 10,1%, ebd., S.532
- 23 Vgl. Tabelle 13, S.76
- 24 "Der Arbeitsmarkt in Hessen" veröffentlichte im März 1990 eine Nummer zu Frauen und Arbeitsmarkt in Hessen, in der detaillierte Daten herausgegeben wurden. So lag 1980 die Erwerbstätigkeit der deutschen Frauen, gemessen an den Gesamtbeschäftigten, bei 38,9% und die Erwerbstätigkeit von ausländischen Frauen bei 31,9%. In den letzten zehn Jahren hat die Erwerbstätigkeit der deutschen Frauen stärker zugenommen als die der ausländischen Frauen. 1989 waren 41,2% der deutschen Beschäftigten Frauen und 32,9% der ausländischen Beschäftigten. Der Arbeitsmarkt in Hessen, Nr 17 März 1990, S.11
- 25 In einem Vortrag von Ame Gieseck (RWI Essen) über die Auswirkungen der Ost-West-Migration auf die deutsche Wirtschaft, der am 26.6.1992 im Rahmen einer Fachtagung des Instituts für Internationale Politik, Wuppertal gehalten wurde, erklärte dieser: "Es zeigt sich, daß Aus- und Übersiedler vergleichsweise hohe Anteile bei den Fertigungsberufen und technischen Berufen aufweisen, insbesondere Schlosser und Mechaniker sowie Ingenieure und Naturwissenschaftler. Unterrepräsentiert sind dagegen Dienstleistungsberufe, darunter vor allem Verwaltungs- und Büroberufe. Ein Vergleich der beruflichen Struktur von Aus- und Übersiedlern mit der der Arbeitslosen und offenen Stellen deutet darauf hin, daß diese Zuwanderer eine günstigere Be-

-
- rufsstruktur aufweisen als die Arbeitslosen".
- 26 Der Arbeitsmarkt in Hessen Nr.7 Februar 1991, Zugezogene / Übersiedler, Aussiedler, Berichtsmonat
Dezember 1990, S.7
- 27 Die Statistik des "Arbeitsmarkt in Hessen" zählt in ihrer Arbeitslosenstatistik ÜbersiedlerInnen (aus der DDR in
dem Zeitraum zwischen 1.1.1985 und 30.6.1990 in das Bundesgebiet eingereist) und Zugezogene (ab dem
1.7.1990 aus dem neuen Teil der Bundesrepublik eingereist) zusammen.

Probleme politischer Regulation

1. Ausländerpolitik als "Ausgrenzungspolitik"

In den gegenwärtigen - populistisch aufbereiteten und auf Wahlkämpfe zugeschnittenen - Debatten über die "Asylfrage" und die Änderung des Grundgesetzes bzw. über eine einheitliche EG-Regelung¹ dominieren Elemente einer Konzeption von Ausländerpolitik, deren Eckpunkte und Prämissen schon vor langer Zeit fixiert wurden. Demnach ist die Bundesrepublik Deutschland erstens kein Einwanderungsland. "Das Boot ist voll! Ausländer raus! Deutschland den Deutschen!" - lauten die abwehrenden Parolen². Zweitens wurde Ausländerpolitik wesentlich als Arbeitsmarktpolitik konzipiert. Die deutschen Arbeitsmarktinteressen bildeten den Maßstab für jene Maßnahmen, die politisch zur Steuerung der Migration ergriffen werden. Außerdem werden mit dem Festhalten am Staatsbürgerrecht der BRD sowie am Prinzip der deutschen Volkszugehörigkeit die "deutschstämmigen" Migranten aus Ost- und Südosteuropa privilegiert, deren Potential allein in der ehemaligen Sowjetunion auf ca. 2 Millionen Menschen ("Wolgadeutsche") geschätzt wird³.

Die Kritik an dieser Konzeption der Ausländerpolitik als "Ausgrenzungspolitik" wurde schon Ende der siebziger Jahre ("Kühn-Bericht") mit der Forderung nach positiven Integrationskonzepten verbunden. Diese gehen von der Prämisse aus, daß die Bundesrepublik Deutschland de facto längst zu einem Einwanderungsland geworden sei. Daher müsse sich Ausländerpolitik um infrastrukturelle, sozial- und bildungspolitische Maßnahmen der Integration bemühen. Die Einbürgerung müsse erleichtert werden; die AusländerInnen sollen - unter bestimmten Voraussetzungen - Staatsbürgerrechte wie z.B. das Wahlrecht erlangen⁴.

Diese Reformvorschläge konnten sich bislang noch nicht durchsetzen. Auch in den achtziger Jahren blieb die Bundesregierung bei ihrer Be- und Ausgrenzungspolitik⁵. Auch das seit 1991 geltende neue Ausländergesetz der Bundesrepublik Deutschland entspricht nicht der Forderung, "daß die völkischen Nationalismen sich zu einem Verfassungspatriotismus von Staatsbürgernationen wandeln"⁶. Trotz einiger Erleichterungen bei der Familienzusammenführung und der Einbürgerung⁷ hält dieses Gesetz an den alten Maximen der deutschen Ausländerpolitik fest ("Fremden- und Ausländerpolizeirecht"). Angesichts der "neuen Migration" hat Lutz Hoffmann daher gefordert, daß die Lösung der heutigen und zukünftigen transnationalen Wanderungs- und Einwanderungsprozesse "nicht unterhalb, sondern weit oberhalb des Asylrechts liegen muß, daß es einer offensiven Strategie bedarf, die die wahren Dimensionen der bisher durch das Nadelöhr des Asylrechts gepreßten Migration akzeptiert und das Einsatzfeld von steuernden Maßnahmen entschlossen ausdehnt"⁸.

Bei der EG-Konferenz von Maastricht (Dezember 1991) hatte vor allem die deutsche Bundesregierung darauf gedrängt, Vereinbarungen über Asylpolitik, Grenzkontrollen und Einwanderungspolitik in den EG-Vertrag aufzunehmen. Diese Forderung konnte sich nicht durchsetzen. Nach den Dokumenten von Maastricht soll die gemeinsame innere Sicherheit durch *zwischenstaatliche* Abkommen in den Bereichen Einwanderungspolitik, Asylrecht, Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden sowie durch eine Vergemeinschaftung der Visapolitik schrittweise in der gesamten Europäischen Union erreicht werden. Damit soll der Weg des "Schengener Abkommens" fortgesetzt werden, das seit 1985 von 5 EG-Staaten - als Reaktion auf den Abbau der Grenzkontrollen im Binnenmarkt - verhandelt und zum 1.1. 1990 unterzeichnet wurde (inzwischen sind neben den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Deutschland auch Italien, Spanien und Portugal beigetreten). Das Abkommen regelt zunächst die Zuständigkeit der Mitgliedsländer für die Bearbeitung von Asylanträgen. Es gilt das "one-chance-only-

"Prinzip. Jeder Flüchtling soll nur ein Asylverfahren durchlaufen können - und zwar in dem EG-Land, in das er zuerst eingereist ist. Dazu wurde die Liste der "sichtvermerkungspflichtigen" Länder auf über 90 verlängert. In Straßburg soll das Schengen-Informationssystem (SIS) zur Speicherung personenbezogener Daten von Asylsuchenden eingerichtet werden. Mit diesem Abkommen wird also die Ausgrenzungspolitik - nunmehr im Zeichen der Verteidigung der "Festung Europa" gegen den Strom der Migration - fortgesetzt und verschärft⁹.

Die sozialwissenschaftliche Migrationsforschung plädiert dafür, zunächst den Sachverhalt anzuerkennen, daß "die Bundesrepublik bereits eine deutlich ethnisch pluralisierte Gesellschaft (ist)". Daraus folgt: "Eine Förderung der Perspektive ethnischer Pluralität durch eine entsprechende Ausländerpolitik und die endgültige Abkehr von nationalistischen Doktrinen auch im Ausländerrecht und im politischen Alltag sind für den Prozeß der Eingliederung gerade der künftig zu erwartenden neuen Migranten unverzichtbar". Sollen interethnische Konflikte vermieden bzw. abgebaut werden, so kommt der Verbesserung der ökonomischen Situation der MigrantInnen sowie der Überwindung der nach wie vor bestehenden Benachteiligung der ausländischen Kinder und Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt durch die Verbesserung der Bildungs-, Aus- und Weiterbildungsangebote eine wesentliche Funktion zu. Schließlich plädiert Hartmut Esser für eine gesetzliche Regelung, die die Einwanderung "quotiert": Es dürfte "unabweisbar sein, daß zur Verhinderung größerer 'Shocks' in der Infrastruktur, insbesondere im Bildungssystem, auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, die Zuwanderungen in einem gewissen, gerade am Ziel der ethnischen Pluralisierung orientierten, flexiblen Maße zu kontrollieren wären (wie dies die 'klassischen' Einwanderungsländer längst getan haben)"¹⁰.

Ein weitreichendes Programm in der Perspektive einer "Emanzipation der Einwanderungsminderheiten" hat Axel Schulte vorgelegt. Hierzu gehören die folgenden Elemente:

- "Die Anerkennung der Einwanderungssituation und somit die 'Zugehörigkeit' der Einwanderungsminderheiten zu unserer Gesellschaft;
- die 'rechtliche Emanzipation' der Einwanderer, d.h. die Aufhebung der vor allem im Ausländerrecht verankerten staatlichen Dispositionsbefugnis über die Betroffenen und deren rechtliche und politische Gleichstellung;
- die Schaffung und Sicherung von Möglichkeiten zur wirksamen gesellschaftspolitischen Partizipation, Selbstorganisation und Interessenvertretung der Einwanderer;
- der Abbau von 'ethnischen Stratifikationen' in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, bei den Arbeitsplätzen, im Bildungs- und Gesundheitssystem sowie im sozialen und Wohnbereich;
- die Sicherung und Förderung der 'kulturellen Autonomie' und einer 'kulturautonomen Integration' der Einwanderer;
- die Anerkennung und Förderung von bestehenden Ansätzen und Entwicklungen einer multikulturellen Gesellschaft und der damit verbundenen interkulturellen Orientierung auf gesamtgesellschaftlicher, regionaler und lokaler Ebene sowie in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen, und
- die Einleitung und Durchführung von wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit und (Kultur-)Rassismus"¹¹.

Die Realisierung solcher Forderungen scheint gegenwärtig utopisch. Die Diskurse der großen Parteien haben sich - unter dem Druck rechtsradikaler Gewaltaktionen gegen AusländerInnen sowie vor allem unter dem Druck von Meinungsumfragen, die eine zunehmende Zustimmung der Deutschen zu ausländerfeindliche Parolen erkennen lassen - weitgehend auf die Änderung des Artikel 16 des Grundgesetzes sowie auf eine

administrative Effektivierung der Ausgrenzungs- und Abschiebemaßnahmen konzentriert. Zudem ist der Handlungsspielraum der Politik angesichts der sozialökonomischen Katastrophe in Ostdeutschland, der in eine Rezession übergehenden Konjunktur in Westdeutschland sowie der zunehmenden Überschuldung der öffentlichen Haushalte und der daraus resultierenden allgemeinen Finanzknappheit der öffentlichen Hand begrenzt. Konzeptionen und Maßnahmen für die Förderung der Integration von AusländerInnen erfordern aber ihrerseits zusätzliche finanzielle Mittel (u.a. im Bereich der Bildungs-, Wohnungs-, Arbeitsmarktpolitik).

Die Politisierung der "Ausländerfrage" durch rechtsradikale und konservative Parteien und Bewegungen steht daher in einem engen Zusammenhang mit der Krise des neokonservativen Politikmodells und Gesellschaftsentwurfes, der sich Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre in allen entwickelten Industriegesellschaften des Westens als hegemoniefähig erwiesen hatte. Das Versprechen, durch eine Revitalisierung der Marktkräfte (und d.h. Zurücknahme des Staates, Abbau des Sozialstaates, Schwächung der kollektiven Macht der Gewerkschaften) zugleich eine Revitalisierung der Marktwirtschaft, die Vermehrung des Wohlstandes und eine Erweiterung individueller Freiheitsräume einzuleiten, hat sich als weitgehend illusionär erwiesen¹². In den gesellschaftspolitischen Debatten der Gegenwart polarisiert sich daher der strategische Diskurs. Auf der einen Seite wird eine Rückbesinnung auf die klassische staatliche Machtpolitik nach innen und außen gefordert. Diese soll den Mut aufbringen, sowohl weitere Einschnitte im sozialen System als auch eine radikale Beschränkung der Migration nach Deutschland (und Westeuropa) vorzunehmen¹³. Auf der anderen Seite wird eine Rückkehr zu dem politischen Instrumentarium der staatlichen Intervention (Re-Regulierung) auf den Gebieten der Industrie- und Infrastrukturpolitik, aber auch und vor allem auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gefordert¹⁴. Eine solche Neuorientierung zielt auf einen Primat der Politik (im Sinne sozialstaatlicher und ökologischer Regulation) gegenüber der "Wirtschaft" - d.h. des Marktes, der Konkurrenz und des privatwirtschaftlichen Gewinnstrebens. Zusammen mit einer Perspektive transnationaler Kooperation (vor allem durch die Weiterentwicklung der EG zur sozialen, demokratischen und politischen Union) soll sie die Voraussetzungen sowohl für die gesellschaftliche Integration der AusländerInnen als auch für die Bearbeitung der sozialökonomischen und politischen Ursachen der "neuen Migration" im regionalen und globalen Maßstab schaffen¹⁵.

Die Bedingungen für die Bearbeitung "sozialer Probleme", die durch die Globalisierung der Märkte, die Entwicklung zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft, aber auch durch die damit einhergehenden sozialen Spaltungen, Migrationsprozesse und die binnengesellschaftlichen Segmentierungen erzeugt und reproduziert werden, haben sich also seit den 80er Jahren grundlegend verändert. In diesem Zusammenhang hat insbesondere eine grundlegende Veränderung der politischen Regulation des "Ausländerproblems" stattgefunden. Diese reflektiert sich auch in der Verschiebung in der Zuständigkeit von Normen, Institutionen und Akteuren, die für die Bearbeitung dieser Problematik zuständig waren bzw. sind. Es handelt sich um einen "Wechsel der Arenen" der Problembearbeitung mit neuen Anforderungen, neuen Zuständigkeiten, neuen Akteuren und neuen Normsystemen, die nunmehr in hohem Maße durch interethnische Konflikte und Spannungen gekennzeichnet sind.

2. Die horizontale Problemverschiebung auf der gesellschaftlichen Ebene

Bis in die siebziger Jahre wurde die Regulation der Migration (und die Integration der AusländerInnen) wesentlich durch die Mechanismen des Arbeitsmarktes gesteuert. Die Nachfrage nach Beschäftigung sorgte für die Absorption der Migrationsströme vor allem in der Bauwirtschaft, der Schwerindustrie sowie in der industriellen (fordistischen)

Massenproduktion. Die Systeme der Arbeit in den Großbetrieben waren (und sind bis heute) zugleich hoch reguliert: durch Tarifverträge, Betriebsverfassungsgesetz, Sozialgesetze und durch einen starken Einfluß der Gewerkschaften im Unternehmen wie in der Branche. Der ökonomische Nutzen der Ausländerbeschäftigung überstieg in der Endbilanz bei weitem deren gesellschaftliche Kosten.

Mit dem Übergang zu den achtziger Jahren vollzogen sich tiefgreifende Veränderungen. Die Arbeitsmarktsegmente der Schwerindustrie wie der industriellen Massenproduktion tendieren zu einer Schließung - als Folge von konjunkturellen Prozessen, von Rationalisierungsmaßnahmen und des sozialökonomischen Strukturwandels insgesamt. Das Selbsthaftwerden des überwiegenden Teils der ersten Migrantengeneration (und ihrer Familien) sowie der neue Migrationsschub seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre haben neue Konflikt- und Problemfelder erzeugt. Von der Seite des Arbeitsmarktes her sind es nun in erster Linie deregulierte Arbeitsmarktsegmente im Dienstleistungssektor ("neue Unterschichtung"), in denen freilich die Normsysteme der Tarifverträge, des Betriebsverfassungsrechtes sowie der Sozialgesetze nur schwach, oftmals überhaupt nicht mehr greifen. Dazu kommt, daß die Gewerkschaften in diesen unteren Segmenten des Dienstleistungssektors nur schwach vertreten sind und deshalb kollektiver Schutz bzw. kollektive Gegenmacht gegen Diskriminierung fehlt.

Daraus wiederum folgt, daß Problem- und Konfliktfelder entstehen, deren Bearbeitung und Bewältigung hohe gesellschaftliche Kosten erzeugt: Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, Unterbringungs- und Wohnprobleme, aber auch zusätzliche Kosten, die durch soziale Deprivation und Marginalisierung erzeugt werden. Je mehr sich diese Problemfelder verdichten und die gesellschaftspolitischen Instrumente zu ihrer Bewältigung versagen, um so mehr konzentrieren sich in ihnen kulturelle Differenzen sowie soziale Spannungen und Konflikte, die z.B. auch im Ansteigen der Kriminalität ihren Ausdruck finden. Polizei und Justiz, die für die Kontrolle solcher Spannungen zuständig sind, können zwar Schaden begrenzen, aber keinesfalls soziale und kulturelle Probleme der Integration lösen. Die rechtspopulistische und rechtsradikale Mobilisierung von Ausländerfeindlichkeit bezieht sich aber gerade auf diesen Wechsel der Arenen, die für die institutionelle Problembearbeitung zuständig sind.

3. Die vertikale Problemverschiebung auf der politischen Ebene

Die Prozesse der gesellschaftlichen Desintegration, die sich nicht allein in der Zuspitzung sozialer Problemlagen, sondern auch in der Verselbständigung von Krisenprozessen in gesellschaftlichen Teilbereichen (Verkehr, Gesundheitswesen, Bildungsinstitutionen, Wohnverhältnisse usw.) manifestieren, deuten schon darauf hin, daß sich die Zuständigkeit von Normsystemen, Institutionen und Akteuren für die Bewältigung solcher Problemlagen verändert. Die von PolitikwissenschaftlerInnen konstatierte "Enthierarchisierung der Beziehungen von Staat und Gesellschaft" konnte zunächst als potentieller Demokratiegewinn interpretiert werden, der in der Entpolitisierung lebensweltlicher Räume (im Sinne von "zivilgesellschaftlicher Autonomie"), d.h. auch in der "Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft" ausgeschöpft werden könnte¹⁶. Andererseits konzentrieren sich soziale Krisen und Spannungen gerade in solchen Feldern, in denen politische Regulation und Steuerung an Wirksamkeit verlieren. Der "Rückzug des Staates" - sei es in der Folge von Deregulierung oder auch des Abbaus von sozialpolitischen Kompensationsmaßnahmen - führt notwendig dazu, daß die Fähigkeit von Gesellschaft und Politik zur Bewältigung von Krisen abnimmt; mehr noch, daß sich Folgen sozialer Marginalisierung kumulieren, deren nicht nur materielle Kosten letztlich nicht mehr zu kompensieren sind. Daraus entsteht jene Gewöhnung an gesellschaftliche Segmentierungen und Marginalisierungsprozesse (etwa nach dem Modell der US-

amerikanischen Großstädte, das in den banlieus von Paris und Lyon oder auch in den Lodoner suburbs längst Wirklichkeit geworden ist), die einerseits den Verdruß über die Handlungsunfähigkeit "der Politik" bzw. "der Politiker" nährt, andererseits der rechtsextremen Rhetorik Auftrieb gibt, die die private wie die öffentliche Gewalt als Lösungsinstante anruft.

Die Ebenen der Zuständigkeit im föderalstaatlichen System der Bundesrepublik Deutschland sind nach Bundesregierung, Landesregierungen und Kommunen zu unterscheiden. Dazu kommen zentrale Institutionen der Arbeitsverwaltung und Arbeitsmarktpolitik (wie die Bundesanstalt für Arbeit) sowie die Selbstverwaltungskörperschaften der großen Sozialversicherungssysteme (Gesundheits- und Alterssicherung). Schließlich engagieren sich im Bereich der Sozialpolitik auch nichtstaatliche Verbände wie die Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen. Problemverschiebung auf der vertikalen Ebene meint mithin, daß sich die Zuständigkeit für die Regulation und Bewältigung der mit der alten und neuen Migration sowie mit den Veränderungen des Arbeitsmarktes verbundenen Problemlagen zunehmend von der zentralstaatlichen auf die mittleren und unteren Ebenen des politischen Systems verschiebt und damit zugleich die Bedeutung der nichtstaatlichen Akteure zunimmt. Damit verbunden ist eine zunehmende "strukturelle Überbelastung" dieser Akteure, die sowohl aus dem anwachsenden sozialen Problemstau als auch aus den Restriktionen materiell abgesicherter Reaktions- und Gestaltungskompetenz dieser Akteure resultiert.

Auf der zentralstaatlichen Ebene werden die allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Ausländerpolitik festgelegt und exekutiert. Diese Regulationsform ist jedoch immer weniger in der Lage, die mit der Migration verbundenen Probleme aktuell oder präventiv zu lösen. Jede Verschärfung des Asylrechts bzw. die anstehende Änderung des Artikel 16 des Grundgesetzes wird weder die Ursachen der transnationalen Migrationsströme beeinflussen noch irgend etwas zur Lösung der mit der Migration verbundenen gesellschaftspolitischen Binnenprobleme beitragen. Die Arbeitsmarktpolitik greift immer weniger, weil ihre Zuständigkeit für Probleme der "neuen Migration" erheblich abgenommen hat. Dazu kommt, daß die katastrophalen Folgen des Zusammenbruchs der ökonomischen Strukturen in Ostdeutschland (wo Anfang 1992 durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Arbeitsmarkt um mehr als zwei Millionen Personen "entlastet" wurde)¹⁷, den Spielraum der Arbeitsmarktpolitik drastisch begrenzen. Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit erhöht so das allgemeine Staatsdefizit, das wiederum durch Einsparungen im Sozialbereich sowie durch zusätzliche Steuern, Beitragserhöhungen für die Sozialversicherungssysteme und andere Massenabgaben ausgeglichen werden soll.

Angesichts dieser Verengung der Handlungsspielräume wächst die Bedeutung der regionalen und lokalen Politik für die Bearbeitung der mit der Migration, den Strukturveränderungen des Arbeitsmarktes und der gesellschaftlichen Desintegration/Segmentierung verbundenen Probleme. Gleichzeitig wird es in der Folge der zunehmenden Finanzknappheit und Überschuldung der öffentlichen - und insbesondere der kommunalen - Haushalte immer schwieriger, z.B. in der Bildungspolitik bzw. bei der Wohnraumversorgung, im Gesundheitswesen, beim Strafvollzug bzw. bei der, von den Kommunen zu tragenden, Finanzierung von Sozialhilfemaßnahmen im Sinne einer auf Integration und den Abbau interethnischer Spannungen gerichteten Politik zu wirken¹⁸. Mit der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer droht eine weitere Belastung für die Kommunen. Der Bundesvorsitzende der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU, Horst Waffenschmidt (MdB), hat die Erhöhung des Satzes von 14 auf 15 Prozent wie folgt kritisiert: "Die Bundesregierung unterstellt in ihrem Maßnahmenpaket durch die Mehrwertsteuererhöhung eine Erhöhung der Preise um 0,7 Prozent. Die Preiserhöhungen werden auf der Ausgabenseite der Kommunen durchschlagen und -

ausgehend von den Annahmen der Regierung - zu Ausgabensteigerungen von mindestens 350 Millionen Mark führen"¹⁹.

In den Großstädten bzw. in den modernen, metropolitanen Ballungsräumen und Dienstleistungszentren konzentrieren sich mithin die Widersprüche moderner Vergesellschaftung. Dort expandieren sowohl die Reichstumszentren und Konsumpaläste als auch jene Lebenswelten, in denen die Opfer der Modernisierung und die neuen "Heloten" (überwiegend AusländerInnen) der postfordistischen Ökonomie beheimatet sind. Der französische Soziologe Alain Touraine hat auf die neue politische Bedeutung des kommunalen Raumes - auch als Folge der neuen internationalen Vergesellschaftung - aufmerksam gemacht: "Bei den Randgruppen und Ausgegrenzten handelt es sich um die Opfer regionaler, ethnischer, arbeitsmarktpolitischer Probleme. Haben wir in Europa kollektive Handlungsmöglichkeiten zur sozialen Widereingliederung dieser Gruppen? In den Vereinigten Staaten haben die Politiker keine Lösung gefunden, obwohl bei ihnen das Problem der Randgruppen noch größer ist als bei uns. Der Ausgangspunkt für den Kampf gegen die Ausgrenzung ist das Rathaus. Wir haben vom Europa der Regionen gesprochen. Kann man auch vom Europa der Gemeinden sprechen? In Frankreich sind die Bürgermeister - unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit - die einzigen, die sich mit Sachverstand den Problemen der Einwanderung widmen"²⁰.

Solche Widersprüche werden letztlich nicht durch die - zweifelsohne notwendige - Verteidigung einer demokratischen politischen Kultur bzw. durch den Appell zur Anerkennung einer "multikulturellen Gesellschaft" zu überwinden sein. Im Grunde geht es darum, die schleichende "Amerikanisierung" der westeuropäischen Gesellschaften zum Stillstand zu bringen. Diese bedeutet vor allem die bewußte oder auch nur fatalistische Anerkennung gesellschaftlicher Desintegration und Segmentierung nach sozialen und ethnischen Kriterien sowie den Verzicht auf eine Politik gesellschaftspolitischer Integration und Problemlösung, die sich an den Kriterien der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit der Lebenschancen orientiert. Jenseits der pragmatischen Anforderungen an die Alltagspolitik stellt sich daher zugleich die Frage nach einem Gesellschaftsmodell und einer Politik, die sich von der Vorherrschaft der "Marktrationalität" durch eine Neubewertung der politischen Steuerungsinstrumente - auf der europäischen (EG), der nationalen wie der regionalen und lokalen Ebene - löst. Das Scheitern des neokonservativen Projektes, das nunmehr die Gefahr einer Umgruppierung des "Blocks an der Macht" nach rechts erzeugt, fordert bei den politischen Akteuren eine solche Alternative heraus.

Margit Mayer hat für die Ebene der lokalen Politik die Elemente einer solchen Alternative skizziert: "Weil die Städte sich in einem Experimentierstadium befinden, in dem sie sowohl ein innovatives Wirtschaftsklima zu erzeugen suchen als auch neue Formen von Regulierung und Krisenmanagement erproben, müssen Modelle eingebracht und gepuscht werden, die nicht auf Kosten der Arbeiter bzw. der Ausgegrenzten gehen. Es muß für eine Beschäftigungspolitik mobilisiert werden, die nicht Arbeitsplätze um jeden Preis, sondern sinnvolle und befriedigende Arbeitsmöglichkeiten schafft, die Arbeitszeitverkürzung ermöglicht - und zwar geschlechtsübergreifend. Eine Umweltpolitik muß erdacht werden, die nicht nur den Interessen der einkommensstarken Mittelschichten entgegenkommt, sondern die bei den Verursachern anfängt und nicht bei der Verdrängung der Probleme in diskriminierte Regionen aufhört. Eine Kulturpolitik muß vertreten werden, die weder vom Markt noch vom Mainstream abhängt. Und Wege müssen gefunden werden, die die wachsende Zahl marginalisierter Bevölkerungsgruppen, die systematisch mit dem neuen Wachstum mit-produziert werden, nicht sich selbst überläßt. Um eine tatsächlich multikulturelle Gesellschaft durchzusetzen, müssen solche Entwürfe der post-fordistischen Stadt offensiv vertreten werden. Die Aufgabe einer 'von unten' intervenierenden städtischen Politik wird sein, die Unterstützung und die Ressourcen der

sozial verantwortlichen und umweltbewußten tertiarisierten Mittelklasse-Bewegungen für solche Entwürfe und gegen den Ausschluß und die weitere Marginalisierung des unteren 'Drittels' der Gesellschaft zu mobilisieren, kurz: Koalitionen zustande zu bringen zwischen den Bewegungen der 'ersten' und der 'zweiten Stadt', die sich bislang noch unabhängig voneinander artikulieren"²¹.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu u.a. V. Pfaff, Die Scheindebatte. Vom scheinheiligen Streit um das Asylrecht, in: B. Nirumand (Hrsg.). Angst vor den Deutschen, Reinbek bei Hamburg 1992, S.170 ff.
- 2 Solche Positionen werden nicht allein - rethorisch bis zur Gewaltanwendung zugespitzt - im rechtsradikalen Lager aufgegriffen. Auch die Regierungspartei CSU vertritt diese Abwehr- und Ausgrenzungspolitik; vgl. dazu u.a. J. Schmid, Das deutsche Asylrecht angesichts des Umbruchs im Osten und des Weltbevölkerungsproblems, in: Politische Studien, Heft 321, 43. Jg., Januar/Februar 1992, S.39 ff.; E. Schiffer, Ausländerintegration und/oder multikulturelle Gesellschaft, in: ebd., S.56 ff.
- 3 Vgl. G. Hentges, Migrationsbewegungen als Folge europäischer Wandlungsprozesse, in: Europa im Umbruch - neue Dimensionen der Politik, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier Nr. 6, Marburg 1992, S.40 ff.
- 4 In den EG-Vereinbarungen von Maastricht (Dezember 1991), deren Ratifizierung noch nicht abgeschlossen ist, wurde die Einführung einer "Unionsbürgerschaft" vorgesehen. Die "Unionsbürger" sollen demnach in der Zukunft nicht nur das Recht haben, sich in der EG frei zu bewegen und am Ort ihrer Wahl zu leben, sondern sich auch an Kommunal- und Europawahlen beteiligen zu können. Diese Erweiterung der Staatsbürgerrechte betrifft nur Angehörige der EG-Staaten.
- 5 Vgl. H. Körner/ U. Mehrländer (Hrsg.), Die "neue" Ausländerpolitik in Europa, Bonn 1986
- 6 L. Hoffmann, Die unaufhaltsame Einwanderung. Drei Grundirrtümer der Asyldebatte, a.a.O., S.1469 ff., hier S.1479
- 7 Vgl. D. B. Rein, Rechtliche Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland für die grenzüberschreitende Migration, in: C. Höhn/D.B. Rein (Hrsg.), Ausländer in der Bundesrepublik, Boppard 1990, S.83 ff.
- 8 L. Hoffmann, Die unaufhaltsame Einwanderung. Drei Grundirrtümer der Asyldebatte, a.a.O., S.1481
- 9 Vgl. dazu A. Böhm, Festung Europa, in: B. Nirumand (Hrsg.), Angst vor den Deutschen, a.a.O., S.140 ff., hier S.143/44
- 10 H. Esser, Prozesse der Eingliederung von Arbeitsmigranten, in: Höhn/Rein (Hrsg.), Ausländer, a.a.O., S.33 ff., hier S.52
- 11 A. Schulte, Multikulturelle Gesellschaft: Chance, Ideologie oder Bedrohung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 23-24/ 1. Juni 1990, S.3 ff., hier S.15
- 12 Vgl. dazu u.a. Forum Gewerkschaften (H. Bierbaum u.a.), Angst vor dem Individuum? Hamburg 1992, bes. S.58 ff.
- 13 Vgl. u.a. A. Baring (im Gespräch mit J. Siedler), Deutschland - was nun? Berlin 1991
- 14 Vgl. dazu u.a. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '92, Köln 1992; H. Schmitthener (Hrsg.), Zwischen Krise und Solidarität. Perspektiven gewerkschaftlicher Sozialpolitik, Hamburg 1992
- 15 Vgl. dazu u.a. M. Bonder/B. Röttger/G. Zieburg, Deutschland in einer neuen Weltära. Die unbewältigte Herausforderung, Opladen 1992
- 16 Vgl. dazu u.a. F.W. Scharpf, Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des 20. Jahrhunderts, in: PVS, 4/1991, S.621 ff.: "Anstelle der im frühneuzeitlichen Staatsdenken postulierten Prämissen von äußerer Souveränität und interner Hierarchie ist die staatliche Politik heute ... eingebunden in ein immer weiter verzweigtes und immer dichteres Netz von transnationalen und innergesellschaftlichen Abhängigkeiten und Verhandlungsbeziehungen" (S.623).
- 17 Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '92, a.a.O., S.57 ff.
- 18 Diese "Überbelastung" wird am Beispiel einer Stadt in NRW dargestellt von B. Steglich, Die Gemeinden gewähren Asyl, in: WSI-Mitteilungen, 2/1992, S.99 ff.; Vgl. auch: Widersprüche, Heft 44/1992, Schwerpunktthema: Armut in Frankfurt; dort insbesondere T. v. Freyberg, Städtische Modernisierung und soziale Polarisierung, S.51-70
- 19 zit. n. O. E. Geske, Zu den Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung auf die kommunalen Haushalte, in: WSI-Mitteilungen, 2/1992, S.69 ff., hier S.72
- 20 A. Touraine, in: Was ist eigentlich Europa? Ein Gespräch, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 6/1992,

-
- S.246 ff., hier S.253
- 21 M. Mayer, Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt, a.a.O., S.205 f.

Literatur

- Abelshäuser, Werner (1983): Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945-1980), Frankfurt a.M.;
- Albach, Horst (1989): Dienstleistungen in der modernen Industriegesellschaft, München;
- Altvater, Elmar (1991): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des "real existierenden" Sozialismus, Münster;
- Altvater, Elmar/Hoffmann, Jürgen/Semmler, Willi (1980): Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik, Berlin;
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1992): Memorandum '92, Köln;
- Arnold, Hans (1992): Süd-Nord-Migration und Nord-Süd-Konflikt, in: Vierteljahresberichte. Problems of international Cooperation, Nr. 127, März 1992, S.19 ff.;
- Auernheimer, Georg (1990): Einführung in die Interkulturelle Erziehung, Darmstadt;
- Auernheimer, Georg (Hrsg.) (1984): Handbuch Ausländerarbeit, Weinheim/Basel;
- Bade, Klaus J. (1992): Fremde Deutsche: "Republikflüchtige" - Übersiedler - Aussiedler, in: Bade, Klaus J. (Hrsg.), Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland, München;
- Bade, Klaus J. (1992): Öffnung und Abwehr: Ausländerpolitik in der BRD, in: Die Mitbestimmung, Heft 8-9/1992, S.37 ff.;
- Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (1990): Rasse, Klasse, Nation, Hamburg/Berlin;
- Baring, Arnulf (1991): Deutschland - was nun?, Berlin;
- Bielefeld, Uli (Hrsg.) (1991): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?, Hamburg;
- Bierbaum, Heinz u.a. (Forum Gewerkschaften) (1992): Angst vor dem Individuum? Hamburg, S.58 ff.;
- Biermann, Rafael (1992): Migration aus Osteuropa und dem Maghreb, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 9/1992, S.29 ff.;
- Biller, Martin (1989): Arbeitsmarktsegmentation und Ausländerbeschäftigung. Ein Beitrag zur Soziologie des Arbeitsmarktes mit einer Fallstudie aus der Automobilindustrie, Frankfurt/New York;
- Bischoff, Detlef/Teubner, Werner (1991): Zwischen Einbürgerung und Rückkehr: Ausländerpolitik und Ausländerrecht in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin;
- Bischoff, Joachim/Detje, Richard (1989): Massengesellschaft und Individualität, Hamburg;
- Bischoff, Joachim/Menard, Michael (1992): Weltmacht Deutschland?, Hamburg;
- Blaschke, Dieter/Buttler, Friedrich/Karr, Werner/Klauder, Wolfgang/Leikeb, Hanspeter (1992): Der Arbeitsmarkt in den neuen Ländern - Zwischenbilanz und Herausforderungen, in: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg.25, Heft 2/92, S.119 ff.;
- Blaschke, Jochen (1992): Ethnizität und Migration - Wissenschaft und Politik vor einem internationalen Problem, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/92, S.90 ff.;
- Blossfeld, Hans-Peter/Meyer, Karl Ulrich (1991): Berufsstruktureller Wandel und soziale Ungleichheit. Entsteht in der Bundesrepublik Deutschland ein neues Dienstleistungsproletariat?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 4/1991, 43. Jg., S.671 ff.;
- Böhm, Andrea (1992): Festung Europa, in: Nirumand, Bahman (Hrsg.): Angst vor den Deutschen, Reinbek bei Hamburg, S.140 ff.;
- Bonder, Michael/Rötger, Bernd/Ziebur, Gilbert (1992): Deutschland in einer neuen Weltära. Die unbewältigte Herausforderung, Opladen;
- Boos-Nünning, Ursula (1990): Einwanderung ohne Einwanderungsentscheidung: Ausländische Familien in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 23-24/1990, 1.6.1990, S.16 ff.;
- Borst, Renate (Hrsg.) (1990): Das neue Gesicht der Städte, Basel;
- Bundesanstalt für Arbeit: Amtliche Nachrichten für Arbeit (ANBA), verschiedene Jahrgänge;
- Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitsmarkt 1990. Strukturanalyse, Nürnberg 1991;
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Arbeits- und Sozialstatistik. Hauptergebnisse 1991, Oktober 1991;

- Buttler, Friedrich/Dietz, Friso (1990): Die Ausländer auf dem Arbeitsmarkt, in: Höhn, Charlotte/Rein, Detlev B. (Hrsg.) (1990): Ausländer in der Bundesrepublik, Boppard, S.99 ff.;
- Castles, Stephen (1987): Migration und Rassismus in Westeuropa, Berlin;
- Castles, Stephen (1991): Weltweite Arbeitsmigration, Neorassismus und der Niedergang des Nationalstaats, in: U. Bielefeld (Hrsg.). Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?, Hamburg, S.129;
- Cohen, Phil (1990): Gefährliche Erbschaften: Studien zur Entstehung einer multirassistischen Kultur in Großbritannien, in: Kalpalka, Annita/Räthzel, Nora (Hrsg.), Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein, 2., völlig überarbeitete Aufl., Leer, S.81 ff.;
- Deppe, Frank (1991): Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung, Marburg;
- Dohse, Knuth (1986): Ausländische Arbeiter 1974 bis 1985 - Beschäftigungsentwicklung und staatliche Regelungszusammenhänge, in: WSI Mitteilungen 9/1986, S.626 ff.;
- Enzensberger, Hans Magnus (1992): Über einige Besonderheiten bei der Menschenjagd, in: Nirumand, Bahman (Hrsg.), Angst vor den Deutschen. Terror gegen Ausländer und der Zerfall des Rechtsstaates, Reinbeck bei Hamburg 1992, S.14 ff.;
- Esser, Hartmut (1990): Prozesse der Eingliederung von Arbeitsmigranten, in: Höhn, Charlotte/Rein, Detlev B.: Ausländer in der Bundesrepublik, Boppard, S.33 ff.;
- Esser, Josef (1982): Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt a.M.;
- Esser, Josef (1992): Transnationale Unternehmen und politische Regulierung. Die kapitalistische Durchdringung der Welt, in: Perspektiven Nr. 13, Juli 1992 (Frankfurt), S.30 ff.;
- Feagin, Joe R./Smith, Michael Peter (1990): "Global Cities" und neue internationale Arbeitsteilung, in: Borst, Renate u.a. (Hrsg.), Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte, Basel/Boston/Berlin, S.62 ff.;
- Fijalkowski, Jürgen (1990): Neue ethnische Minderheiten und Nationalstaatstraditionen in Deutschland, in: Bembach, Udo/Blanke, Bernhard/Böhret, Carl (Hrsg.), Spaltungen der Gesellschaft und die Zukunft des Sozialstaats, Opladen, S.201 ff.;
- Fleischer, Henning (1990): Ausländer 1989, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1990, S.540 ff.
- Franke, Heinrich/Buttler, Friedrich (1991): Arbeitswelt 2000. Strukturwandel in Wirtschaft und Beruf, Frankfurt/Main;
- Freyberg, Thomas v. (1992): Städtische Modernisierung und soziale Polarisierung, in: Widersprüche, Heft 44/1992, S.51 ff.;
- Freyberg, Thomas v. (1992): Anmerkungen zur aktuellen Welle von Fremdenhaß, in: Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Aspekte der Fremdenfeindlichkeit. Beiträge zur aktuellen Diskussion, Frankfurt/Main;New York, S.71 ff.;
- Gaugler, Eduard u.a. (1978): Ausländer in deutschen Industriebetrieben. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, Königstein;
- Gaugler, Eduard u.a. (1985): Ausländerintegration in deutschen Industriebetrieben, Königstein;
- Geißler, Heiner (1990): Zugluft. Politik in stürmischer Zeit, München;
- Geske, Otto Erich (1992): Zu den Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung auf die kommunalen Haushalte, in: WSI-Mitteilungen, Heft 2/1992, S.69 ff.;
- Gillmeister, Helmut (1992): Die Verdrängung ausländischer Arbeitnehmer folgt keinem Naturgesetz, in: Die Mitbestimmung, Heft 8-9/1992, S.14 ff.;
- Gillmeister, Helmut/Kurthen, Hermann/Fijalkowski, Jürgen (1989): Ausländerbeschäftigung in der Krise?, Berlin;
- Grün, Günter (1990): Bevölkerungsentwicklung 1989, in: Staat und Wirtschaft in Hessen Heft 9/90, S.286 ff.;
- Hall, Stuart (1989): Ausgewählte Schriften, Hamburg/Berlin;
- Hall, Stuart (1989): Rassismus als ideologischer Diskurs, in: Das Argument, Jg. 31, Nr. 178/1989, S.913 ff.;
- Hall, Stuart (1991): Globalisation. Europe's other self, in: Marxism Today, August/1991, S.18f.;
- Heckmann, Friedrich (1981): Die Bundesrepublik: ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwanderungsminorität, Stuttgart;
- Hentges, Gudrun (1992): Migrationsbewegungen als Folge europäischer Wandlungsprozesse, in: Europa im Umbruch - neue Dimensionen der Politik, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier Nr.6,

-
- Marburg, S.40 ff.;
- Hessisches Statistisches Landesamt: Bevölkerungsvorgänge in Hessen 1989;
- Hessisches Statistisches Landesamt: Bevölkerungsvorgänge in Hessen 1990;
- Hessisches Statistisches Landesamt: Hessische Gemeindestatistik 1990. Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung und Wirtschaft 1989;
- Hessisches Statistisches Landesamt: Staat und Wirtschaft in Hessen, verschiedene Jahrgänge;
- Hessisches Statistisches Landesamt: Statistische Berichte. Ausländer in Hessen am 31. Dezember 1987, 25. Februar 1988;
- Hessisches Statistisches Landesamt: Statistische Berichte. Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 30. Juni 1991, 9. März 1992;
- Hessisches Statistisches Landesamt: Statistisches Taschenbuch für das Land Hessen 1990/91;
- Hoffmann, Lutz (1990): Die unvollendete Republik. Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat, Köln;
- Hoffmann, Lutz (1991): Die unaufhaltbare Einwanderung. Drei Grundirrtümer der Asyldebatte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 36, Heft 12/91, S.1469 ff.;
- Höhn, Charlotte/Rein, Detlev B. (Hrsg.) (1990): Ausländer in der Bundesrepublik, Boppard;
- Institut für Sozialforschung (Hrsg.) (1992): Aspekte der Fremdenfeindlichkeit, Frankfurt/Main;
- Jaschke, Hans-Gerd (1992): Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und das Fernsehen. Eine medienkritische Betrachtung, in: Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Aspekte der Fremdenfeindlichkeit. Beiträge zur aktuellen Diskussion, Frankfurt/Main;New York, S.55 ff.;
- Kalpalka, Annita/Räthzel, Nora (Hrsg.) (1990):, Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein, 2. Aufl., Leer;
- Klöß, Hans-Peter (1991): Zuwanderungsbedingter Potentialzuwachs: Substitution Arbeitsloser oder Mehrbeschäftigung, in: IW-trends 3/91, S.A-27 ff.;
- Kömer, Heiko/Mehrländer, Ursula (Hrsg.) (1986): Die "neue" Ausländerpolitik in Europa, Bonn;
- Kostede, Norbert (1992): Der Ausländer als Verbrecher, in: Die Zeit, Nr. 26, 19. Juni, S.8;
- Krätker, Stefan (1990): Städte im Umbruch. Städtische Hierarchien und Raumgefüge im Prozeß gesellschaftlicher Restrukturierung, in: Borst, Renate u.a. (Hrsg.), Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte, Basel, Boston, Berlin, S.7 ff.;
- Krüger-Hemmer, Christiane/Veldhues, Bernhard (1990): Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 über "Dienstleistungen für Unternehmen", in: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1990, S.529 ff.;
- Krupp, Hans-Jürgen (1986): Der Strukturwandel zu den Dienstleistungen und Perspektiven der Beschäftigungsstruktur, in: Mit AB, Heft 1/1986, S.145 ff.;
- Kühne, Peter (1992): Gewerkschaftliche Asyl- und Einwanderungspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 2/1992, S.108 ff.;
- Kühne, Peter (1992): Gewerkschaftliche Ausländerpolitik - diesseits der Beschlußlage, in: Die Mitbestimmung, Heft 8-9/1992, S.49 ff.
- Kühnl, Reinhard (1992): Der Aufstieg der Rechten in Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/1992, S.730 ff.;
- Landesarbeitsamt Hessen: Der Arbeitsmarkt in Hessen, verschiedene Jahrgänge;
- Landesarbeitsamt Hessen: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, verschiedene Jahrgänge;
- Mammey, Ulrich (1990): 35 Jahre Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland - die demographische Entwicklung, in: Höhn, Charlotte/Rein, Detlev B. (Hrsg.), Ausländer in der Bundesrepublik, Boppard, S.55 ff.;
- Mayer, Margit (1990): Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt, in: Borst, Renate (Hrsg.): Das neue Gesicht der Städte, Basel, S.190 ff.;
- Mehrländer, Ursula u.a. (1981): Soziale Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der BRD, Repräsentativuntersuchung '80, Bonn;
- Nirumand, Bahman: (Hrsg.) (1992): Angst vor den Deutschen, Reinbek bei Hamburg;
- Nuscheler, Franz (1988): Nirgendwo zu Hause. Menschen auf der Flucht, München;
- Nuscheler, Franz (1992): ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge: "Neue Heloten" und "Treibgut der Weltpolitik", in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/92, S.81 ff.;

- Nüse, Jan Christoph (1992): Natürlich werden von den Zuwanderern ganz andere Qualifikationen erwartet als von den Arbeitsimmigranten der 60er Jahre, in: Die Mitbestimmung, Heft 8-9/1992, S.28 ff.;
- Opitz, Peter J. (Hrsg.) (1988): Das Weltflüchtlingsproblem, München;
- Opitz, Peter J. (1992): Die weltweiten Flüchtlings- und Migrationsbewegungen. Ursachen und Dimensionen, in: Politische Studien, Jg. 43, Sonderheft 1/1992, S.25 ff.;
- Penninx, Rinus/Muus, Philip J. (1989): No Limits for Migration after 1992? The lessons of the past and a Reconnaissance of the Future, in: International Migration, Jg. 27, Nr.3 September 1989, S.373 ff.;
- Pfaff, Victor (1992): Die Scheindebatte. Vom scheinheiligen Streit um das Asylrecht, in: Nirumand, Bahman: (Hrsg.): Angst vor den Deutschen, Reinbek bei Hamburg, S.170 ff.;
- Rein, Detlev B. (1990): Rechtliche Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland für die grenzüberschreitende Migration, in: Höhn, Charlotte/Rein, Detlev B. (Hrsg.), Ausländer in der Bundesrepublik, Boppard, S.83;
- Sakson, Andrzej (1991): Die neueren Wanderungsbewegungen polnischer Arbeitskräfte. Eine Dokumentation, in: Prokla 83, Jg. 21, Heft Juni 1991, S.249 ff.;
- Sassen, Saskia (1991): Die Mobilität von Arbeit und Kapital: USA und Japan, in: Prokla 83, Jg. 21, Heft Juni 1991, S.222 ff.;
- Sassen-Koob, Saskia (1988): Global Cities, Princeton;
- Scharpf, Fritz W. (1991): Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des 20. Jahrhunderts, in: PVS, Heft 4/1991, S.621 ff.;
- Schiffer, Eckart (1992): Ausländerintegration und/oder multikulturelle Gesellschaft, in: Politische Studien, Heft 321, 43. Jg., Januar/Februar 1992, S.56 ff.;
- Schiller, Günter (1984): Arbeitsmarkt, in: , S.28 ff.;
- Schmid, Josef (1992): Das deutsche Asylrecht angesichts des Umbruchs im Osten und das Weltbevölkerungsproblems, in: S.39 ff.;
- Schmitthenner, Horst (Hrsg.) (1992): Zwischen Krise und Solidarität. Perspektiven gewerkschaftlicher Sozialpolitik, Hamburg;
- Schönwälder, Karen (1992): Multikulturelle Gesellschaft. Dimensionen, Positionen, Probleme, in: Europa im Umbruch - neue Dimensionen der Politik, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier Nr. 6, Marburg, S.58 ff.;
- Schulte, Axel (1990): Multikulturelle Gesellschaft: Chance, Ideologie oder Bedrohung?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23-24, 1. Juni 1990, S.3 ff.;
- Schultze, Günther (1992): Väter und Söhne, in: Die Mitbestimmung, Heft 8-9/1992, S.18 ff.;
- Sen, Farruk (1991): Der Wunsch in die Heimat zurückzukehren schwindet immer mehr, in: FR vom 18. und 19./20.11.1991;
- Statistisches Bundesamt (1991): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart, Mainz;
- Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1991;
- Statz, Albert (1991): Dossier Migration. Ausmaß, Ursachen und Chancen der Ost-West-Wanderungsbewegungen in Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 36, Heft 9/91, S.1075 ff.;
- Steglich, Burkhardt (1992): Die Gemeinden gewähren Asyl, in: WSI-Mitteilungen, 99 ff.;
- Stöling, Erhard (1991): Festung Europa. Grenzziehungen in der Ost-West-Migration, in: Prokla 83, Jg. 21, Heft Juni 1991, S.249 ff.;
- Thurow, Lester (1992): Head to Head. The Coming Economic Battle Among Japan, Europe and America, New York;
- Tichy, Roland (1990): Ausländer rein! Warum es kein "Ausländerproblem" gibt, München;
- Touraine, Alain (1992): Was ist eigentlich Europa? Ein Gespräch, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 6/1992, S.246 ff.;
- Treibel, Annette (1990): Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung und Gastarbeit, München;
- Zolberg, Aristide (1991): Die Zukunft der internationalen Migrationsbewegungen, in: Prokla 83, Jg. 21, Heft 2/91, S.189 ff.;

Quellennachweis für die Diagramme (Seite 33 bis 48)

Diagramm 1: Hessisches Statistisches Landesamt, Bevölkerungsvorgänge in Hessen 1990, S.10;

Diagramm 2: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1991, S.73 und 94;

Diagramm 3: Bundesausgleichsamt;

Diagramm 4: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Taschenbuch für das Land Hessen 1990/91, S.48;

Diagramm 5: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Taschenbuch für das Land Hessen 1990/91, S.53;

Diagramm 6: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Taschenbuch für das Land Hessen 1990/91, S.52;

Diagramm 7: Eigene Berechnungen auf der Basis einer Zusammenstellung der Daten aus "Der Arbeitsmarkt in Hessen" (Landesarbeitsamt Hessen), verschiedene Jahrgänge und "Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte" (Landesarbeitsamt Hessen), verschiedene Jahrgänge;

Diagramm 8: Landesarbeitsamt Hessen, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Dez. 1981 und Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Heft 3/1992;

Diagramm 9: Landesarbeitsamt Hessen, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Dez. 1981 und Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Heft 3/1992, eigene Berechnungen;

Diagramm 10: Landesarbeitsamt Hessen, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Dez. 1981/ Der Arbeitsmarkt in Hessen, Juli 1986 und ANBA, Heft 3/1992

Diagramm 11: Eigene Berechnungen auf der Basis einer Zusammenstellung der Daten aus "Der Arbeitsmarkt in Hessen" (Landesarbeitsamt Hessen), verschiedene Jahrgänge und "Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte" (Landesarbeitsamt Hessen), verschiedene Jahrgänge;

Diagramm 12: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 3/1992;

Diagramm 13: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 3/1992;

Diagramm 14: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Sondernummer Arbeitsstatistik 1990 - Jahreszahlen, Juli 1991;

Anhang: Tabellen

- Tabelle 1: Die deutsche und ausländische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und in Hessen / Zeitreihe
- Tabelle 2: Die deutsche und ausländische Wohnbevölkerung und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland und in Hessen / Zeitreihe
- Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Bundesrepublik Deutschland und Hessen nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe
- Tabelle 4: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte deutsche Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Bundesrepublik Deutschland und Hessen nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe
- Tabelle 5: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Bundesrepublik Deutschland und Hessen nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe
- Tabelle 6: Deutsche und ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bundesgebiet West nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe
- Tabelle 7: Deutsche und ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe
- Tabelle 8: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer nach Nationalitäten in der Bundesrepublik und Hessen / Zeitreihe
- Tabelle 9: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Deutsche und AusländerInnen im Bundesgebiet West nach Männer- und Frauenanteil / Zeitreihe
- Tabelle 10: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Deutsche und AusländerInnen im Bundesgebiet und Hessen nach Männer- und Frauenanteil / Zeitreihe
- Tabelle 11: Deutsche und ausländische Beschäftigte in beruflicher Ausbildung im Bundesgebiet West nach Wirtschaftszweigen und Männer- bzw. Frauenanteil / Juni 1991
- Tabelle 12: Deutsche und ausländische Beschäftigte in beruflicher Ausbildung in Hessen nach Wirtschaftszweigen und Männer- bzw. Frauenanteil / Juni 1991
- Tabelle 13: Deutsche und ausländische Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland und in Hessen (auch Männer- und Frauenanteil) / Zeitreihe

Tabelle 1: Die deutsche und ausländische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und in Hessen / Zeitreihe

Bundesrepublik Deutschland (ohne die neuen Bundesländer)

Jahr	Deutsche		Ausländer		in % d. Bev.
	insgesamt tausend	Frauen tausend	insgesamt hundert	in %	
1970	60.581	31.759	2.976,50	52,42%	4,9%
1975	61.886	32.348	4.089,60	52,27%	6,6%
1979	61.315	32.095	4.143,80	52,34%	6,8%
1981	61.655	32.172	4.629,70	52,18%	7,5%
1983	61.430	32.058	4.534,90	52,19%	7,4%
1984	61.196	31.944	4.363,60	52,20%	7,1%
1985	60.987	31.825	4.378,90	52,18%	7,2%
1986	61.022	31.815	4.512,70	52,14%	7,4%
1987*	61.070	31.755	4.240,50	52,00%	6,9%
1988	61.338	31.858	4.489,10	51,94%	7,3%
1989	61.872	32.095	4.845,90	51,87%	7,7%

Land Hessen

Jahr	Deutsche		Ausländer		in % d. Bev.
	insgesamt	Frauen	insgesamt	in %	
1970	5.118.067	2.698.777	306.462	52,73%	5,6%
1975	5.121.131	2.700.591	428.692	52,73%	7,7%
1979	5.105.896	2.689.870	470.189	52,68%	8,4%
1981	5.093.534	2.681.859	518.317	52,65%	9,2%
1983	5.058.828	2.661.783	506.136	52,62%	9,1%
1984	5.038.140	2.649.915	497.045	52,60%	9,0%
1985	5.021.177	2.639.387	508.236	52,57%	9,2%
1986	5.013.598	2.633.316	530.059	52,52%	9,6%
1987*	5.037.882	2.639.732	486.755	52,40%	8,8%
1988	5.049.135	2.643.235	519.757	52,35%	9,3%
1989	5.099.449	2.664.179	561.170	52,24%	9,9%
1990	5.151.176	2.683.702	612.134	52,10%	10,6%

* ab 1987 an die Ergebnisse der Volkszählung vom 25.5.1987 angepaßte Zahlen

Quellen: Arbeits- und Sozialstatistik - Hauptergebnisse 1990 und 1991 und Statistische Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes, Bevölkerungsvorgänge in Hessen 1990

Tabelle 2: Die deutsche und ausländische Wohnbevölkerung und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland und in Hessen / Zeitreihe

Bundesrepublik Deutschland (ohne die neuen Bundesländer)

Jahr	Deutsche		Ausländer		davon SVP-		Anteil
	insgesamt	davon SVP-Beschäftigte	insgesamt	davon SVP-Beschäftigte	Anteil	Anteil	
1975	61.886	18.024	4.089,60	2.070,70	29,12%	50,63%	
1979	61.315	18.639	4.143,80	1.933,60	30,40%	46,66%	
1981	61.655	18.934	4.629,70	1.929,70	30,71%	41,68%	
1983	61.430	18.432	4.534,90	1.713,60	30,00%	37,79%	
1984*	61.196	18.447	4.363,60	1.592,60	30,14%	36,50%	
1985	60.987	18.794	4.378,90	1.583,80	30,82%	36,17%	
1986	61.022	19.138	4.512,70	1.591,50	31,36%	35,27%	
1987**	61.070	19.456	4.240,50	1.588,80	31,86%	37,47%	
1988	61.338	19.641	4.489,10	1.624,10	32,02%	36,18%	
1989	61.872	19.929	4.845,90	1.689,20	32,21%	34,86%	

Land Hessen

Jahr	Deutsche		Ausländer		davon SVP-		Anteil
	insgesamt tausend	davon SVP-Beschäftigte tausend	insgesamt hundert	davon SVP-Beschäftigte hundert	Anteil	Anteil	
1975	5.121		428,60	228,80		53,38%	
1979	5.105	1.710	470,10	222,50	33,50%	47,33%	
1980	5.101	1.736	499,50	233,10	34,03%	46,67%	
1983	5.058	1.685	506,10	188,80	33,31%	37,30%	
1984*	5.038	1.676	497,00	173,00	33,27%	34,81%	
1985	5.021	1.736	508,20	179,60	34,57%	35,34%	
1986	5.013	1.774	530,00	180,20	35,39%	34,00%	
1987**	5.037	1.814	486,70	182,20	36,01%	37,44%	
1988	5.049	1.837	519,70	187,70	36,38%	36,12%	
1989	5.099	1.864	561,10	194,90	36,56%	34,74%	
1990	5.151	1.925	612,10	204,90	37,37%	33,47%	

* Die Ende Juni 1984 von einem 3 Wochen andauernden Arbeitskampf betroffenen Arbeitnehmer sind in den Beschäftigtenzahlen nicht enthalten

** Der Volkszählung vom 25.5.1987 angepaßte Daten zum 31.12.1987

Quellen: Arbeits- und Sozialstatistik - Hauptergebnisse 1990 und 1991, Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit.

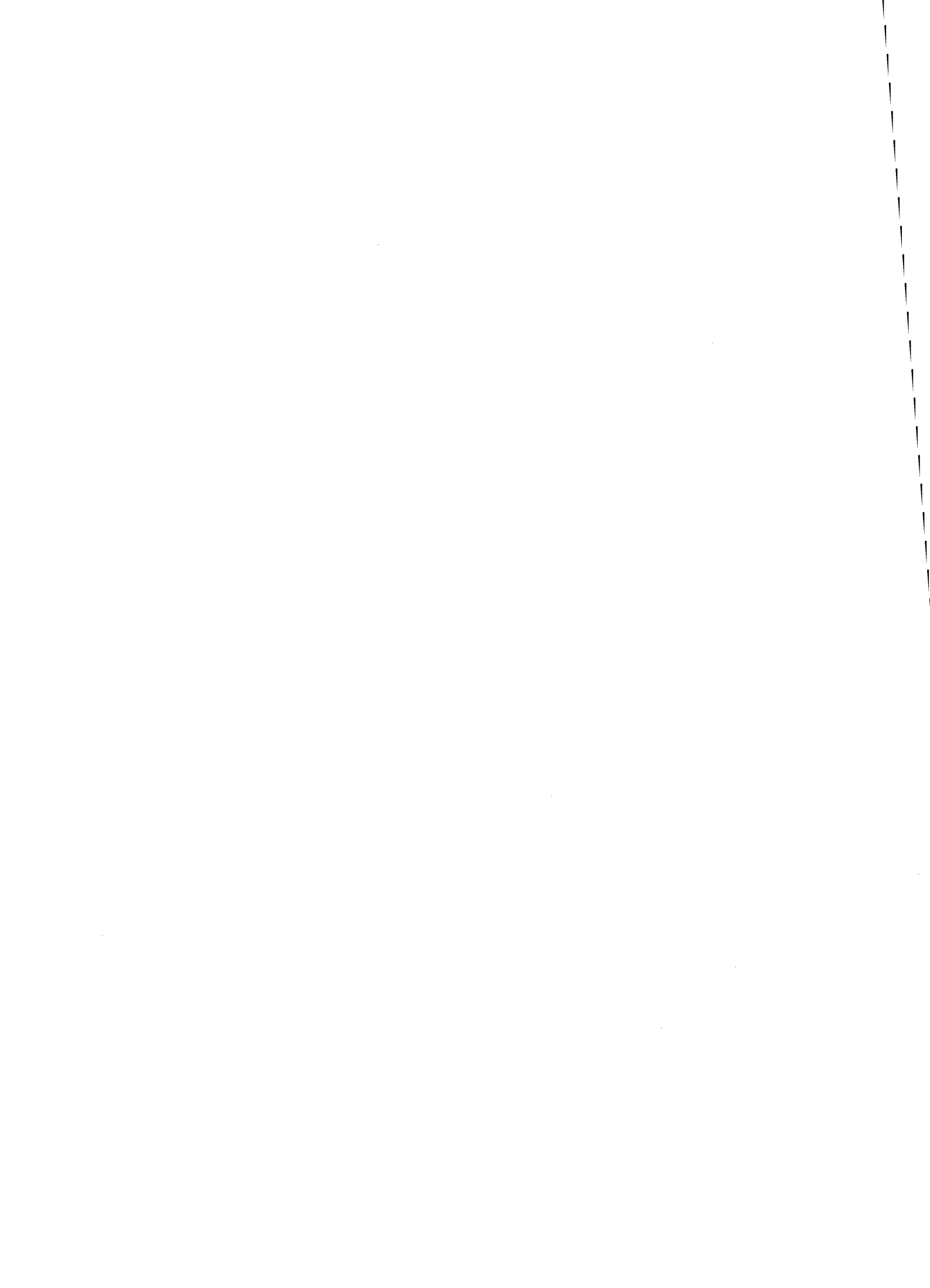


Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Bundesrepublik Deutschland und Hessen nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe

Bundesrepublik Deutschland (ohne die neuen Bundesländer)												
Wirtschaftsgruppen	30. Jun 81	Anteil %	30. Jun 83	Anteil %	30. Jun 85	Anteil %	30. Jun 87	Anteil %	30. Jun 89	Anteil %	30. Jun 91	Anteil %
insgesamt	20.863.972		20.146.521		20.378.997		21.045.193		21.619.283		22.368.078	
darunter:												
Verarb. Gewerbe	8.460.695	40,55%	7.911.810	39,27%	7.961.354	39,07%	8.186.290	38,90%	8.328.603	38,52%	8.552.497	38,24%
Dienstleistungen	3.602.376	17,27%	3.684.330	18,29%	3.874.682	19,01%	4.139.130	19,67%	4.428.506	20,48%	4.679.248	20,92%
Handel	2.905.711	13,93%	2.770.783	13,75%	2.757.811	13,53%	2.814.413	13,37%	2.933.752	13,57%	3.047.071	13,62%
Verkehr/Nachrichten	1.013.151	4,86%	971.808	4,82%	995.343	4,89%	1.007.793	4,79%	1.044.679	4,83%	1.103.725	4,93%
Kreditinst./Versicher	769.790	3,69%	787.243	3,91%	804.462	3,95%	844.460	4,01%	869.706	4,02%	890.597	3,98%
Org.o.Erw./private	982.882	1,74%	984.366	1,91%	424.641	2,08%	466.342	2,22%	487.637	2,26%	503.514	2,25%
Gebietskör./Sozialv	1.353.295	6,49%	1.356.301	6,73%	1.386.349	6,80%	1.455.547	6,92%	1.443.055	6,67%	1.454.542	6,50%
Dienstl. insgesamt	10.007.205	47,96%	9.954.831	49,41%	10.243.288	50,27%	10.727.685	50,97%	11.207.335	51,84%	11.678.697	52,21%

Land Hessen

Wirtschaftsgruppen	30. Jun 80	Anteil %	30. Jun 83	Anteil %	30. Jun 85	Anteil %	30. Jun 87	Anteil %	30. Jun 89	Anteil %	30. Jun 90	Anteil %	30. Jun 91	Anteil %
insgesamt	1.969.529		1.874.448		1.916.146		1.996.670		2.059.687		2.130.575		2.203.153	
darunter:														
Verarb. Gewerbe	783.675	39,79%	707.307	37,73%	715.650	37,35%	736.739	36,90%	740.562	35,96%	757.096	35,53%	767.452	34,83%
Dienstleistungen	339.870	17,26%	348.611	18,60%	367.636	19,19%	395.816	19,82%	426.373	20,70%	449.739	21,1%	475.783	21,60%
Handel	281.365	14,29%	266.074	14,19%	268.604	14,02%	276.850	13,87%	293.129	14,23%	303.361	14,24%	321.725	14,60%
Verkehr/Nachrichten	114.162	5,80%	112.199	5,99%	117.336	6,12%	121.407	6,08%	129.504	6,29%	138.318	6,49%	144.584	6,56%
Kreditinst./Versicher	93.356	4,74%	95.837	5,11%	99.122	5,17%	109.247	5,47%	115.157	5,59%	119.246	5,60%	125.356	5,69%
Org.o.Erw./private	38.420	1,95%	39.145	2,09%	42.416	2,21%	46.896	2,35%	49.163	2,39%	51.278	2,41%	53.520	2,43%
Gebietskör./Sozialv.	127.483	6,47%	127.333	6,79%	132.754	6,93%	139.900	7,01%	139.956	6,80%	140.401	6,59%	140.655	6,38%
Dienstl. insgesamt	994.656	50,50%	989.199	52,77%	1.027.868	53,64%	1.090.116	54,60%	1.153.282	55,99%	1.202.343	56,00%	1.261.623	57,26%

Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge, Der Arbeitsmarkt in Hessen und Veröffentlichungen des Landesamts für Statistik, Referat Statistik, verschiedene Jahrgänge. Eigene Berechnungen.

Tabelle 4: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte deutsche Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Bundesrepublik Deutschland und Hessen nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe

Bundesrepublik Deutschland (ohne die neuen Bundesländer)												
Wirtschaftsgruppen	30. Jun 81	Anteil	30. Jun 83	Anteil	30. Jun 85	Anteil	30. Jun 87	Anteil	30. Jun 89	Anteil	30. Jun 91	Anteil
insgesamt	18.934.235		18.432.876		18.794.499		19.456.334		19.929.984		20.585.825	
darunter:												
Verarb. Gewerbe	7.358.974	38,87%	6.976.870	37,85%	7.112.633	37,84%	7.335.402	37,70%	7.443.756	37,35%	7.635.732	37,09%
Dienstleistungen	3.301.759	17,44%	3.385.416	18,37%	3.586.232	19,08%	3.839.534	19,73%	4.087.447	20,51%	4.307.534	20,92%
Handel	2.782.250	14,69%	2.656.773	14,41%	2.649.945	14,10%	2.704.144	13,90%	2.808.296	14,09%	2.907.910	14,13%
Verkehr/Nachrichten	939.987	4,96%	906.131	4,92%	932.667	4,96%	946.458	4,86%	977.122	4,90%	1.029.325	5,00%
Kreditinst./Versicher	756.575	4,00%	774.328	4,20%	792.063	4,21%	831.428	4,27%	855.759	4,29%	875.769	4,25%
Org.o.Erw./private	349.513	1,85%	369.804	2,01%	408.474	2,17%	448.434	2,30%	467.486	2,35%	482.315	2,34%
Gebietskör./Sozialv	1.306.339	6,90%	1.308.535	7,10%	1.339.641	7,13%	1.407.106	7,23%	1.394.557	7,00%	1.404.375	6,82%
Dienstl. insgesamt	9436423	49,84%	9400987	51,00%	9709022	51,66%	10177104	52,31%	10.590.667	53,14%	11.007.228	53,47%

Land Hessen

Wirtschaftsgruppen	30. Jun 80	Anteil	30. Jun 83	Anteil	30. Jun 85	Anteil	30. Jun 87	Anteil	30. Jun 89	Anteil	30. Jun 90	Anteil	30. Jun 91	Anteil
insgesamt	1.736.330		1.685.554		1.736.509		1.814.447		1.864.731		1.925.611		1.986.588	
darunter:														
Verarb. Gewerbe	664.948	38,30%	617.439	36,63%	631.237	36,35%	651.657	35,91%	652.734	35,00%	666.905	34,63%	675.570	34,01%
Dienstleistungen	297.423	17,13%	309.324	18,35%	329.768	18,99%	356.001	19,62%	381.586	20,46%	401.510	20,85%	422.796	21,28%
Handel	251.465	15,06%	249.695	14,81%	252.793	14,56%	260.981	14,38%	274.828	14,74%	283.788	14,74%	299.574	15,08%
Verkehr/Nachrichten	101.458	5,84%	101.038	5,99%	106.343	6,12%	110.429	6,09%	116.986	6,27%	124.208	6,45%	129.232	6,51%
Kreditinst./Versicher	89.608	5,16%	92.473	5,49%	95.823	5,52%	105.570	5,82%	111.063	5,96%	114.861	5,96%	120.507	6,07%
Org.o.Erw./private	36.470	2,10%	37.362	2,22%	40.538	2,33%	44.730	2,47%	46.710	2,50%	48.680	2,53%	50.702	2,55%
Gebietskör./Sozialv	121.172	6,98%	121.488	7,21%	126.699	7,30%	133.658	7,37%	133.383	7,15%	133.662	6,94%	133.861	6,74%
Dienstl. insgesamt	907.596	52,27%	911.380	54,07%	951.964	54,82%	1.011.369	55,74%	1.064.556	57,09%	1.106.709	56,90%	1.156.672	58,22%

Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge, Der Arbeitsmarkt in Hessen und Veröffentlichungen des Landesarbeitsamtes Hessen, Referat Statistik, verschiedene Jahrgänge. Eigene Berechnungen.

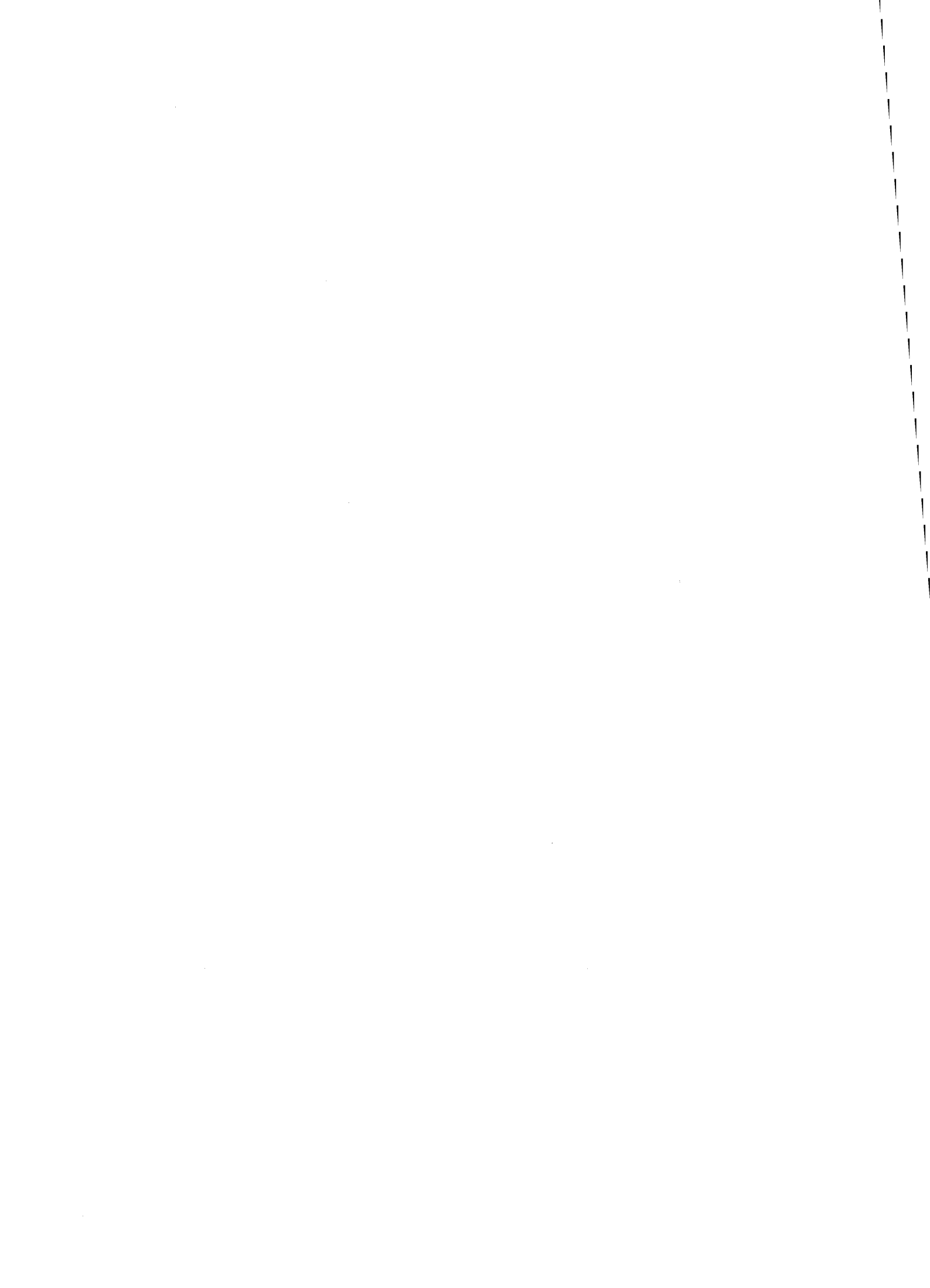


Tabelle 5: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Bundesrepublik Deutschland und Hessen nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe

Bundesrepublik Deutschland (ohne die neuen Bundesländer)

Wirtschaftsgruppen	30. Jun 81	Anteil	30. Jun 83	Anteil	30. Jun 85	Anteil	30. Jun 87	Anteil	30. Jun 89	Anteil	30. Jun 90	Anteil	30. Jun 91	Anteil
insgesamt	1.929.737		1.713.645		1.583.898		1.588.859		1.689.299		1.782.253		1.898.540	
darunter:														
Verarb. Gewerbe	1.101.721	57,09%	934.940	54,56%	848.721	53,58%	850.888	53,55%	884.847	52,38%	916.765	51,44%	952.282	50,16%
Dienstleistungen	300.617	15,58%	298.914	17,44%	288.450	18,21%	299.596	18,86%	341.059	20,19%	371.714	20,86%	408.800	21,53%
Handel	123.461	6,40%	114.010	6,65%	107.866	6,81%	110.269	6,94%	125.456	7,43%	139.161	7,81%	160.770	8,47%
Verkehr/Nachrichten	73.164	3,79%	65.677	3,83%	62.676	3,96%	61.335	3,86%	67.557	4,00%	74.400	4,17%	83.175	4,38%
Kreditinst./Versicher	13.215	0,68%	12.915	0,75%	12.399	0,78%	13.032	0,82%	13.947	0,83%	14.828	0,83%	16.311	0,86%
Org.o.Erw./private	13.369	0,69%	14.562	0,85%	16.167	1,02%	17.908	1,13%	20.151	1,19%	21.199	1,19%	22.856	1,20%
Gebietskör./Sozialv.	46.956	2,43%	47.766	2,79%	46.708	2,95%	48.441	3,05%	48.498	2,87%	50.167	2,81%	50.880	2,68%
Dienstl. insgesamt	570.782	29,58%	553.844	32,32%	534.266	33,73%	550.581	34,65%	616.668	36,50%	671.469	37,68%	742.792	39,12%

Land Hessen

Wirtschaftsgruppen	30. Jun 80	Anteil	30. Jun 83	Anteil	30. Jun 85	Anteil	30. Jun 87	Anteil	30. Jun 89	Anteil	30. Jun 90	Anteil	30. Jun 91	Anteil
insgesamt	233.199		188.894		179.637		182.223		194.956		204.964		216.565	
darunter:														
Verarb. Gewerbe	118.727	50,91%	89.868	47,58%	84.413	46,99%	85.082	46,69%	87.828	45,05%	90.191	44,00%	91.882	42,43%
Dienstleistungen	42.447	18,20%	39.287	20,80%	37.868	21,08%	39.815	21,85%	44.787	22,97%	48.229	23,53%	52.987	24,47%
Handel	19.900	8,53%	16.379	8,67%	15.811	8,80%	15.869	8,71%	18.301	9,39%	19.573	9,55%	22.151	10,23%
Verkehr/Nachrichten	12.704	5,45%	11.161	5,91%	10.993	6,12%	10.978	6,02%	12.518	6,42%	14.110	6,88%	15.352	7,09%
Kreditinst./Versicher	3.748	1,61%	3.364	1,78%	3.299	1,84%	3.677	2,02%	4.094	2,10%	4.385	2,14%	4.849	2,24%
Org.o.Erw./private	1.950	0,84%	1.783	0,94%	1.878	1,05%	2.166	1,19%	2.453	1,26%	2.598	1,27%	2.818	1,30%
Gebietskör./Sozialv.	6.311	2,71%	5.845	3,09%	6.055	3,37%	6.242	3,43%	6.573	3,37%	6.739	3,29%	6.794	3,14%
Dienstl. insgesamt	87.060	37,33%	77.819	41,20%	75.904	42,25%	78.747	43,21%	88.726	45,51%	95.634	46,66%	104.951	48,46%

Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge, Der Arbeitsmarkt in Hessen und Veröffentlichungen des Landesarbeitsamtes Hessen, Referat Statistik, verschiedene Jahrgänge. Eigene Berechnungen.

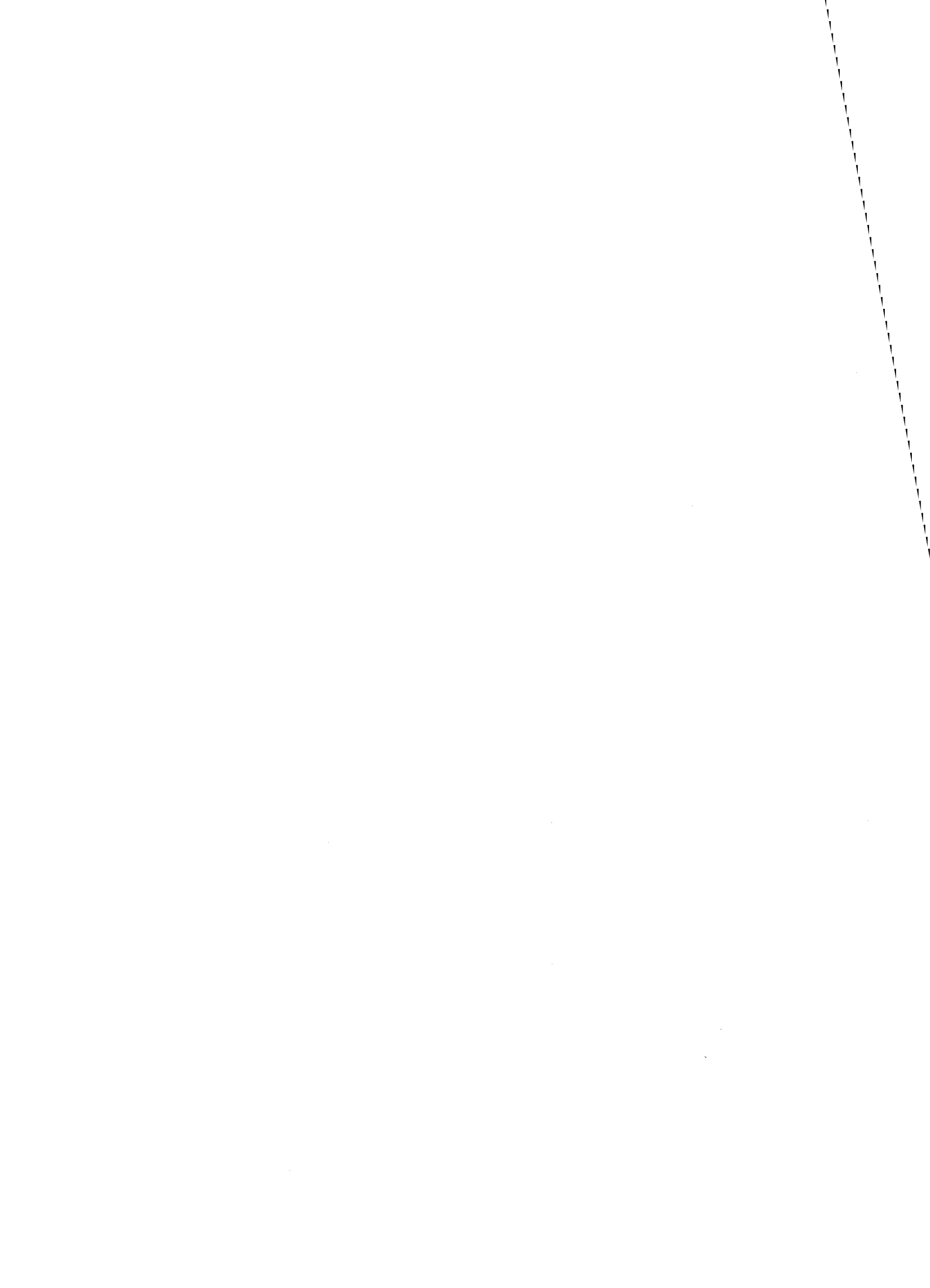


Tabelle 6: Deutsche und ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vergleich im Bundesgebiet West nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe

Deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Wirtschaftsgruppen	30. Jun 81	Anteil	30. Jun 83	Anteil	30. Jun 85	Anteil	30. Jun 87	Anteil	30. Jun 89	Anteil	30. Jun 90	Anteil	30. Jun 91	Anteil
insgesamt	18.934.235		18.432.876		18.794.499		19.456.334		19.929.984		20.585.825		21.274.899	
darunter:														
Verarb. Gewerbe	7.358.974	38,87%	6.976.870	37,85%	7.112.633	37,84%	7.335.402	37,70%	7.443.756	37,35%	7.635.732	37,09%	7.790.384	36,62%
Dienstleistungen	3.301.759	17,44%	3.385.416	18,37%	3.586.232	19,08%	3.899.534	19,73%	4.087.447	20,51%	4.307.534	20,92%	4.531.632	21,30%
Handel	2.782.250	14,69%	2.656.773	14,41%	2.649.945	14,10%	2.704.144	13,90%	2.808.296	14,09%	2.907.910	14,13%	3.064.344	14,40%
Verkehr/Nachrichten	939.987	4,96%	906.131	4,92%	932.667	4,96%	946.458	4,86%	977.122	4,90%	1.029.325	5,00%	1.081.587	5,08%
Kreditinst./Versicher	756.575	4,00%	774.328	4,20%	792.063	4,21%	831.428	4,27%	855.759	4,29%	875.769	4,25%	902.981	4,24%
Org.o.Erw./private	349.513	1,85%	369.804	2,01%	408.474	2,17%	448.434	2,30%	467.486	2,34%	482.315	2,34%	505.969	2,38%
Gebietskör./Sozialv.	1.306.339	6,90%	1.308.535	7,10%	1.339.641	7,13%	1.407.106	7,23%	1.394.557	7,00%	1.404.375	6,82%	1.419.211	6,67%
Dienstl. insgesamt	9.436.423	49,84%	9.400.987	51,00%	9.709.022	51,66%	10.177.104	52,31%	10.590.667	53,14%	11.007.228	53,47%	11.505.724	54,08%

Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Wirtschaftsgruppen	30. Jun 81	Anteil	30. Jun 83	Anteil	30. Jun 85	Anteil	30. Jun 87	Anteil	30. Jun 89	Anteil	30. Jun 90	Anteil	30. Jun 91	Anteil
insgesamt	1.929.737		1.713.645		1.593.898		1.588.859		1.689.299		1.782.253		1.898.540	
darunter:														
Verarb. Gewerbe	1.101.721	57,09%	934.940	54,56%	848.721	53,58%	850.888	53,55%	884.847	52,38%	916.765	51,44%	952.282	50,16%
Dienstleistungen	300.617	15,58%	298.914	17,44%	298.450	18,21%	299.596	18,86%	341.059	20,19%	371.714	20,86%	408.800	21,53%
Handel	123.461	6,40%	114.010	6,65%	107.866	6,81%	110.269	6,94%	125.456	7,43%	139.161	7,81%	160.770	8,47%
Verkehr/Nachrichten	73.164	3,79%	65.677	3,83%	62.676	3,96%	61.335	3,86%	67.557	4,00%	74.400	4,17%	83.175	4,38%
Kreditinst./Versicher	13.215	0,68%	12.915	0,75%	12.399	0,78%	13.032	0,82%	13.947	0,83%	14.828	0,83%	16.311	0,86%
Org.o.Erw./private	13.369	0,69%	14.562	0,85%	16.167	1,02%	17.908	1,13%	20.151	1,19%	21.199	1,19%	22.856	1,20%
Gebietskör./Sozialv.	46.956	2,43%	47.766	2,79%	46.708	2,95%	48.441	3,05%	48.498	2,87%	50.167	2,81%	50.880	2,68%
Dienstl. insgesamt	570.782	29,58%	553.844	32,32%	534.266	33,73%	550.581	34,65%	616.668	36,50%	671.469	37,68%	742.792	39,12%

Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge.

Tabelle 7: Deutsche und ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vergleich in Hessen nach Wirtschaftsgruppen / Zeitreihe

Deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Wirtschaftsgruppen	30. Jun 80	Anteil %	30. Jun 83	Anteil %	30. Jun 85	Anteil %	30. Jun 87	Anteil %	30. Jun 89	Anteil %	30. Jun 90	Anteil %	30. Jun 91	Anteil %
insgesamt	1.736.330		1.685.554		1.736.509		1.814.447		1.864.731		1.925.611		1.986.588	
darunter:														
Verarb. Gewerbe	664.948	38,30%	617.439	36,63%	631.237	36,35%	651.657	35,91%	652.734	35,00%	666.905	34,63%	675.570	34,01%
Dienstleistungen	297.423	17,13%	309.324	18,35%	329.768	18,99%	356.001	19,62%	381.586	20,46%	401.510	20,85%	422.796	21,28%
Handel	261.465	15,06%	249.695	14,81%	252.793	14,56%	260.981	14,38%	274.828	14,74%	283.788	14,74%	299.574	15,08%
Verkehr/Nachrichten	101.458	5,84%	101.038	5,99%	106.343	6,12%	110.429	6,09%	116.986	6,27%	124.208	6,45%	129.232	6,51%
Kreditinst./Versicher	89.608	5,16%	92.473	5,49%	95.823	5,52%	105.570	5,82%	111.063	5,96%	114.861	5,96%	120.507	6,07%
Org.o.Erw./private	36.470	2,10%	37.362	2,22%	40.538	2,33%	44.730	2,47%	46.710	2,50%	48.680	2,53%	50.702	2,55%
Gebietskör./Sozialv.	121.172	6,98%	121.488	7,21%	126.699	7,30%	133.658	7,37%	133.383	7,15%	133.662	6,94%	133.861	6,74%
Dienstl. insgesamt	907.596	52,27%	911.380	54,07%	951.964	54,82%	1.011.369	55,74%	1.064.556	57,09%	1.106.709	56,00%	1.156.672	58,22%

Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Wirtschaftsgruppen	30. Jun 80	Anteil %	30. Jun 83	Anteil %	30. Jun 85	Anteil %	30. Jun 87	Anteil %	30. Jun 89	Anteil %	30. Jun 90	Anteil %	30. Jun 91	Anteil %
insgesamt	233.199		188.894		179.637		182.223		194.956		204.964		216.565	
darunter:														
Verarb. Gewerbe	118.727	50,91%	89.868	47,59%	84.413	46,99%	85.082	46,69%	87.828	45,06%	90.191	44,00%	91.882	42,43%
Dienstleistungen	42.447	18,20%	39.287	20,80%	37.868	21,08%	39.815	21,85%	44.787	22,97%	48.229	23,53%	52.987	24,47%
Handel	19.900	8,53%	16.379	8,67%	15.811	8,80%	15.869	8,71%	18.301	9,39%	19.573	9,55%	22.151	10,23%
Verkehr/Nachrichten	12.704	5,45%	11.161	5,91%	10.993	6,12%	10.978	6,02%	12.518	6,42%	14.110	6,88%	15.352	7,09%
Kreditinst./Versicher	3.748	1,61%	3.364	1,78%	3.299	1,84%	3.677	2,02%	4.094	2,10%	4.385	2,14%	4.849	2,24%
Org.o.Erw./private	1.950	0,84%	1.783	0,94%	1.878	1,05%	2.166	1,19%	2.453	1,26%	2.598	1,27%	2.818	1,30%
Gebietskör./Sozialv.	6.311	2,71%	5.845	3,09%	6.055	3,37%	6.242	3,43%	6.573	3,37%	6.739	3,29%	6.794	3,14%
Dienstl. insgesamt	87.060	37,33%	77.819	41,20%	75.904	42,25%	78.747	43,21%	88.726	45,51%	95.634	46,66%	104.951	48,46%

Tabelle 8: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer nach Nationalitäten in der Bundesrepublik Deutschland und Hessen / Zeitreihe

Bundesrepublik Deutschland (ohne die neuen Bundesländer)

Jahr	Ausländer										Jugoslawen			
	insgesamt	Quote	darunter:		Griechen	Spanier	Türken	Portugiesen	Anteil	Anteil	Anteil	Anteil	Anteil	
			Italiener	Anteil										
Jun. 75	2.070.735	10,3%	297.079	14,35%	203.629	9,83%	129.817	6,27%	553.217	26,72%	70.520	3,41%	418.745	20,22%
Jun. 77	1.888.585	9,5%	281.224	14,89%	162.495	8,60%	100.311	5,31%	517.467	27,40%	60.160	3,19%	377.206	19,97%
Jun. 79	1.933.651	9,4%	300.442	15,54%	140.139	7,25%	89.992	4,65%	540.471	27,95%	59.145	3,06%	367.301	19,00%
Jun. 81	1.929.737	9,2%	291.066	15,08%	123.767	6,41%	81.845	4,24%	580.868	30,10%	55.085	2,85%	340.573	17,65%
Jun. 83	1.713.645	8,5%	238.850	13,94%	108.800	6,35%	72.348	4,22%	540.496	31,54%	46.423	2,71%	305.945	17,85%
Jun. 85	1.583.898	7,8%	202.392	12,78%	102.936	6,50%	67.407	4,26%	499.322	31,52%	35.425	2,24%	293.483	18,53%
Jun. 87	1.588.859	7,5%	181.696	11,44%	100.913	6,35%	64.046	4,03%	518.423	32,63%	35.802	2,25%	292.054	18,38%
Jun. 89	1.689.299	7,8%	178.933	10,59%	101.652	6,02%	61.555	3,64%	561.806	33,26%	38.894	2,30%	300.934	17,81%
Jun. 90	1.782.253	8,0%	175.148	9,83%	105.448	5,92%	61.300	3,44%	594.586	33,36%	41.897	2,35%	312.974	17,56%
Jun. 91	1.898.540	8,2%	171.809	9,05%	105.233	5,54%	60.690	3,20%	632.324	33,31%	46.294	2,44%	325.258	17,13%

Land Hessen

Jahr	Ausländer										Jugoslawen			
	insgesamt	Quote	darunter:		Griechen	Spanier	Türken	Portugiesen	Anteil	Anteil	Anteil	Anteil	Anteil	
			Italiener	Anteil										
Jun. 79	222.511	11,5%	39.079	17,56%	14.303	6,43%	17.387	7,81%	53.052	23,84%	7.067	3,18%	41.350	18,58%
Jun. 83	188.894	10,1%	29.976	15,87%	10.911	5,78%	14.261	7,55%	50.453	26,71%	5.875	3,11%	33.406	17,69%
Jun. 85	179.637	9,4%	26.517	14,20%	10.366	5,77%	13.601	7,57%	49.029	27,29%	4.886	2,72%	32.428	18,05%
Jun. 87	182.223	9,1%	22.600	12,40%	10.257	5,63%	12.986	7,13%	51.892	28,48%	4.985	2,74%	32.300	17,73%
Jun. 89	194.956	9,5%	22.555	11,57%	10.281	5,27%	12.421	6,37%	56.696	29,08%	5.449	2,79%	33.412	17,14%
Jun. 90	204.964	9,6%	22.015	10,74%	10.619	5,18%	12.246	5,97%	59.850	29,20%	5.672	2,77%	34.887	17,02%
Jun. 91	216.565	9,8%	21.601	9,97%	10.602	4,90%	12.019	5,55%	63.467	29,31%	6.124	2,83%	36.206	16,72%

Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge, Der Arbeitsmarkt in Hessen und Veröffentlichungen des Landesarbeitsamtes Hessen, Referat Statistik, verschiedene Jahrgänge. Eigene Berechnungen.



**Tabelle 9: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Deutsche und AusländerInnen
im Bundesgebiet West nach Männer- und Frauenanteil / Zeitreihe**

Jahr	Deutsche				Ausländer					
	insgesamt ¹	Männer	Anteil ^{an 1}	Frauen	Anteil ^{an 1}	insgesamt ²	Männer	Anteil ^{an 2}	Frauen	Anteil ^{an 2}
Jun 74	18.483.351	11.397.151	61,66%	7.086.172	38,34%	2.331.173	1.605.571	68,87%	725.602	31,13%
Jun 75	18.024.394	11.135.994	61,78%	6.888.458	38,22%	2.070.735	1.417.576	68,46%	653.159	31,54%
Jun 76	18.002.141	11.085.264	61,58%	6.916.877	38,42%	1.937.134	1.328.849	68,60%	608.285	31,40%
Jun 77	17.991.276	11.093.956	61,66%	6.897.320	38,34%	1.888.585	1.299.743	68,82%	588.842	31,18%
Jun 78	18.219.129	11.180.096	61,36%	7.039.033	38,64%	1.869.294	1.290.246	69,02%	579.048	30,98%
Jun 79	18.639.257	11.376.826	61,04%	7.262.431	38,96%	1.933.651	1.339.794	69,29%	593.857	30,71%
Jun 80	18.882.206	11.425.912	60,51%	7.456.294	39,49%	2.071.658	1.429.952	69,02%	641.706	30,98%
Jun 81	18.934.235	11.413.811	60,28%	7.520.424	39,72%	1.929.737	1.340.257	69,45%	589.480	30,55%
Jun 82	18.662.545	11.189.641	59,96%	7.472.904	40,04%	1.808.981	1.253.960	69,32%	555.021	30,68%
Jun 83	18.432.876	11.056.108	59,98%	7.376.768	40,02%	1.713.645	1.188.224	69,34%	525.421	30,66%
Jun 84	18.447.697	11.006.797	59,66%	7.440.900	40,34%	1.592.641	1.098.613	68,98%	494.028	31,02%
Jun 85	18.794.499	11.190.100	59,54%	7.604.399	40,48%	1.583.898	1.096.429	69,22%	487.469	30,78%
Jun 86	19.138.560	11.393.460	59,53%	7.745.100	40,47%	1.591.547	1.103.587	69,34%	487.960	30,66%
Jun 87	19.456.334	11.490.544	59,06%	7.965.790	40,94%	1.588.859	1.101.425	69,32%	487.434	30,68%
Jun 88	19.641.001	11.531.876	58,71%	8.109.125	41,29%	1.624.122	1.120.419	68,99%	503.703	31,01%
Jun 89	19.929.984	11.650.583	58,46%	8.279.401	41,54%	1.689.299	1.160.590	68,70%	528.709	31,30%
Jun 90	20.585.825	11.982.676	58,21%	8.603.149	41,79%	1.782.253	1.212.181	68,01%	570.072	31,99%
Jun 91	21.274.899	12.323.447	57,92%	8.951.452	42,08%	1.898.540	1.279.614	67,40%	618.926	32,60%

Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge.

Tabelle 10: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Deutsche und AusländerInnen im Bundesgebiet und in Hessen nach Männer- und Frauenanteil / Zeitreihe

Jahr	Deutsche			Ausländer		
	insgesamt	Männer	Anteil % an 1	insgesamt	Männer	Anteil % an 2
Jun. 75	18.024.394	11.135.994	61,78%	2.070.735	1.417.576	68,46%
Jun. 77	17.991.276	11.093.956	61,66%	1.888.585	1.299.743	68,82%
Jun. 79	18.639.257	11.376.826	61,04%	1.933.651	1.339.794	69,29%
Jun. 81	18.934.235	11.413.811	60,28%	1.929.737	1.340.257	69,45%
Jun. 83	18.432.876	11.056.108	59,98%	1.713.645	1.188.224	69,34%
Jun. 85	18.794.499	11.190.100	59,54%	1.583.898	1.096.429	69,22%
Jun. 87	19.456.334	11.490.544	59,06%	1.588.859	1.101.425	69,32%
Jun. 89	19.929.984	11.650.583	58,46%	1.689.299	1.160.590	68,70%
Jun. 90	20.585.825	11.982.676	58,21%	1.782.253	1.212.181	68,01%
Jun. 91	21.274.899	12.323.447	57,92%	1.898.540	1.279.614	67,40%

Jahr	Land Hessen			Ausländer		
	insgesamt	Männer	Anteil % an 1	insgesamt	Männer	Anteil % an 2
Jun. 79	1.710.697	1.053.407	61,58%	222.511	153.090	68,80%
Jun. 83	1.685.554	1.022.819	60,68%	188.894	127.704	67,61%
Jun. 85	1.736.509	1.047.823	60,34%	179.637	121.751	67,78%
Jun. 87	1.814.447	1.082.736	59,67%	182.223	123.559	67,81%
Jun. 89	1.864.731	1.096.029	58,78%	194.956	130.903	67,14%
Jun. 90	1.925.611	1.126.961	58,52%	204.964	136.415	66,56%
Jun. 91	1.986.588	1.158.330	58,31%	216.565	143.197	66,12%

Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge. Der Arbeitsmarkt in Hessen und Veröffentlichungen des Landesarbeitsamtes Hessen, Referat Statistik, verschiedene Jahrgänge. Eigene Berechnungen.

Tabelle 11: Deutsche und ausländische Beschäftigte in beruflicher Ausbildung im Bundesgebiet West nach Wirtschaftszweigen und Männer- bzw. Frauenanteil / Juni 1991

Wirtschaftszweig	Deutsche						Ausländer						
	Angestellte			Arbeiter			Angestellte			Arbeiter			
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	25.811	268	726	24.817	15.166	9.651	567	27	9	18	540	395	145
Energie, Bergbau	19.723	4.741	3.054	14.982	14.711	271	1.556	68	29	39	1.488	1.482	6
Verarb. Gewerbe	487.317	138.063	44.020	349.254	308.524	40.730	32.486	4.104	1.524	2.580	28.382	26.254	2.128
Baugewerbe	105.134	11.044	3.389	94.090	91.106	2.984	7.290	372	126	246	6.918	6.829	89
Dienst. insgesamt	794.708	584.535	149.344	210.173	114.165	96.008	12.587	8.835	2.643	6.192	3.752	3.466	286
darunter:													
Handel	206.926	161.821	54.418	45.105	33.990	11.115	35.104	17.210	2.780	14.430	17.894	8.517	9.377
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	55.371	24.993	9.655	30.378	26.724	3.654	2.957	1.204	432	772	1.753	1.679	74
Kreditinstitute, Versicherungen	70.896	70.735	32.279	161	92	69	910	903	395	508	7	5	2
Dienstl. soweit anderw. n. genannt	380.235	264.512	38.736	115.723	40.658	75.065	26.985	13.354	1.565	11.789	13.631	5.041	8.590
Org. o. Erwerbsch. private Haushalte	23.940	16.853	2.498	7.087	3.160	3.927	2.582	792	152	640	1.790	1.208	582
Gebietskörpersch. Sozialversicherung	57.340	45.621	11.758	11.719	9.541	2.178	1.670	957	236	721	713	584	129
Zusammen	1.432.693	739.377	198.688	693.316	543.672	149.644	112.107	38.991	7.248	31.743	73.116	51.994	21.122

Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 40. Jahrgang Nummer 3, 30. März 1992

**Tabelle 12: Deutsche und ausländische Beschäftigte in beruflicher Ausbildung in Hessen
nach Wirtschaftszweigen und Männer- bzw. Frauenanteil / Juni 1991**

Wirtschafts- zweig	Deutsche						Ausländer							
	Angestellte			Arbeiter			Angestellte			Arbeiter				
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen		
Land- u. Forst- wirtsch., Fischerei	1.819	79	21	58	1.740	950	790	33	2	0	2	31	20	11
Energie, Bergbau	1.026	287	101	185	739	728	11	32	5	3	2	27	27	0
Verarb. Gewerbe	38.471	11.556	3.795	7.761	26.915	24.071	2.844	3.359	412	148	264	2.947	2.738	209
Baugewerbe	8.358	827	298	529	7.531	7.325	206	920	49	22	27	871	859	12
Dienstl. insgesamt darunter:	68.833	51.821	13.575	38.246	17.012	9.895	7.117	5.300	3.017	651	2.366	2.283	1.300	983
Handel	15.591	12.126	4.140	7.986	3.465	2.663	802	1.367	908	315	593	459	425	34
Verkehr, Nach- richtenübermittlung	7.085	3.710	1.025	2.685	3.375	3.040	335	539	334	90	244	205	193	12
Kreditinstitute, Ver- sicherungen	7.259	7.243	3.349	3.894	16	8	8	134	134	49	85	0	0	0
Dienstl. soweit anderw. n. genannt	30.051	21.394	3.404	17.990	8.657	3.218	5.439	2.726	1.424	152	1.272	1.302	448	854
Org. o. Erwerbseh. private Haushalte	2.014	1.426	228	1.198	588	247	341	333	85	21	64	248	180	68
Gebietskörpersch. Sozialversicherung	6.833	5.922	1.429	4.493	911	719	192	201	132	24	108	69	54	15
Zusammen	118.507	64.570	17.790	46.780	53.937	42.969	10.968	9.644	3.485	824	2.661	6.159	4.944	1.215

Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 40. Jahrgang Nummer 3, 30. März 1992

Tabelle 13: Deutsche und ausländische Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland und in Hessen (auch Männer- und Frauenanteil) / Zeitreihe

Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Arbeitslose insgesamt				Ausländer							
	Insgesamt I	Arbeitslosenquote*	Männer	Anteil vorj. I	Frauen	Anteil vorj. I	Insgesamt II	Arbeitslosenquote**	Männer	Anteil vorj. II	Frauen	Anteil vorj. II
1981	1.271.574	5,5	652.205	51,29%	619.969	48,71%	168.492	8,2	99.742	59,20%	68.750	40,80%
1982	1.893.244	7,5	1.021.090	55,70%	812.154	44,30%	245.710	11,9	152.710	62,15%	93.000	37,85%
1983	2.258.235	9,1	1.273.116	56,38%	985.120	43,62%	292.140	14,7	183.921	62,96%	108.219	37,04%
1984	2.265.559	9,1	1.276.654	56,35%	988.906	43,65%	270.265	14,0	170.922	63,24%	99.343	36,76%
1985	2.304.014	9,3	1.289.055	55,95%	1.014.959	44,05%	253.195	13,9	159.444	62,97%	93.751	37,03%
1986	2.228.004	9,0	1.199.991	53,86%	1.028.013	46,14%	248.001	13,7	151.367	61,03%	96.634	38,97%
1987	2.228.788	8,9	1.207.430	54,17%	1.021.358	45,83%	262.097	14,3	161.172	61,49%	100.925	38,51%
1988	2.241.556	8,7	1.198.773	53,48%	1.042.783	46,52%	269.531	14,4	165.354	61,35%	104.177	38,65%
1989	2.037.781	7,9	1.069.803	52,50%	967.978	47,50%	232.512	12,2	142.266	61,19%	90.246	38,81%
1990	1.893.147	7,2	967.743	51,39%	915.404	48,61%	202.975	10,9	124.618	61,40%	78.357	38,60%
1991**	1.609.500		838.531	52,10%	770.989	47,90%	206.684		129.623	62,72%	77.061	37,28%

Land Hessen

Jahr	Arbeitslose insgesamt				Ausländer							
	Arbeitslose insgesamt I	Arbeitslosenquote*	Männer	Anteil vorj. I	Frauen	Anteil vorj. I	Insgesamt II	Arbeitslosenquote**	Männer	Anteil vorj. II	Frauen	Anteil vorj. II
1981	93.802	4,3	47.486	50,62%	45.316	49,38%	14.769		8.793	59,54%	5.976	40,46%
1982	138.764	6,2	76.425	55,08%	62.339	44,92%	22.122	9,8	14.059	63,55%	8.063	36,45%
1983	172.209	7,6	95.611	55,52%	76.599	44,48%	25.845	12,1	16.494	63,82%	9.351	36,18%
1984	167.593	7,4	91.901	54,84%	75.691	45,16%	23.486	11,3	14.796	63,00%	8.690	37,00%
1985	164.540	7,2	87.394	53,11%	77.146	46,89%	22.949	11,4	14.157	61,69%	8.792	38,31%
1986	155.348	6,8	78.553	50,57%	76.796	49,43%	22.389	11,2	13.349	59,62%	9.040	40,38%
1987	155.351	6,7	78.857	50,76%	76.494	49,24%	23.937	11,7	14.275	59,64%	9.661	40,36%
1988	154.642	6,4	78.154	50,54%	76.488	49,46%	23.701	11,4	14.221	60,00%	9.480	40,00%
1989	142.991	6,1	70.993	49,65%	71.998	50,35%	20.650	9,7	12.312	59,62%	8.338	40,38%
1990	134.391	5,7	64.815	48,23%	69.576	51,77%	17.829	8,5	10.687	59,94%	7.143	40,06%
1991***	118.743		59.898	50,44%	58.845	49,56%	19.556		12.234		7.322	

Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge. Der Arbeitsmarkt in Hessen, Übersicht Okt. '91

*Arbeitslosenquote Jahresdurchschnitt, Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten); **Arbeitslosenquote Jahresdurchschnitt, Arbeitslose in % der ausländischen ArbeitnehmerInnen; ***Ende Sept. 1991, sonst Jahresdurchschnitt; ****Ende Okt., sonst Jahresdurchschnitt